

Leipziger Volkszeitung

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohnenkungspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 Mr., für 1 Monat 80 Pf. (Poststempel vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Lautscher Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18098

Insetrate kosten die Tageszeitung oder deren Raum 25 Pf., bei Plakatvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— Mr. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— Mr. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühs 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lautscher Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Eine vom Leipziger Gewerkschaftskartell fürzlich vorgenommene Arbeitslosenzählung ergab eine recht umfangreiche Arbeitslosigkeit in bestimmten Leipziger Berufsgruppen.

Aus Anlass der Kaiserjubiläumsausstellung hat der preußische Justizminister dem Kaiser 12 000 Begrüßungsanträge unterbreitet.

Die Schachtanlage des Kohlenbergwerks Carolus Magnus in Nebach bei Geisenkirchen stürzte zusammen; 15 Bergleute sind verschüttet.

Die französische Kammer beschloß die Abschaffung der Unterpräfekten.

Das englische Oberhaus lehnte das Gesetz über die Trennung von Staat und Kirche in Wales zum zweitenmal ab.

Nach amtlichen Meldungen sollen die Türken Abadanopel besetzt haben.

In der Nähe von New York sind bei einem Fabrikbrande 40 Arbeitnehmer verbrannt. — In Oakley (Mississippi) verbrannten auf einer Straßengasse 25 Neger.

Die Reichstagsfraktion und die Militärvorlage.

I.

Leipzig, 23. Juli.

R. L. Das neueste Militärgesetz spielt in jeder Hinsicht, sowohl durch seinen Umfang wie durch alle Begleitmomente, eine so epochmachende Rolle in der inneren Entwicklung Deutschlands, daß das Verhalten unserer Partei diesem Gesetz gegenüber noch für eine geraume Zeit zum Gegenstand einer eingehenden Prüfung werden dürfte. Namentlich kann über das Verhalten unserer Fraktion im ganzen, nachdem die verschiedenen Ansichten und Argumente aus ihrer Mitte allmählich alle an die Öffentlichkeit gelangt sind, nunmehr ein abschließendes Urteil gefaßt werden.

Dieses Verhalten ist, was von vornherein bemerkt werden muß und was seine Beurteilung bedeutend erschwert, durchaus kein einheitliches gewesen. Vielmehr lassen sich im Verlaufe der drei Monate und der verschiedenen Stadien, in denen das Militärgesetz Gegenstand der Verhandlungen war, in der Haltung der Fraktion mehrere Schwankungen bemerken.

Doch schon die erste Lesung im April, bei aller Wahrung des prinzipiellen Standpunkts der Militärforderung durch unsre Redner, im ganzen die Partei nicht auf der erforderlichen Höhe zeigte, darf allerdings nicht auf das Schuldkonto der Fraktion in erster Linie oder wenigstens nicht allein auf ihr Konto gelegt werden. Dass wir im ganzen gegen die ungeheuerliche Vorlage gleich bei ihrem Auftauchen nicht das erforderliche Höchstmah am Protest in allen unter den Umständen möglichen Formen wachzurufen verstanden haben, wird heute von der Mehrheit der Partei ebenso zweifellos wie schmerlich empfunden. Gibt man darauf die Erklärung, daß die breiten Massen diesmal durch die angesagte Deckung aus den Mitteln der Besitzenden für unsre Agitation etwas stumpf und gleichgültig gemacht worden sind, so ist damit für uns nicht eine Entschuldigung, sondern nur eine neue Anklage formuliert. Denn alsdann hatten wir erst recht die Pflicht, unser ganzes Verhalten darauf einzurichten, um bei den Massen die gefährliche Illusion zu zerstören, als würden die Kosten des Militarismus nunmehr auf die Schultern der Herrschenden abgewälzt. Als dann war es Gebot der Selbstbehauptung für uns, sofort mit allem Nachdruck das Interesse der Öffentlichkeit von der Deckungsfrage ab- und der Wehrvorlage zuzuwenden, die finanzielle Seite der Vorlage hinter der politischen verschwinden zu lassen. Nur so konnte das Spiel der Regierung und der bürgerlichen Mehrheit durchkreuzt werden, — nicht in dem Sinne, daß wir die Annahme der Militärvorlage hätten verhindern können, wohl aber in dem schwerwiegenderen Sinne, daß wir moralisch, politisch den Sieg des Militarismus sofort in einen Pyrrhusieg verwandelt, ihn zur Revolutionierung der Geister vollauf ausgenutzt hätten. Ist dem aber so, dann verwandelte sich der Hinweis auf die Gleichgültigkeit der Massen infolge der eigenartigen Deckungsart der Militärvorlage in die schärfste Anklage gegen die Fraktion; denn sie hat im weiteren Verlauf der Verhandlungen und namentlich durch ihre Schlus abstimmung so ziemlich alles getan, um die gefährliche Illusion der Massen zu festigen und dauernd zu erhalten.

Es unterliegt jetzt keinem Zweifel und wird durch Neuherungen aus der Mitte der Fraktion bestätigt, daß ein großer Teil, wohl die Mehrheit unsrer Abgeordneten, gleich nach der ersten Lesung das Schwergewicht ihrer Aktion in die Deckungsfrage verlegen, die Wehrvorlage aber als eine im voraus entschiedene Sache, an der nicht viel mehr zu machen sei, hinnehmen zu müssen glaubte. Damit verband sich bei jenem Teil der Fraktion auch ein bestimmter politischer Plan, der dahin ging, die Verhandlung der Deckungs vorlage von der Wehrvorlage zu trennen, um im Bunde mit den Liberalen eine Mehrheit gegen den schwarzbauen Block zu bilden und diesem eine Erbschaftssteuer und eine Reichsvermögenssteuer aufzuzwingen.

Doch die Trennung der beiden Vorlagen trotzdem keinen Nachteil von unserm Standpunkt aus zur Folge hatte, uns

vielmehr ermöglicht hat, die Wehrvorlage im Plenum vor die breite Öffentlichkeit zu ziehen und agitatorisch auszunützen, ändert nichts an der Verschlechterung der obigen Taktik in ihren Grundlinien und in ihrer Begründung. Die zweite Lesung der Wehrvorlage ist von unsrer Fraktion — das steht außer Zweifel — in glänzender Weise für die Zwecke der Agitation ausgenützt worden. Durch die zum Teil vorzüglich formulierten und ebenso verteidigten Reformanträge in der zweiten Lesung hat uns die Fraktion Agitationsmaterial in Hülle und Fülle geliefert, und es bleibt nur zu wünschen, daß dieses wertvolle Material für die Massenausklärung auch vollauf verwertet wird. Die zweite Lesung der Wehrvorlage bildete auch den Glanzpunkt und den Höhepunkt des ganzen drei Monate langen Kampfes. Berücksichtigt muß freilich werden, daß uns dabei Umstände zu Hilfe gekommen waren, die wieder im Machtbereich der Fraktion, noch in ihrer Berechnung lagen. Die zehn Tage der zweiten Lesung sind uns einzige und allein deshalb zu gute gefommen, weil inzwischen der neue Deckungskompro miß zwischen den Liberalen und dem Zentrum perfekt werden mußte. Man ließ uns im Plenum reden, weil und genau so lange als die Kuhhändler Zeit brauchten, um hinter unserm Rücken mit ihrem Geschäft fertig zu werden. Hätten unsre Vertreter in der Budgetkommission gegen die Trennung der Wehrvorlage von der Deckungsfrage gestimmt, dann wäre der Kuhhandel der bürgerlichen Parteien nicht während der Plenarverhandlungen, sondern während einer parlamentarischen Pause abgeschlossen worden. Ob aber dieser Kuhhandel hinter den Kulissen einen Tag oder zehn Tage beanspruchen würde, das konnte kein Mensch im voraus wissen. Am allerwenigsten konnte die Fraktion im voraus auf eine solche Gnadenfrist mit Bestimmtheit rechnen, da sie vielmehr in ihrer Mehrheit umgekehrt darauf rechnete, selbst mit den Liberalen gegen das Zentrum wie gegen die Konservativen die Deckungsfrage zu erledigen. Was uns also bei der zweiten Lesung der Wehrvorlage als Frist für die Agitation im Plenum zugute gekommen ist, war nicht etwa die Frustration der geschickten Taktik der Fraktion, sondern in gewisser Hinsicht ein mehr oder weniger zufälliges Ergebnis des Umstandes, daß sich der taktische Plan der Fraktionsmehrheit zerschlagen hatte. Dies mindert nicht das Verdienst der Fraktion, die jene zufälligen Umstände zum Nutzen der Partei und für ihr Ansehen mit Kraft und Geschick gewendet hat. Es ist aber zur objektiven Einschätzung ihrer Taktik im ganzen durchaus nötig, sich darüber klar zu werden, daß es nicht diese Taktik war, der wir die ausgiebigen Verhandlungen der zweiten Lesung verdanken. Es kam dies auch alsbald drastisch zum Ausdruck. Die Fraktion nahm es wie man in den Parteiblättern sagen konnte und wie man jetzt hört, als selbstverständlich an, daß sie nunmehr ebenso für die Hinausschiebung der dritten Lesung mit den Blau schwarzem stimmen würde, wie sie für die Beschleunigung der zweiten Lesung gegen diese Parteien gestimmt hatte.

Feuilleton.

Vom Waisenhaus bis zur Fabrik.

52)

(Nachdruck verboten.)

Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete es mir, in die Geheimnisse des „langsam Schritts“ — bekannt als Stechschritt — einzudringen. Es hat ungängliche Mühe gekostet, bis ich mit meinen Kameraden das Geheimnis dieser Kette des Marschierens begriffen hatte. Als ich aber erst einmal das Geheimnis ergründet hatte, da bereitete es mir ein besonderes Vergnügen, wenn „langsam Schritt“ kommandiert wurde. Denn wer die Geschichte los hat, der kann beim langsam Schritt vor den Augen seiner hohen Vorgesetzten der Faustheit pflegen. Worauf es nämlich beim Kommiss vor allen Dingen ankommt, ist nicht das Sein, sondern der Schein. Wer das Marlieren versteht, der wird beim Kommiss die schönsten Tage haben. Der größte Taugenichts, der es versteht, den „braven Mann“, den „dienstwilligen Mann“ zu markieren, der wird beim Kommiss nicht verderben. Nur Leute mit entwickeltem Selbstgefühl, die es nicht verstehen, ihre Gedanken zu verborgen, die es wissen, daß sie gescheit sind als ihre Vorgesetzten, die sich als Menschen fühlen, nur die werden beim Kommiss Schliff haben. Wie gesagt: beim Kommiss kommt es vor allen Dingen auf das Marlieren an. Bald hatte ich herausgefunden, daß man beim „langsam Schritt“ mit dem Marlieren weiter kommt, als mit der eifrig Schinderei, und so markierte ich, was das Zeug hieß. Und ruhte dabei gemächlich aus.

Nach Verlauf einiger vier oder fünf Wochen, in denen wir vorzugsweise mit Fußgerütteln und Turnen beschäftigt

waren und daneben, die Hauptache nicht zu vergessen, in der Erweiterung von Ehrenbezeugungen unterrichtet wurden, durften wir endlich allein aus der Kaserne gehen. Es war an einem Sonntag nachmittag. Nach dem Mittagsappell ließ man uns frei laufen. Zuvor aber hielt der Wachtmeister noch eine eindringliche Rede an uns über den Umgang mit Menschen und „Menschern“, und dann wurden wir entlassen mit der Mahnung, rechtzeitig zum Abendappell anzutreten und uns nicht zu „besaufen“.

Der Eindruck, den Landau bei meinem ersten Ausgang auf mich machte, war alles eher als überwältigend. Tödliche Langeweile verbunden mit grösster Armutseligkeit. So lautete das Verdikt, das ich fälschte. Und doch war Landau damals eine so reiche Stadt, daß sie von ihren Einwohnern nur ganz geringe Steuern zu erheben brauchte. Man tat aber auch dafür nichts zur Hebung der Stadt; doch haben sich die Verhältnisse gerade in den drei Jahren, die ich in Landau weilte, völlig gewandelt. Als ich meinen ersten Rundgang durch die Straßen der Stadt unternahm, da sand ich ein Pfaster so elend und so armelig, wie ich es nur noch einmal in den schuldenbelasteten Haupt- und Residenzstadt Altenburg gefunden habe. An allen Ecken und Enden, bis unmittelbar in die Stadt hinein, sah man zertrümmerte Festungswerke, sah man halbzerstörte Wälle und Gräben aus den Tagen, da Landau Festung war. Was bis nach 1871 der Fall gewesen ist. Die nach dem Kriege mit Frankreich, 1870/71, veränderten politischen Verhältnisse hatten die Festung Landau ihrer einstigen Bedeutung entkleidet und damit der Schleifung überantwortet. Die Stadt laufte das Festungsgelände um ein Butterbrot und verkaufte es als Baugelände zu steigenden Preisen weiter. Sie mache mit diesem Handel ein Bombengeschäft und gewann auf billige Art die Mittel zur Verschönerung der Stadt. Heute ist Landau eine der bestgepflegten Städte mit breiten Straßen und rings umgeben von Anlagen. Alles Dinge, die in jenen Tagen, als ich dort weilen mußte, erst im Entstehen begriffen waren.

Ich behielt mir also das Städtchen recht gründlich, langweilte mich über die Massen, drückte mich rechtzeitig, wenn ich einen Offizier irgendwo erblickte, vor dem ich hätte Ehrenbezeugung machen müssen — ich traute dem Vandfrieden nicht ganz —, und als es auf 6 Uhr ging, eilte ich in die Kaserne, um den Appell nicht zu versäumen. Nach dem Appell aber blieb ich auf der Stube sitzen. Ich mußte sparen. Mein mitgebrachte Geld nahm merklich ab und neues kam nicht hinzu. Jetzt kamen die Tage, von denen man sagt, sie gefallen uns nicht. Wenn aber geteilter Schmerz wirklich halber Schmerz ist, dann konnte ich mich damit trösten, daß ich ja nicht der einzige arme Schlucker war, daß auch andere in der gleichen übeln Lage waren wie ich. Gleicht mein Bett nacher zur Linken z. B., der war auch so ein armes Luder. Er hieß Pech und war ein rechter Pechvogel. In jeder Art Ehe er eintrückte hatte er als Dienstleicht in dem eine Stunde von Landau entfernten Orte Offenbach sich nützlich gemacht. Und nach diesem Orte war er gleich marschiert, als wir zum ersten mal ohne Führung ausgehen durften. Da er sich hatte appellsfrei geben lassen, brauchte er erst um 9 Uhr zu kommen. Wer aber nicht kam, das war unser Pech. Er strich den Zapfen und kam erst gegen Mitternacht in stark angeherrtem Zustand in die Kaserne. Das hatte für uns alle böse Folgen. Und für den armen Teufel noch mehr. Iwar wurde er nicht eingesperrt, aber er mußte acht Tage nachgezieren. Und dann suchten ihn auch noch die Klopfschläger heim, die ihn mit den Fahrpeitschen bearbeiteten, daß wir uns energisch in das Mittel legen mußten, damit der Skandal ein Ende nahm. Natürlich fand man nicht heraus, wer die Täter waren, trotzdem jedermann es wußte, daß die Stallwache nicht auf ihrem Posten war, als die Prügel erfolgte. Selbstverständlich sind diese nächtlichen Misshandlungen unter strengen Strafandrohung verboten, aber was ist beim Kommiss nicht alles unter Strafandrohung verboten und wird darum doch gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Leider sollte diese Entschließung nicht mehr praktische Bedeutung erlangen: sobald das Zentrum mit den Liberalen hinter den Kulissen einig war, brauchte man uns nicht; die zweite Lesung wurde geschlossen und das weitere spielte sich im Schnellzugtempo ab, ohne daß unsre Fraktion einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschäftsordnung mehr erlangen konnte.

Kurzum: wenn nach der bekannten Abstimmung in der Budgetkommission über die Trennung der beiden Vorlagen in unsrer Partei presse und in "Versammlungen" Vorwürfe gegen unsre Fraktion laut wurden, als hätte sie die Beleidigung der ganzen Verhandlungen verschuldet, so war dieser Vorwurf unseres Erachtens unberechtigt. Unsre Fraktion hatte in Wirklichkeit, wie das jetzt klar für jedermann zugeht, gar keinen Einfluß auf die Frist, in der die Militärvorlage im ganzen erledigt wurde: es waren bürgerliche Parteien, deren Kuhhandel schließlich über den Gang und den Ausgang der Dinge entschied. Dass sich unsre Fraktion eine Zeitlang einbildete, einen solchen entscheidenden Einfluß ausüben zu können, hängt mit jenen Illusionen in bezug auf den "linken Block" zusammen, auf den wenigstens ein großer Teil unsrer Fraktion haupte. Diese Illusionen lagen aber schon zertrümmert am Boden in dem Moment selbst, als die zweite Lesung der Wehvorlage begann und als unsre Fraktion den Triumph über die "platonischen" Geschäftsordnungsproteste der Konservativen und des Zentrums so voreilig genoß.

Der neue Balkankrieg.

Die Türken in Adrianopel?

Die Haltung der Türkei ist die Schicksalsfrage des ganzen Krieges. Einige Meldungen besagen, daß die Türken bereits Adrianopel besetzt haben. Die Bulgaren hätten dabei gar keinen Widerstand geleistet.

Konstantinopel, 22. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß Adrianopel und die Küste von den Türken unter Enver Bei besetzt worden sind. Die Belohnung beliebter Pläne erfolgte sehr schnell, die Bulgaren leisteten so gut wie keinen Widerstand.

Konstantinopel, 22. Juli. Wie die Blätter melden, haben die Bulgaren das Dynamitdepot in Nähe Burgas in die Luft gesprengt. Unter den vorgefundenen Papieren des Depots befindet sich ein Telegramm, worin die Verstärkung des Depots angeordnet wird.

Sofia, 22. Juli. Bis Mitternacht war die telegraphische Verbindung mit Adrianopel intakt. Die letzten Nachrichten besagten, daß der Befehlshaber der vor Adrianopel stehenden türkischen Truppen die Bulgaren aufgefordert hat, die Stadt zu übergeben. Heute vormittag wurde die bulgarische Regierung verständigt, daß die Besetzung Adrianopel ohne Widerstand geräumt hat. Die türkischen Gefangenen waren schon früher aus Adrianopel nach Bulgarien gesandt worden.

Das übliche Dementi.

Sofia, 22. Juli. Nachdem gestern abend die Verbindungen mit Adrianopel wiederhergestellt worden waren, wurde festgestellt, daß die Meldungen, daß Adrianopel von den Türken besetzt sei, falsch ist. Diese Meldung ist durch das Erstreinen dreier Kavallerie-Edladvrons nebst irregulären Truppen unter Enver Bei in der Nähe der Stadt hervorgerufen worden. Diese Truppen haben sich bald wieder zurückgezogen. Die bulgarische Regierung befahl den geflohenen Behörden, ihre Posten wieder einzunehmen. Die gleiche Weisung wurde den Beamten in den andern Orten in Thrakien erteilt, die aus Furcht vor einem Vormarsch der Türken geflohen waren.

Eine Erklärung der bulgarischen Regierung.

Sofia, 22. Juli. Der Minister des Auswärtigen Ghenadijew gab gestern in der Sobranje die bereits angekündigte Erklärung ab, in der er u. a. sagte:

Die Mission, welche die Regierung übernommen hat, und an deren Durchführung sie sofort nach ihrer Bildung geschritten ist, besteht darin, das Königreich durch einen ehrlichen Frieden aus den aus der gegenwärtigen Krise zu befreien. Die Schritte, die wir bei der rumänischen Regierung zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen in Rumänien unternommen, bildeten die erste Bekundung unsres Entschlusses, mit den dringendsten Mitteln auf die Durchführung unsres Programms hinzuarbeiten. Die Antworten, die wir von der rumänischen Regierung erhielten, überzeugten uns, daß unsre Initiative bei ihr denselben Wunsche begegnete, sobald als möglich der abnormen Lage zwischen den beiden Völkern, zwischen denen nach ihrer gemeinsamen Vergangenheit und ihrem gemeinsamen Interessen die größte Harmonie bestehen sollte, ein Ende zu machen. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß diese natürliche Harmonie trotz der letzten Mißverständnisse ihren Ausdruck in einer festgeklärten politischen Freundschaft finden können.

Nachdem die Regierung mit Rumänien Verhandlungen eingeleitet hat, tritt sie nunmehr mit Serbien und Griechenland in Verhandlungen ein. Auf Einladung der russischen Regierung haben wir zwei Delegierte entsandt, welche die Friedensverhandlungen beginnen werden. Wir haben damit nicht bloß den wohlliegenden Anschlag Europa entwischen, sondern gleichzeitig einen schon in der ersten Stunde gesetzten Entschluß der Regierung ausgeführt; denn wir glauben, daß dieser Entschluß den Wünschen der bulgarischen Bevölkerung und den höchsten Interessen Bulgariens entspricht. Über die bevorstehenden Verhandlungen können wir nur erklären, daß die Regierung fest und aufrichtig einen ehrenvollen Frieden abzuschließen will. Der Ort, wo die Verhandlungen stattfinden werden, ist noch nicht festgestellt. Wir sind von dem Wunsche des Kabinetts in Rumänien verständigt, durch einen Gesandten an den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dem Balkan teilzunehmen, worüber wir unsre vollkommenen Befriedigung aussprechen, da wir Grund haben zu glauben, daß Rumänien erfüllt von dem Bewußtsein der Notwendigkeit, eine dauernde Lage auf der Balkanschiene herzustellen, im Geiste der Versöhnung und Unparteilichkeit vorgehen werde.

Während sich einerseits Aussichten auf den von der ganzen Welt heil ersehnten Frieden eröffnen, muß ich andererseits mit Bedauern feststellen, daß die serbischen und die griechischen Truppen ihre Angriffe gegen unsre Linien erneuern. Dank der Festigkeit und der unerschütterlichen Moral der bulgarischen Armee, welcher ich hier die begeisterte Liebe und Anerkennung unserer aller ausdrücken will (Lebhafte Applaus), wurden alle Angriffe zurückgeschlagen. Ich kann indessen nicht umhin, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß dieses neuerliche Blutvergießen gerade in einem Moment so erlebt, wo die Mächte den Kriegsführenden einmütig und nachdrücklich empfahlen, einander die Hand zu reichen.

Die Friedensverhandlungen in Niš.

Belgrad, 22. Juli. Mit Rücksicht auf die Entscheidung des bulgarischen Generals Paprilow zu den Friedensunterhandlungen nach Niš hat nun auch Serbien einige höhere Militärs zur Teilnahme an den Verhandlungen beordert. Man hofft, daß die Vorverhandlungen nur von kurzer Dauer sein werden, da die Bedingungen der Bündneten in ihren Grundzügen bekannt sind. Auch sollen die serbischen Forderungen derart mäßig sein, daß ihrer Annahme durch die bulgarische Regierung keine Schwierigkeiten entgegengesetzt werden dürften.



Unterwerfung Bulgariens.

Wien, 22. Juli. Die bulgarische Regierung hat, wie die hierzulande eine Bulgardepeche gerichtet, in der sie mittelt, daß sie, um ihre Souveränität und die Aufrichtigkeit ihres Friedenswunsches zu beweisen, sich entschlossen hat, sofort zu demobilisieren und den Waffenstillstand zu unterzeichnen.

Belgrad, 22. Juli. Nachdem das Oberkommando bereits den Befehl erlassen hat, jede weitere Aktion einzuschränken, und sich lediglich auf Behauptung der bisher befreiten Gebiete zu beschränken, erwartet man in kürzester Zeit die Einstellung aller militärischen Operationen und die Demobilisierung eines Teils der Truppen, wobei Bulgarien allerdings den Anfang machen soll. Man hält *u. a.* allgemein den Krieg für tatsächlich beendet.

Einstellung des rumänischen Vormarsches.

Bukarest, 22. Juli. Die Oberleitung der rumänischen Armee hat Befehl erlassen, den Vormarsch der Truppen auf Sofia einzustellen. Gleichzeitig ist der rumänische Generalstab mit der Erörterung der Frage beauftragt worden, wie der Bevölkerung von Sofia und den bulgarischen Truppen, die von einer Hungersnot bedroht werden, Lebensmittel anzubringen sind.

Die türkischen Gefangenen freigesetzt.

Sofia, 22. Juli. Die rumänischen Truppen haben die in Nordbulgarien untergebrachten türkischen Gefangenen in Freiheit gesetzt, da sie angesichts der Schwierigkeiten der Versorgung mit Lebensmitteln auch für die von einer Hungersnot bedrohte Bevölkerung kein Interesse daran hatten, unnötige Männer weiter zu verpflichten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Krise naht!

Schon seit längerer Zeit machen sich Erscheinungen bemerkbar, die auf eine erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur hindeuten. Einem wirtschaftlichen Aufschwung von nicht allzu langer Dauer folgt wieder einmal ein allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang. Wenn im Arbeitsmarkt, der Monatschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, noch vom Monat Januar d. J. berichtet werden konnte, daß trotz des nachteiligen Einflusses der politischen Unruhe der deutsche Arbeitsmarkt ein relativ günstiges Bild zeigte, so hat sich seitdem die Lage wesentlich ungünstiger gestaltet. Zwar brachte, nach der genannten Zeitschrift, der Monat Februar eine Besserung am deutschen Arbeitsmarkt; „indes nahm die Arbeitsangelegenheit heuer nicht in dem Grade zu wie im vorjährigen Parallelmonat und ganz gewiß nicht in dem Maße, wie man es erhofft hatte“. Im Monat März war eine zunehmende Ver schlechterung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage festzustellen, im April war eine nicht unerhebliche Verschlechterung gegen den Vormonat festzustellen und die seit Februar 1913 wahrscheinende ungünstige Veränderung der Lage im Vergleich zum Vorjahr beansprucht erneut Aufmerksamkeit. So wird denn auch vom Monat Mai gemeldet, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nicht nur ungünstiger als im Vormonat, sondern auch wesentlich schlechter als im Vergleichsmonat 1912 war.

Was hier von der allgemeinen Lage im Reich gesagt wird, trifft im großen ganzen auch auf die Verhältnisse in Leipzig zu. Nach den Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig waren bei rund 40 Arbeitsnachweisen im Monat Januar 1913 mehr offene Stellen gemeldet als im Vormonat und auch als im Januar des Vorjahres. Aber schon im Februar waren 625 offene Stellen weniger vorhanden als im gleichen Monat 1912 und im März war gegen das Vorjahr die Zahl der offenen Stellen sogar um 999 geringer. Im April zeigte sich eine vorübergehende Besserung, indem die Zahl der offenen Stellen gegen den gleichen Monat des Vorjahres um 662 höher war, jedoch im nächsten Monat, im Mai, war sie schon wieder um 377 geringer als im Jahre zuvor. Freilich sind nicht alle Berufszweige gleichmäßig von dem wirtschaftlichen Niedergang betroffen, aber es sind gerade die größten und maßgebendsten Berufe, in denen sich diese ungünstige Situation bemerkbar macht. So sind, ebenfalls nach den Feststellungen des Leipziger Statistischen Amtes, die offenen Stellen im Monat Mai gegen den gleichen Monat des Vorjahrs zurückgegangen in der Metallverarbeitung und in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate von 291 auf 234, in der Industrie der Holz- und Schnittstoffe von 537 auf 364, im Betriebs- und Reinigungsgewerbe von 183 auf 83 und im Baugewerbe von 412 auf 220. Die Folge hiervon ist, daß in diesen Berufen die Arbeitslosigkeit immer mehr überhand nimmt und teilweise schon eine Höhe erreicht hat, wie sie selbst bei der letzten großen Arbeitslosigkeit im Jahre 1908 in Leipzig nicht zu verzeichnen war. Einer Anzeigung der letzten Kartellversammlung folgend hat der Kartellvorstand am 30.

Juni eine Arbeitslosenzählung veranstaltet, an der sich 30 Gewerkschaften beteiligt haben. Das Ergebnis war folgendes:

	Zahl der Mitglieder	Arbeitslos absolut	Proz.
Aushalteure	216	85	39,8
Bäcker	985	68	7,0
Bauarbeiter	7810	460	6,0
Bildhauer	178	12	6,7
Blumenarbeiter	20	2	10,0
Brauer und Mühlendarbeiter	850	32	3,7
Buchbinden	4080	121	2,5
Buchdrucker	5014	338	5,7
Buchdruckereihilfsarbeiter	2157	96	4,4
Bureauangestellte	203	12	4,0
Fabrikarbeiter	4812	44	1,0
Fleischer	470	69	12,5
Friseure	184	21	11,4
Gastwirtschaftsgehilfen	515	78	15,1
Gemeindearbeiter	1443	4	0,2
Gläser	590	87	14,8
Handlungsgeschäften	1612	20	1,2
Holzarbeiter	6705	486	7,1
Küchener	215	10	4,6
Lithographen und Steinbrüder	2258	65	2,8
Maler	904	180	19,0
Maschinisten	850	11	1,2
Metallarbeiter	17000	301	1,7
Sattler	454	8	1,7
Steinarbeiter	109	35	20,7
Tapezierer	887	45	11,6
Textilarbeiter	2804	11	0,8
Löpfer	258	58	22,4
Transportarbeiter	7521	82	1,0
Zimmerer	1772	148	8,3
Zusammen			2086
			4,0

Berücksichtigt man, daß eine gleiche Zählung im Juni 1908 2,9 Prozent Arbeitslose und im Juni 1910 ebenfalls 2,9 Prozent Arbeitslose ergab, so muß die gegenwärtig festgestellte Arbeitslosigkeit als sehr groß bezeichnet werden.

Was die Arbeitslosigkeit für den einzelnen Arbeiter und für zahlreiche Familien bedeutet, wird der am besten ermessen können, der solche Verhältnisse am eigenen Leibe empfunden hat. Die Folgen sind furchtbar und es bedarf jedenfalls eiliger Maßnahmen, um wenigstens rechtzeitig auf eine Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not und des entstehenden Elends hinzuwirken. Wird die Verwaltung der Stadt Leipzig, die ja in diesem Jahre eine besonders offene Hand bei allerlei fehllichen Veranstaltungen hat, auch der notleidenden Bevölkerung Leipzigs, den Arbeitslosen und ihren Familien helfend zur Seite stehen?

Deutsches Reich.

Übergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsbörnung.

Auf Grund des Artikels 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsbörnung hat der Bundesrat folgendes bestimmt:

- I. Bei neu errichteten allgemeinen Ortskrankenkassen stellt für die ersten Wahlen der Vertreter im Ausschuß das Versicherungsamt Wählerlisten, getrennt für die Arbeitgeber und die Versicherten, auch dann aus, wenn die Wahlordnung die Aufstellung solcher Listen nicht vorsieht. In der Wählerliste für die Arbeitgeber ist auch die Zahl der den einzelnen Wahlberechtigten nach der Satzung zuliegenden Stimmen zu vermerken.
- Das Versicherungsamt fordert die Wahlberechtigten durch öffentliche Bekanntmachung auf, sich zur Eintragung in diese Wählerlisten zu melden. Eine besondere Benachrichtigung der einzelnen Wähler findet nicht statt, auch wenn die Wahlordnung sie vorschreibt.
- Sowohl sich Wahlberechtigte nicht rechtzeitig gemeldet haben, kann die Wahl nicht aus dem Grunde angefochten werden, daß diese Personen nicht in die Wählerliste aufgenommen sind.
- Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann das Nähtere bestimmen. Sie kann insbesondere bestimmen, wieweit Wahlberechtigte, die nicht in die Wählerlisten eingetragen sind, gleichwohl bei gehobinem Ausweis über ihre Wahlberechtigung zur Wahl zugelassen sind, und wie dieser Ausweis erbracht werden kann.
- Die vorstehenden Anordnungen gelten auch für die durch die Reichsversicherung neu in die Krankenversicherung eingegangenen Mitglieder, der nach Artikel 15 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsbörnung ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkassen und für die Arbeitgeber dieser Mitglieder. Die oberste Verwaltungsbehörde oder die von ihr beauftragte Behörde kann Abweichungen anordnen oder zulassen.
- I. Soweit bei neuerrichteten allgemeinen Ortskrankenkassen die Vertreter im Ausschuß oder die Mitglieder oder der Vorstand des Vorstandes am 1. Oktober 1918 noch nicht gewählt sind, nimmt das Versicherungsamt ihre Geschäfte selbst oder durch Beauftragte bis zum Zustandekommen der Wahl wahr.
- Verträge, die das Versicherungsamt oder seine Beauftragten für diese Kassen mit deren Angestellten sowie mit Aerzten, Zahntechnikern, Apothekern u. dergl. abschließen, kann der gewählte Vorstandsvorsitzende, sofern das Vertrag

keinen ferneren Termine vorliegt, mit 1½ monatiger Frist zum 1. Oktober 1914 kündigen. Ein späterer Kündigungszeitraum soll nur im Notfall vereinbart werden; seine Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Oberverwaltungsamtes.

3. Bei Streit zwischen den Kassenorganen und dem Versicherungsamt oder seinen Beauftragten über diese Geschäftsführung entscheidet das Oberverwaltungsbüro oder die von ihr beauftragte Behörde kann dies Näheres bestimmen.

III.

1. Alle aus der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen entstehenden Kosten trägt die Krankenkasse.

2. Bei Streit steht das Oberverwaltungsbüro (Verschlußkammer) die Kosten endgültig fest.

Zum Streit der Werstarbeiter.

In Stettin ist die Arbeitsniederlegung seit Montag eine allgemeine geworden. Auf der Vulkanwerft sind außer den bereits streikenden 400 Mietern seit Montag über 5000 Arbeiter ausständig. Auf den Stettiner Oderwerken streiken etwa 900. Auf der Schiffswerft von Nucke u. Co. streiken 300 Arbeiter. Die christlichen Metallarbeiter haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Da auch die beteiligten Organisationen die Streikunterstützung verweigern, ist bisher noch nicht endgültig entschieden. Die Stettiner Werstarbeiter drängen aber sehr darauf, daß die Vorstände der Gewerkschaften ihren bisherigen Verschluß ändern müssten, da die Verhandlungen in Stettin später angezettelt waren und dann auch längere Zeit in Anspruch genommen haben, so daß die Werstarbeiter darin eine Verschleppung der Verhandlungen erblicken.

In Hamburg haben auch die Hirsch-Dünkerschen Gewerbevereine der Maschinenbauer, der Holzarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Maler in Versammlungen einstimmig folgenden Beschluß gefasst:

"Die Gewerbevereine Hamburgs erkennen die Forderungen der Werstarbeiter als berechtigt an und sie werden in dem Kampfe, der vorliegen durch zu geringen Entgegenkommen der Werksbesitzer entstanden ist, die Werstarbeiter moralisch und materiell nach besten Kräften unterstützen. Die am 14. und 15. Juli auf den Hamburger Werken geschehene Arbeitsniederlegung können sie nicht billigen, weil diese Form der Arbeitseinstellung, die voreilt, trotzdem die Verhandlungsweg noch nicht erschöpft waren, im Gegensatz steht zu dem im Verbande der Deutschen Gewerbevereine (Hirsch-Dünker) geplagten Grundfahne. Als Minorität warten die Gewerbevereine nicht in der Lage, die Arbeitseinstellung zu verhindern. Eine Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen müssen die Gewerbevereine ablehnen."

Der Streit greift auch auf andre Arbeiterkategorien über. Die Kranführer und Tümmel der Altonaer Kal- und Lagerhausgesellschaft, Abteilung Kohlenkai, sind am Montag nicht auf ihrer Arbeitsstätte erschienen. Sie hatten am Sonnabend den Streik beschlossen, weil auch hier die Verhandlungen mit der Betriebsleitung zu keinem Resultat geführt haben.

In Bremen sind streiken 3000 Mann der Vulkanwerft. Über die Streikbewegung auf den Werksverkehren wird berichtet: Eine von etwa 400 Arbeitern besuchte Versammlung beschloß gegen nur zwölf Stimmen, daß die Angehörigen des Holzarbeiterverbandes, die auf der Werft der Aktiengesellschaft Weser beschäftigt sind, den Anweisungen des Verbandsvorstandes folgen und die Arbeit nicht niedergelegen. Diesem Beschluß haben sich auch die Holzarbeiter der Altkaser unterworfen. Die Zahl der Ausständigen bei den Altkaser verkehren beträgt mit Ausschluß der Meister und Lehrlinge sowie der Holzarbeiter, die weiterarbeiten, etwa 1000. Auf der Werft der Aktiengesellschaft Weser werden am Mittwoch, wenn es beschlossene Arbeitsniederlegung unter Ausschluß der Holzarbeiter erfolgt, etwa 4000 Mann ausständig werden. Zusammen werden in Bremen und Beflock etwa 8000 Ausständige an zählen sein.

Aus Bremen haben wird gemeldet, daß die Arbeiter der Werke in Geestemünde und Lehe, sowie des technischen Betriebes des Norddeutschen Lloyd in ihren Versammlungen zu keinem endgültigen Beschluß darüber gekommen sind, ob sie sich dem Streik anschließen sollen oder nicht. Auf allen Werksbetrieben der Unterweser wurde also am Dienstag in normaler Weise gearbeitet. Am Donnerstag wollen die Arbeiter sich versammeln, um über ihr künftiges Verhalten Beschluß zu fassen.

Steigerung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

In den einzelnen Gegenden Deutschlands macht sich in den verschiedensten Berufen eine immer höhere Arbeitslosigkeit bemerkbar. So haben die Textilarbeiter in Sonnenburg (S.-A.) neuerdings eine Zählung der Webstühle und eine Prüfung darüber vorgenommen, wie sie belegt sind. Dabei stellte sich heraus, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig den höchsten Stand erreicht hat, der je zu verzeichnen war.

Ende 1912 wurden 1112 Webstühle gezählt, deren Zahl sich durch Neuauflstellungen auf 1118 steigerte. Im Januar 1912 waren 840 Stühle mit Kette bezogen, 272 standen leer. Im Oktober 1912 hob sich die Zahl der belegten Stühle etwas, sank aber im Dezember auf 765. Im ersten Quartal 1913 machte sich wieder ein Steigen bemerkbar, so daß im März wieder 846 Stühle besetzt waren. Dann ging es stark abwärts. Im Juni waren 628 Stühle besetzt und 470 standen leer. Anfang Juli war aber die größere Hälfte mit 628 leer und nur 492 Stühle waren besetzt. Naturngemäß sank auch die Zahl der Beschäftigten entsprechend und die Fabrikanten machen es sich noch insosem leicht, als sie auch die Beschäftigten noch tagelang auf Material warten lassen.

Die Arbeiter machen den Versuch, diesen übeln Zustand etwas auszugleichen und baten die Fabrikanten um Freigabe des Sonnabendnachmittags. Der Wunsch wurde abgeschlagen; wahrscheinlich steht dahinter der Sächsisch-Thüringische Weberverband, der seinen Mitgliedern einfach verbietet, mit den Arbeitern Vereinbarungen zu treffen. Man fürchtet, daß der freie Sonnabendnachmittag eine dauernde Einrichtung werden könnte.

Tarifverhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckergewerbe.

Der Tarif für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker läuft am 31. Dezember d. J. ab. Die im Verbande der Lithographen und Steindrucker organisierten Chemigraphen und Kupferdrucker haben sich auf zwei Konferenzen, zuletzt am 15. Juli in Berlin, mit dem Ablauf des Tarifs bezw. mit Abänderungsanträgen zu diesem besaß und die Anträge Ende Ende beim Tarifamt eingereicht. Da auch von Unternehmersseite Anträge auf Abänderung des Tarifs gestellt worden sind, aber eine Kündigung des Vertrages von keiner Seite vorliegt, finden am 4. August d. J. in Berlin die Verhandlungen des Tarifausschusses zur Beratung der vorliegende Anträge statt.

Zur Lohnbewegung im Stettiner Freihafen.

Am Dienstag vormittag fand im Rathause in Stettin eine Besprechung des Oberbürgermeisters und des nächstbeteiligten Dezernenten des Magistrats mit Vertretern der Arbeiterchaft statt, in der der Oberbürgermeister darauf hinwies, daß die städtische Finanzlage zurzeit die Erfüllung der Wünsche unmöglich mache und daß erst im September, wenn die städtischen Körperschaften und Kommunisten wieder zusammenentreten, darüber verhandelt werden könne. Der Oberbürgermeister versprach dafür einzutreten, daß die Beschlüsse, wenn sie den Wünschen der Arbeiter entsprechen, Wirkung vom 1. August erhalten, und empfahl den Arbeitervertretern,

ihre Kameraden zur Besonnenheit und Muße zu ermahnen, da durch einen Bruch der friedlichen Beziehungen zur Stadtverwaltung kein Vorteil zu erzielen sei. Die Arbeitervertreter werben heute (Mittwoch) abends in zwei Versammlungen zu diesen Ausführungen Stellung nehmen.

24. Internationaler Bergarbeiterkongress.

C. B. Karlsbad, 22. Juli.

Vormittagssitzung.

Adamson. England begründet eine auch von Belgien beantragte Resolution zugunsten des Achtstundentags einschließlich Ein- und Ausfahrt, 10 Stunden Ruhezeit zwischen den Schichten und Höchstzahl von sechs Schichten in der Woche. — In England wurde 1908 das Achtstundengesetz eingeführt, aber es besteht die Seefahrt nicht ein und ist lädenhaft. Wir fordern acht Stunden Ruhe, acht Stunden Schlaf und acht Schilling den Tag! (Welsch.)

Grove. Wir in Belgien leiden unter Arbeitszeiten bis zu 14 Stunden. Wir haben 1911 das Neunstundengesetz erklungen und verdanken das besonders dem internationalen Grubenproletariat. Wir streben besonders die englische 5½-Tagewoche an, und dazu ist vor allem Stärkung der Organisation erforderlich. (Welsch.)

Dubiel. Deutschland (Wole) unterstützt die Achtstunden-Resolution unter Hinweis auf die degenerierenden Folgen der gesteigerten Ausbeutung. Die Oberschichten zwingen und die Kohlemagnaten und der Fiskus, 10–11 Stunden unter Tage und 12 Stunden über Tage zu arbeiten. Die bis zu 9 Meter mächtigen Flöze müssen rasch abgebaut werden, die Gefahr ist groß und das Leben der leider noch sehr gleichgültigen schlesischen Bergarbeiter wählt nur kurze Zeit im Vergleich zu anderen Arbeitern. Es ist höchste Zeit, die verelendende Ausbeutung gesetzlich zu befranken. (Allgemeine Zustimmung.) — Die Angabe der niedrigen Höhe in Oberschlesien erregt das Erstaunen der Engländer.

Jarolin. Österreich weist auf die der belgischen ähnliche Entwicklung in Österreich und die Erfüllung des Neunstundengesetzes im Jahre 1902 hin. Das war damals ein großer Erfolg, aber seitdem haben wir auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung weitere Erfolge infolge des Widerstandes der Regierung und der Verschleppung unserer Anträge durch die bürgerlichen Parteien nicht zu verzeichnen. Die bürgerlichen Abgeordneten haben sich ja sogar gegen den gesetzlichen Achtstundentag für die Fabrikarbeiter ausgesprochen, obwohl er kaum nur den tatsächlichen Zustand sanktionieren würde. (Hört, hört!) Unser Antrag ist eine Forderung der Menschlichkeit, die Stärkung unserer Organisation muß sie zum Gesetz machen. (Welsch.)

Carda. Frankreich schildert eindrucksvoll den Widerstand des französischen Senats gegen den sozialpolitischen "Fortschritt" und die "vier Barriseren", die das französische Achtstundengesetz dem Achtstundentag in den Weg stellten.

Bei der Abstimmung finden beide Resolutionen einstimmig Annahme. (Welsch, Bravo!)

Nachmittagsitzung.

Zur Beratung steht der "Bergarbeiterkongress".

Schmid. Böhm (Deutscher Bergarbeiterverband) weist auf die Treiberei nach Kohlen, Kohlen hin, wobei die Sicherheitsrücksichten unbeachtet bleiben; das erschafft nicht nur den Körper, sondern auch die Wachsamkeit gegen die Gefahren. Fallen doch die meisten Unfälle nach der amtlichen Statistik auf das Wochenende, was übrigens die Behauptung der Verufsgenossenschaft (Inselfabriksversicherung) genügend illustriert, daß die meisten Unfälle auf Sonntagnächte zurückzuführen seien. 1888 verunglückten pro 1000: 00,45, 1911 aber schon 100,74. Freilich, entzündigt wird nur ein geringerer Teil. Von 800 000 Bergleuten im Ruhrrevier verunglückten 59 688, d. h. 8000 mehr als im Vorjahr, eine viel größere Zunahme als die der Arbeiterzahl. 1912 waren "nur" etwas über 87 000 verunglückt. Die Sicherheitsmänner können ihr blödsinniges Recht gar nicht ausüben, weil die Unternehmer sie durch die sattsam bekannten Schikanen und Rohndräxereien daran hindern. Der Nebner ergibt einige der traurigsten Fälle. Die Beschwerden werden in der Regel von den Bergbehörden abgewiesen. Die Eintragung des Schlagweiterbefehls durch einen Sicherheitsmann auf Zeche Dorstfeld bezeichnete der Bergrat als Unzinn — bis er sich selbst davon überzeugte. Unsere Bergbeamten sind eben Blut vom Blut der Bechenherren — und die christlichen Bergarbeiterführer loben diese Zustände noch. Die einzige Abhilfe geht unsre Resolution, die auch von Österreich und Holland gestellt ist: die Anstellung von geheim und direkt gewählten, vom Staat besoldeten Grubenkontrolleuren aus der Ritter der Bergarbeiter. (Welsch.)

Die Mandatkommission berichtet, daß vertreten sind: 800 000 Engländer durch 72, 175 000 Deutsche und preußische Polen durch 22, 1000 Holländer durch 1, 14 620 Österreicher durch 28, 40 000 Franzosen durch 15, 40 400 Belgier durch 7, 500 000 Nordamerikaner durch 3 Delegierte. Zusammen 1 874 000 Delegierte durch 148 Delegierte.

Wanziger. Leoben, Vertretermann der steirischen Bergarbeiter, führt aus, daß die österreichischen Bergarbeiter, gewinnt durch die deutschen Erfahrungen, die Übernahme des deutschen Sicherheitsmännerystems ablehnen. Die Unfallziffern steigen auch bei uns.

Eifers. Holland: Von 1500 Bergleuten der Staatsgrube Wilhelmina sind 554 verunglückt. Unsre Gefuge sind noch schlechter wie die deutschen. Die Besuche der Inspektion werden immer rasch heruntertelephoniert und die schlechten Arbeitsbedingungen werden ihnen gezeigt.

Harrow. Großbritannien legt in sehr temperamentvoller Rede dar, daß die Sicherheit des Lebens des Grubenarbeiters die Hauptfrage für den Kongreß ist. Jeder sechste Knappe verunglückt und als wir ein neues besseres Gesetz erlämpfen, beschuldigen und die Prostifrazer des Landesvertrags. (Hört, hört!) Die Sicherung des Lebens der Bergarbeiter muss allem anderen vorangehen, stimmen wir einstimmig der Resolution zu. (Großer Beifall.)

Falon. Belgien begründet unter Hinweis auf die Grubenunglücke in Belgien eine Resolution, wonach die Gesetzgebung die Sicherheit der Bergarbeiter in jeder Hinsicht besser gewährleisten sollte.

Die Wellerberatung wird nach einer längeren Sitzung abgehalten. Macdonalds-Amerika, deren Überzeugung erst morgen vorgetragen wird, verläßt.

Zu Präsidenten für Dienstag werden bestimmt Marolle-Belgien, Billmore. England, Schiele. Deutschland.

Nächste Sitzung: Dienstag, vormittags 1/10 Uhr.

Letzte Nachrichten u. Depeschen.

Bogenau. In der Nähe der Werbung stürzte der Maler König aus Pöhnen, der elektrische Leitungsmaste anzustreifen hatte, aus beträchtlicher Höhe von einem Mast ab, da er dem Leitungsbau zunahme gekommen war. Er erlitt dabei schwere Verbrüderungen und starke Verstauchungen, so daß seine Überführung ins Krankenhaus notwendig wurde.

Koburg. In Coburg, Kreis Schleusingen, hatte der Landwirt Lesser einen Wortwechsel mit dem Landwirt Hoffmann, der sich im betrunkenen Zustande befand. Lesser schlugte den Hoffmann berhart und traktierte ihn so mit Füchtern, daß der Schwerverletzte gefordert ist.

Danzig, 23. Juli. In Böbratz, Kreis Strasburg, sind nach dem Genuss von Fleisch einer notgeschlachteten Kuh der Wollwarenverwalter Hanke, ein Kind, seine Witwe, ein Dienstmädchen und mehrere andere Personen lebensgefährlich erkrankt. Wie sich herausstellte, litt die Kuh an Milzbrand.

Paris, 23. Juli. Wie im parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich der französische Ausschuß des Senats entschlossen, die von der Kammer bei der Beratung des Dreijahresgesetzes bewilligte Unterstützung für die "Familienförderer" stark zu vermindern, da diese Unterstützung eine jährliche Ausgabe von mindestens 100 Millionen Franc verursachen würde.

Paris, 23. Juli. In der staatlichen Pulverfabrik zu Angoulême wurden durch eine Explosion von Schiebaumwolle fünf Arbeiter verwundet, darunter zwei sehr schwer.

Paris, 23. Juli. Wie aus Hanoi (Indochina) gemeldet wird, wurden zwei annamitische und zwei chinesische Gräbe verhaftet, welche die Verschlußstücke der von annamitischen Verschwörern in Saigon und Cholon geschleuderter Bomben versiegelt hatten.

Paris, 23. Juli. Das französische Kriegsgericht verurteilte den Soldaten Baud, der sich einem Gendarmen gegenüber antimilitärischen Anschwellungen gerichtet hatte, zu drei Monaten Gefängnis.

Binghampton (New York), 23. Juli. Nach den gegenwärtigen Schätzungen sind bei dem Brande in der Fabrik für Arbeiterkleidung 25 Personen ums Leben gekommen und 15 verletzt worden. Viele von den Arbeiterinnen, die fast alle im vierten Stockwerk arbeiteten, sprangen aus den Fenstern.

Hannover, 23. Juli. Der französische Flieger Letort, der kurzlich ohne Zwischenlandung von Paris nach Berlin flog, startete heute morgen 4.20 Uhr mit der russischen Fliegerin Galanskoff zum Flug nach Paris. Sie beabsichtigen, in Hannover eine Zwischenlandung vorzunehmen und von dort direkt nach Paris zu fliegen, wo sie abends anzukommen hoffen.

Helsingør, 23. Juli. In der Nähe von Kolding wurden durch die rasende Fahrt dreier Autos die Pferde eines Schläfliwagens erschossen und gingen durch. Die Automobilisten fuhren unbelimmt weiter, wurden aber an der Grenze verhaftet. Es stellte sich heraus, daß es die russischen Großfürsten Dimitri und Kirill, der Ceremoniemeister des Zaren, Fürst Trubetskoi, und einige andere russische Aristokraten mit drei russischen und drei deutschen Beifahrern waren. Nach Nennung ihrer Namen und Hinterlegung von 100 Kronen wurden die Autofahrer wieder freigelassen.

Budapest, 23. Juli. In der Nähe der Grenze, sind vier Personen unter schwerverdächtigen Erschließungen erkrankt und bereits gestorben. Die bakteriologische Untersuchung ist noch nicht beendet.

Madrid, 23. Juli. Vier Söhne eines Haushalters waren mit der Herstellung von Feuerwerkskörpern beschäftigt, als diese vorzeitig in Brand gerieten und das Haus in Flammen standen. Zwei von ihnen fanden den Tod in den Flammen, die andern beiden wurden lebensgefährlich verletzt ins Hopital gebracht. Als man dem Vater die Nachricht von dem Unglück überbrachte, stürzte er sich in seiner Bergweisung vor ein vorüberfahrendes Auto und wurde sofort getötet.

Konstantinopel, 23. Juli. Die türkische Regierung erklärt jetzt unumwunden, daß an eine Nähmung Adrianopels durch die Türken nicht mehr zu denken sei. Ein Kollektivschritt der Mächte wird für Donnerstag, spätestens für Freitag erwartet. Man verspricht sich jedoch von diesem Versuch angesichts der Haltung der Regierung nicht den geringsten Erfolg.

Konstantinopel, 23. Juli. Die Schlukworte eines Manifestes, das das jungtürkische Komitee vor 14 Tagen veröffentlichte, haben sich fast prophetisch erwiesen. Der Aufschluß, der das Volk ermahnte, der jungtürkischen Herrschaft zu vertrauen, schloß mit den Worten: "Wir werden den Jahrestag der türkischen Konstitution, den 23. Juli, in Adrianopel feiern. Heute, wo diese Worte Tatjache geworden sind, befindet sich die Stadt in heller Begeisterung. Istanbul und Vera sind mit Fahnen geschmückt und jubelnde Menschenmassen ziehen mit Hochrufen auf die Regierung durch die Stadt. 800 gefangene Bulgaren sind bereits in Konstantinopel eingetroffen. Am ganzen sollen in und bei Adrianopel 7000 Bulgaren in die Hände der Türken gefallen sein."

Belgrad, 23. Juli. Die Konferenz in Niš wird, was jetzt schon als feststehend bezeichnet werden kann, im Sande verlaufen. Der bulgarische Delegierte erklärt bei Eröffnung der Sitzung, daß er nicht geglaubt habe, sich auch einem rumänischen Delegierten gegenüber zu befinden. Aus diesem Grunde sei für ihn auch eine ganz neue Situation entstanden. Er habe den Auftrag, mit einem serbischen und griechischen Delegierten zu verhandeln. Es möchte daher eine 24-stündige Pause eintreten, damit er auf neue Instruktionen einholen könne, die es ihm gestatten, mit allen Kriegsführern zu verhandeln. Eine weitere Verzögerung entstand dadurch, daß der bulgarische Delegierte sich weigerte, mit den Gegnern nur über die Frage militärischer Natur zu verhandeln. Er versuchte gleichzeitig, Gebietsfragen zu erörtern. Erst als ihm mit einem Abbruch der Verhandlungen gedroht wurde, zeigte man von bulgarischer Seite größere Nachgiebigkeit. Die territoriale Frage soll auf einer zweiten Konferenz in Sinaja oder Bukarest statuiert werden. Es herrscht, wie bereits gemeldet wurde, großer Misstrauen gegenüber den Absichten der bulgarischen Regierung.

Sofia, 23. Juli. Meldung der Agence Bulgarie. Unter dem Druck zahlreicher regulärer türkischer Truppen, die Montag abend vor Adrianopel erschienen, war die kleine bulgarische Garnison gestellt, sich widerstandlos zurückzuziehen. Dienstag früh besetzten die Türken die Stadt und beginnen durchbare Ausamkeiten. Der Bevölkerung hemmlichtigte sich eine Panik. Demselben Schicksal wie Adrianopel verfiel Kirkilisse, dessen schwache bulgarische Garnison sich zurückzog. Die Einwohner wurden niedergemacht.

Eine Bombe für Carnegie.

Newark, 23. Juli. Carnegie erhält gestern eine Bombe gespißt. Die Polizei verlor die, die Höllemaschine

Merseburger Biere sind vorzüglich und bestbeförmlich.

Jährlicher Umsatz circa 70 000 Hektoliter.

Der letzte Leipziger

weiss heute längst, dass man tatsächlich in zwei Sekunden einen Schuh wettfest polieren kann, wenn man **nichts anderes** verwendet wie Schuhcreme

Erdal

schwarz — gelb — braun

Astoria-Lichtspielhaus

Vornehmstes auf dem Kontinent, fassend 1600 Personen
Windmühlenstrasse 31 Tel. 20793

Liebe ohne Hoffnung.

Schauspiel in 4 Akten von F. Zucca und R. Leprince.

Verlorenes Spiel.

Drama in 2 Akten.

Eclair-Revue. Das Neueste im Bilde. **Bubi u. sein Rattenläufer.** Toll. Humor Studententreiche. **Das Bourne-Tal** (Frankreich). Humoreske, von P. Landrin. Schön kolorierte land-schaftliche Szenerien. **Ueberraschender Besuch bei Pastors.** Operette ohne Worte in 1 Akt. Alleiniges Erstaufführungrecht! **Voranzeige!** Ab Sonnabend: **Alleiniges Erstaufführungrecht!** **Das Geheimnis von Chateau Richmond.** 4 Akte aus dem Leben eines Detektivs.

Die Direktion.

Zur Lieferung von Werken aus allen Wissenschaften
sowie Besorgung von in- und ausländischen Zeitschriften nur zu Original-Preisen empfiehlt sich die
Leipziger Buchdruckerei A. G.
... (Abteilung Buchhandlung) ...

Vereinen und Gewerkschaften werden ganze Bibliotheken u. Nachschaffungen in sachgemäßer Weise bei billiger Preisnotierung einerreicht. Die Katalogisierung erfolgt ohne Berechnung

Werte für Bücherbestellungen: Bei Bestellungen von Büchern schreibe man den Verfasser und den Titel des Buches recht deutlich. Bei Bestellungen nach auswärts ist es praktisch, den Betrag vorher per Postanweisung oder bei kleineren Austrägen in Briefmarken einzusenden. Durch Nachnahme-Sendungen werden die Bücher nur ganz unnötig verteuert.

Bleiben Sie ehrlich
in Ihrem Urteil und Sie werden nach einmaligem Versuch zugeben, dass Sie

nie besser gewaschen

haben, wie mit Persil. Millionen Hausfrauen brauchen und loben es täglich!

Überall erhältlich, nie los, nur in Original-Paketen.

Persil
das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Nach Fabrikanten der alibellaten

Henkel's Bleich-Soda.

Der Verein für Mutterschutz

Ankunftsstelle: Grimmaischer Steinweg 6, II.
Montag, Mittwoch, Freitag 10—12 Uhr erteilt unehelichen und ehelichen Müttern Rat besonders in der Zeit vor und nach der Entbindung und gibt in geeigneten Fällen Unterstützung. [16318]



Es empfiehlt sich, stetne Anfragen auf Postanweisungen zu schreiben. Das Porto beträgt für Beiträge bis 5 Mark nur 10 Pf.

Streng diskret
erhalten solide
Käufer
**Blusen, Kleider
Röcke, Kostüme**
:: Paletots ::
auf bequemste
Teilzahlung.

Interessenten wollen
Anfrage richten unter
N. 74 a. d. Exp. d. Bl. 1°

Damen-Konfektion

Zahnleidenden
besond. empfindlichen und
nervösen Patienten ist die
**Zahn-Praxis von
P. Zuckermann**
Grimmaiser Steinweg 20
bestens zu empfehlen.
Neuerster schonende, ge-
wissenhafte Behandlung
nach neuester schmerzloser
Methode. Ortspflege 25% Rabatt.

Gesende 1 Postkoffer
meiner erstklassig Holstein.
Eigelb-Pflanzenbutter, Marke
„Imlh“ für 0.60 Mark.
= Franko Nachnahme. =
Johannes Sommer [°]
Eutin 1. Holst., Königstr. 3.

Sozialdemokrat. Verein 13 Kreis Vereinskalender

West-Bezirk. Donnerstag, den 24. Juli, abends 1/2 Uhr: Sitzung der Partei-Funktionäre in den Westenhallen, Plagwitz, Grimmaische Straße 41. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Deshalb ist es Pflicht, dass alle erscheinen. [16301]* Der Bezirksvertreter.

Ost-Bezirk. Freitag, den 25. Juli, abends 1/2 Uhr: Besprechung der Funktionäre im Sophienschlösschen, Konradstraße. [16302] Der Bezirksvertreter.

Metallarbeiter

Metallarbeiter-Verband Die Bibliothek steht allen Mitgliedern zur Verfügung und lädt zu Vorträgen ein.

Freitag, den 25. Juli
abends 8 1/2 Uhr

Bezirks-Versammlungen.

Zentrum-Süden: Volkshaus, Zeitzer Str.
Norden: Schillerschlösschen, L.-Gohlis
Osten: Drei Mohren, L.-Anger
Westen: Felsenkeller, L.-Plagwitz. [16300]*

Tagesordnung:

Neu- bzw. Ergänzungswahl für das Agitations-Komitee.

Im Felsenkeller (Westen) wird außerdem noch ein Vortrag gehalten. Der Zutritt zu diesen Bezirks-Versammlungen ist nur den in Maschinenfabriken beschäftigten Kollegen gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuchs gestattet.

Graveure. Freitag, den 25. Juli, abends 1/2 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Pinkau über: Der Bundestag unserer Prinzipale. Gewerkschaftliches. Ausgabe der Gewerkschaftsfestarten. [16342]

Werkzeugschlosser, Dreher und Einrichter.

Freitag, den 25. Juli, abends 1/2 Uhr: **Essentielle Versammlung im Volkshaus** (Café, Mitte). Tagesordnung: 1. Die technische Entwicklung in der Werkzeugbranche. 2. Berufangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Das Agitationskomitee

Gelbmetallarbeiter. Sonnabend, 26. Juli, abends 1/2 Uhr: Versammlung im Volkshaus, Zeitzer Str. 32. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Panzer über: Wirtschaftliche Kritik. 2. Nachwahl in das Agitations-Komitee. Das Agitations-Komitee für die Gelbmetallindustrie.

Maler

Verband der Lackierer Anstreicher
(Filiale Leipzig).

Montag, den 28. Juli 1918, abends 1/2 Uhr

Große

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, Zeitzer Str. 32.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Delegierten zum Bauarbeiter-Schutzbund in Leipzig. 2. Vortrag über die Volksfürsorge. Ref.: Arbeitersekretär Gen. Graf.

3. Gewerkschaftliches. [16341]

Starken Besuch dieser wichtigen Versammlung erwartet.

Der Filialvorstand.

Die Mitgliedsbücher sind am Saaleingang zur Kontrolle vorzuzeigen.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Städtern zur Kenntnisnahme, dass ich in Städtern, Oberdörfstr. 35, eine

Bäckerei u. Konditorei

eröffnet habe. Es wird mein ehrhaftes Bestreben sein, meine Kundshaft in jeder Weise zu zufriedenzustellen und bitte ich um gütigen Zuspruch. [16381]

Hochachtungsvoll

Karl Wilke, Bäckermeister,

3 Zimmer mit separatem Eingang sofort zu vermieten

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle

Burgstr. 22/24, gegenüber d. Thüringer Hof, Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften, Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. *

Neu! Leder-Handlung Neu!

en gros en detail
ff. Ausschnitt, sämtl. Schuhmacher-Bedarfsartikel

H. Berthold, Leipzig, Nikolaistr. 31.

Nebenverdienst

wird auch in unserer Zeitung hier und da angeboten. Hunderter von Inseraten werden von uns ausgewiesen, wenn uns bekannt ist, dass Schwindel vorliegt. Aber nicht immer ist die Prüfung möglich. Es ist infolgedessen nicht ausgeschlossen, dass einmal ein Inserat angenommen wird, das nicht einwandfrei ist.

Wir ersuchen deshalb unsere verehrlichen Leser, die Inseraten abgeben, Vorsicht walten zu lassen. Auf keinen Fall dürfen den Inserenten Originalzettel und Photographien beigelegt werden. Auch auf die schönsten Versprechen sende man für Muster- oder Probewerden kein Geld im vorausein. Unverlangte Nachnahmesendungen weise man zurück.

Mit Unterlegung von Kaution bei sogen. Generalvertretungen, Filialen usw. sei man sehr vorsichtig. Es empfiehlt sich, ehe dafür Geld ausgegeben wird, über die betr. Firma Erkundigungen einzulegen. Mehrfach entpuppten sich sogenannte „Verlagshäuser“, „Engros-Geschäfte“ und „Fabriken von Gebrauchsgegenständen“ als Schlafstelleninhaber, die unter hochtrabenden Ansprüchen gegen minderwertige Waren an den Mann bringen wollten.

Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

Droßläufe Warnung!

Um sich vor minderwertig Nachahmung zu schützen, setzt man beim Ein-Goldgeld, Nr. 75 190, Tausende von Anhängen a. d. Wort „Goldgeld“. Erkundigungen über prompte und radikale Vertilgung d. Kopfkäuse mit Brut. Vorausgleich zur Pflege des Kopfhaars. Geschick- und farblose Flasche A 25 und C 50 in Drogerien und Apotheken. Wo nicht erhältlich, direkt vom alten Fabrikanten Ademuscher & Co., Siegburg. Postscheckkonto Köln 7085.

Schmerels

Monats-Garderoben

Plauensche

Strasse 3 Teleph. 10528

ganz wenig getragene

Irrigator, Mutter-spritzen, Leibbinde, Unterlag, Damens-bind, Verbandswatte, sowie alle Artikel zur Krank. u. Wocheneinführung. Bürkel, Verband nachzuweilen. Karl Klose, Leipzig 7, fr. Hain-strasse 17, Lederhof-Neubau. Fernsprecher 13787. Neuerschein. Katalog gratis.

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie.

Redigiert von Karl Kautsky. Eine wissenschaftliche Zeitschrift für alle, welche ein mehr als städtisches Interesse für die große Tagesfrage der sozialen Entwicklung haben.

Erhältlich wöchentlich. Preis 3.25 Mark pro Quartal.

Einzel-Heft 25 Pfennig.

To be bezahlen durch die Filialen und Austräger der Volkszeitung.

Leipziger Buchdruckerei A.G.

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Familien-Nachrichten

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Frau, unser Mutter sprechen wir nur herzlich allen für Blumenschmuck und Gelehrten unser herzlichen Dank aus.

Svenkau, den 28. Juli 1918.

Der trauernde Gatte Paul Pörschmann

und Kinder.

Nach langem schwerem Leiden verschied gestern früh mein lieber Mann, unser guter Vater, der Mauerpolier

Friedrich Hermann Reichardt.

R.-Plagwitz, Naumburger Str. 84, pt. I.

11308. Die trauernde Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, früh 1/2 Uhr, von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofs aus statt.

Politische Uebericht.

Chronische Teuerung.

Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: "Die enorme Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Genußmittel, die im Jahre 1911 einsetzte und im Jahre 1912 häufigste Fortschritte mache, ist noch nicht überwunden. Obwohl im ersten Halbjahr 1913 die Preise — vor allem der vegetabilischen Nahrungsmittel — etwas zurückgegangen sind, bleibt im Vergleich zum Jahre 1911 doch noch eine ganz erhebliche Verteuerung bestehen, so daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß das Niveau der Lebensmittelpreise nicht wieder auf den Stand früherer Jahre zurückgehen wird, daß vielmehr die Teuerung bis zu einem gewissen Grade eine chronische ist. Nach zuverlässigen Berichten über die Preisbewegung der wichtigsten Lebens- und Genußmittel in circa 190 deutschen Städten berechnen sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (Eltern und zwei Kinder) in den ersten sechs Monaten auf Mark:

Monat	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Januar	23,50	24,60	20,01	+ 2,51
Februar	23,81	24,88	25,86	+ 2,25
März	23,90	25,18	25,88	+ 2,28
April	23,80	25,74	25,61	+ 1,81
Mai	23,72	25,52	25,48	+ 1,71
Juni	23,97	25,85	25,85	+ 1,88

Die Verteuerung gegenüber dem Jahre 1911, die im Januar 1913 noch 2,51 M. betrug, war also im Juni noch immer auf 1,88 M. Für die wichtigsten preußischen Gebietsteile ergaben sich im Juni 1911 bis 1913 folgende Indexziffern in Mark:

Juni	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Groß-Berlin . . .	23,07	25,98	24,88	+ 0,96
Brandenburg . . .	23,01	26,26	25,44	+ 2,48
Pommern	22,71	24,88	25,07	+ 2,86
Polen	23,02	25,85	24,82	+ 1,20
Sachsen	23,40	25,05	25,88	+ 0,48
Sachsen-Anhalt . .	24,02	26,40	25,97	+ 1,85
Schleswig-Holstein . .	23,48	25,78	25,08	+ 1,80
Hannover	23,85	24,98	24,78	+ 1,88
Westfalen	23,48	26,51	25,72	+ 2,24
Hessen-Nassau . .	24,07	25,85	25,45	+ 0,48
Rheinland	23,08	27,01	26,44	+ 0,51

In den außerpreußischen Landesteilen des Deutschen Reiches betrugen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes durchschnittlich in Mark:

Juni	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Bayern	24,21	25,90	26,70	+ 1,49
Königreich Sachsen . .	22,80	25,61	25,21	+ 2,41
Württemberg	24,20	25,58	24,94	+ 0,74
Baden	25,94	27,25	26,82	+ 0,88
Thüringen	23,82	26,59	26,80	+ 1,78
Elsaß-Lothringen . .	25,78	27,11	27,27	+ 1,51

Obwohl in einem erheblichen Teil Deutschlands die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes bereits unter das vorjährige Niveau herabgegangen sind, ergibt sich im Vergleich zum Jahre 1911 noch durchweg eine beträchtliche Steigerung der Indexziffern.

Es ergibt sich aus den Zahlen also ein Anstieg der Preise; trotz zeitweiliger Schwankungen und Rückschlägen steigt im ganzen die Kurve der Bewegung. Der Lebensunterhalt wird stetig teurer — die Junker aber halten die Grenzen des Reichs gesperrt und schreien nach höheren Lödlen.

Deutsches Reich.

Steigende Güter- und Pachtpreise.

Die Wirkungen des Büchertariffs von 1902 auf die Preise der landwirtschaftlichen Güter macht sich vor allem auch in der Provinz Hannover mit ihrer im allgemeinen hoch entwickelten Landwirtschaft bemerkbar. So berichtet die Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, das amtliche Organ der hannoverschen Landwirtschaftskammer, in ihrer jüngsten Nummer wieder über eine Anzahl von Gutserlösen, bei denen nach dem eigenen Zugeständnis dieses Blattes „außerordentlich hohe“ Preise erzielt wurden. So habe der Hofbesitzer Witzel in Dehnsen (Kreis Lüneburg) sein aus zwei Höfen bestehendes Besitztum, das er vor zehn Jahren für 100 000 M. erworb, für 235 000 M. an einen Agenten in Magdeburg veräußert. Dieser Agrarist hat also, selbst wenn man annimmt, er habe erhebliche Summen für die Instandsetzung des „ziemlich heruntergewirtschafteten“ Gutes ausgegeben, in den zehn Jahren sein Kapital mindestens verdoppelt. Bemerkenswert ist, daß der neue Käufer das Gut nur zu Spekulationszwecken erworben hat. Wie es heißt, will er einen Teil des Hofes zerstören und auch das Restgut will er veräußern, selbstverständlich mit entsprechendem Gewinn. Die kommenden Beleger, zum Teil kleine Landwirte, werden dann also für dasselbe Land, das vor zehn Jahren 100 000 M. kostete, wahrscheinlich die dreifache Summe zahlen müssen. In derselben Nummer berichtet das genannte Blatt über einen neuen Gutserwerb des bekannten „Wunderdoctors“ Schäfer Ust, der für einen 80 Hektar großen, zum großen Teil aus Döbelnbergen bestehenden Hof in Südergelle jeden „außerordentlich hohen“ Preis von 95 000 M. bezahlt habe. Und an anderer Stelle meldet das Organ der hannoverschen Landwirtschaftskammer, daß in Sohmar (Kreis Peine) ebenfalls „außerordentlich hohe Landpreise“ erzielt worden seien. Für 25 Morgen Ackerland, also für den nötigen Boden, seien 52 500 M. pro Hektar demnach 8400 M. bezahlt worden.

Diese abnorme Preistreiberei des landwirtschaftlich geprägten Grund und Bodens ist von einer entsprechenden Steigerung der Pacht preise begleitet. Die Hannoversche Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung berichtet in derselben Nummer, daß der Vächter des Fr. Dirkschen Hofs in Willen (Kreis Wittmund) für die nächste sechsjährige Pachtperiode 121 M. pro Hektar statt bisher 80 M. Pacht bezahlen müsse. Das bedeutet eine Steigerung von 51 Prozent. Auch das Blatt der Landwirtschaftskammer bezeichnet diese Steigerung als „ganz erheblich“, wenn man in Betracht ziehe, daß die Abgaben und Löhne 1? Reb. d. L. B. von

Jahr zu Jahr zunehmen und die ganze Lebenshaltung immer teurer werde.

Bei solcher ungewöhnlichen, durch die Wirtschaftspolitik des Reiches geförderten Preissteigerung des Grund und Bodens ist es begreiflich, daß die Agrarier nach verstärktem Zollschutz rufen. Der viel zu teuer erworbene Grund und Boden läßt sich eben nur noch dann mit Nutzen bewirtschaften, wenn der Staat künftig die Preise der Produkte immer weiter in die Höhe treibt.

Wie steht es mit dem Notgesetz zum Militärstrafgesetzbuch?

Die Tägliche Rundschau hatte dieser Tage, wie wir in der Montagnummer vermerkt, Angaben über das Schicksal des bekannten Notgesetzes zur Änderung des Militärstrafgesetzbuchs gemacht. Diese werden jetzt durch eine angeblich offizielle Korrespondenz bestätigt. Das Dementi erscheint indes verdächtig, weil es unter anderm besagt, der Entwurf könne schon deshalb nicht bis zum Oktober Gesetz werden, weil der Reichstag erst im November zusammentrete. Nun hat bekanntlich der Reichstag den Entwurf bereits verabschiedet. Die Korrespondenz verrät also eine auffällige Unkenntnis der Tatsachen, die mit dem offiziösen Charakter des Dementis schlecht zusammen passen will.

Weshalb aber gibt die Regierung der Oeffentlichkeit nicht direkt klare Auskunft? Dazu sollte sie nach dem Versprechen des Reichsanzagers doch die Verpflichtung verspielen. Zumal jetzt die Kunde kommt, daß die Berufungsverhandlung vor dem Oberkriegsgericht für den August angezeigt ist und die bange Frage die Oeffentlichkeit beschäftigt, ob die ungünstigen Angeklagten der Segnung der Aenderung noch teilhaftig werden.

12 000 Begnadigungen.

Offiziell wird mitgeteilt, das preußische Justizministerium habe infolge des Amnestie-Erlaßes dem König ungefähr 12 000 Anträge auf Begnadigung unterbreitet. Damit sei aber die Zahl der Fälle noch nicht abgeschlossen, denn insbesondere die schwereren Fälle, bei denen teilweise der Vollzug der Freiheitsstrafen sofort unterbrochen worden sei, bedürften erst noch einer genaueren Prüfung. Die Zahl der Begnadigungen werde sich aber noch erhöhen.

Hoffentlich unterbreitet man dem preußischen Landtag eine Statistik, damit auch zu erkennen ist, wer von der königlichen Gnade bedacht wurde, und um welche Delikte es sich bei den Begnadigungen hauptsächlich handelte.

Der erste Fallenhayn-Erlaß.

Im Deutschen Reichsanzeiger vom 22. Juli wird nachstehende Bekanntmachung veröffentlicht:

Kriegsministerium.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienstlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörde Civilpersonen oder den Handwerkern der Truppen und der militärischen Aufstalten u. s. w. zur Ausübung des Gewerbebetriebes Beihilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Erleichterung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsvereinbarungen u. dergl.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist besohlen, von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihren Vorgesetzten Melbung zu machen.

Berlin, den 15. Juli 1913.

Der Kriegsminister von Falkenhayn.

Eine Verfügung, wodurch den Kommandeuren verboten würde, Soldaten zu Streitbeschwerden zu befehlen, wäre weit nötiger. Aber daran denkt man im Kriegsministerium offenbar gar nicht.

Russische Zustände im Außerevolut.

In der neuesten Nummer des Technischen Grubenbeamten, des Organs des Steigerverbands, macht dessen Vorsteher Werner bedeutsame Mitteilungen über Dinge, die ihren Ausgangspunkt teils in dem Prozeß des Direktors Kleemann vor dem Deutschen Kaiser gegen Werner, teils in dem Strafspruch gegen den Allgemeinen Beobachter (Essen) in Sachen der gestohlenen Mitgliederliste des Steigerverbands haben. In der erst erwähnten Sache hatte der Direktor Kleemann gegen Werner wegen Beleidigung geplagt, die in einem Artikel enthalten sein sollte, der in einer Reihe von Parteiblättern veröffentlicht worden ist. In diesem Artikel hatte Werner die Verwaltung des Schachs 3 von Deutscher Kaiser schwerster Hintergehung und Täuschungen der revidierenden Bergrevierbeamten bezichtigt.

In der Verhandlung vor dem Essener Schöffengericht am 10. Mai d. J. hatte Herr Kleemann aber, wie erinnertlich, erklärt, daß er nicht wegen dieser schweren Behauptungen Strafantrag stelle, sondern nur wegen einer Behauptung, die in der Antwort Werners auf eine Verjährung Kleemanns enthalten sei, wonach er an dem Selbstmord einer Steigerfrau und an der Vergewaltigung eines Steigers Schuld sein sollte. Wegen des Vorwurfs der Täuschung der Bergbehörde erklärte der Vertreter Kleemanns, Rechtsanwalt Wallach II, mit Pathos, keinerlei Ansatz für Kleemann vor, Strafantrag zu stellen, da diese Sache auf seinen Antrag bereits von der Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse in Angriff genommen sei. Um einer Verjährung vorzubürgen, habe die Essener Staatsanwaltschaft bereits einige Zeugenvornehmungen veranlaßt. Wegen einer andern, in dem gleichen Artikel enthaltenen schwer beleidigenden Behauptung schwiebe ein von der Duisburger Staatsanwaltschaft eingeleitetes Verfahren gegen den in Frage kommenden Ge-währsmann Werners.

Werner, der in jener Verhandlung mittellen konnte, daß ihm von dem angeblich schon seit Monaten gegen ihn schwedenden Verfahren noch keine Ahnung habe, teilt nun in der neuesten Nummer seines Blattes mit, daß er bis heute weder eine Vernehmung gehabt, noch auf seine nach der Verhandlung an den Staatsanwalt in Essen gerichtete Anfrage über die Richtigkeit der Behauptung des Rechtsanwalts Wallach II eine Antwort bekommen habe. Bei dieser Gelegenheit wirkt Werner mit Recht die Frage auf, wie es überhaupt möglich sei, daß nicht etwa gegen den Direktor, gegen den er schwerwiegendes Material gebracht, Anklage erhoben wird, sondern gegen ihn, der er auf die außerordent-

lich fahrlässige Gefährdung hunderter von Menschenleben aufmerksam gemacht habe! Und er fragt weiter, wie es zu sehe, daß gegen seine Beschuldigungen im öffentlichen Interesse ein Anklageseverfahren eingeleitet werde, während die Tatsachen, die er über den Direktor der Zeche behauptet, anscheinend kein öffentliches Interesse haben sollen. — Herr Werner kann sich damit trösten, daß er da das Schicksal teilt, dessen sich die Redakteure der sozialdemokratischen Presse und besonders auch der Bergarbeiter-Zeitung in ähnlichen Fällen zu erfreuen haben.

Von besonderer Bedeutung ist aber die weitere Mitteilung Werners, daß man versucht, ihn wegen seiner Zeugenauslage im Prozeß gegen Schreck vom Essener Allgemeinen Beobachter meinlebig zu machen. Werner hat in jenem Prozeß ausgesagt, daß die Mitgliederliste des Steigerverbands in der fraglichen Zeit außer ihm nur noch seinen Familienangehörigen zugänglich gewesen sei. Der Kriminalbeamte Simons, bekannt aus dem Eisenblebstahlprozeß gegen das Bochumer Volksblatt, wie später gegen Schreck, soll sich eifrig bemüht, Werner zu einer Meineidanklage zu verhelfen. Es sind in der Sache bereits vom Untersuchungsrichter in Essen Zeugen vernommen worden, darunter der frühere Redakteur des Verbandsorgans, Steiger Mantel.

Man sieht, die Essener Polizei läßt es sich nicht verbieten, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen, wo immer es notwendig ist. Und da redet der Technische Grubenbeamte noch von russischen Zuständen!

Gefährdung militärdienstlicher Interessen?

Vor acht Tagen ging durch einige bürgerliche Lokalblätter in der Nähe des Truppenübungsplatzes Senne-Schäfer eine Notiz, wonach bei einem Gewaltmarsch eines Reserve-Regiments ungefähr 50 Reservisten erkrankt und zwei gestorben seien. Die Parteipresse hat darüber berichtet. Nähere Angaben über das bedauerliche Vorfallmässen waren nicht zu erlangen, und merkwürdigweise hält sich auch jetzt noch die Militärbehörde in vollkommenes Schweigen. Danach kann man annehmen, daß die Angaben richtig waren, daß also tatsächlich in dieser unverantwortlichen Weise mit den Reservemannschaften umgesprungen worden ist. Würde sonst der Demobilierapparat nicht längst in Tätigkeit getreten sein?

Ziegt wird übrigens von Reservisten, die inzwischen wieder entlassen worden sind, erzählt, außer den beiden schwer erkrankten und gestorbenen jungen Menschen sei ein Mann nach der Übung aus dem Truppenverbande ausgeschieden, weil sich bei ihm nach der fraglichen Übung Geistesstörungen gezeigt hätten. Mag das nun richtig oder übertrieben sein: auf jeden Fall ist es eine vollendete Rücksichtlosigkeit — wenn man keinen schärferen Ausdruck gebrauchen will —, die Oeffentlichkeit über die Vorgänge im unklaren zu lassen. Das Militär zeigt sich hier als die überkommenen abgelöbte Kaste, die mit dem übrigen Volke nichts gemein hat, die ihre Angelegenheiten souverän nach eigenem Gutdünken regelt, ohne auch nur die leiseste Verpflichtung anzuerkennen, dem Volke über ihre Sünden Rechenschaft abzulegen. Gerade in diesem Augenblick, wo dem Volke, und nicht nur den Beständen, neue Opfer an Gut und Blut zu besserem Gedächtnis des militärischen Wesens auferlegt werden, müßte ein derartiges Verhalten militärischer Behörden auch auf bürgerliche Kreise aufpeitschend wirken.

Aber vielleicht fällt dies Schweigen unter die bezeichnende Rubrik „Gefährdung militärdienstlicher Interessen“.

Billige Erntearbeiter für die Junker.

Im Scherischen Tag entwidet Freiherr v. Mirbach den Plan, die Armee zur Erntearbeiter-Dienstleistung für die Junker zu machen. Er erkennt an, daß die Heeresleitung schon allerlei für die notleidende Landwirtschaft getan hat, so durch die Einführung des landwirtschaftlichen Unterhalts bei den Truppenstellen. Und von der neuen Wehrvorlage erwartet er weitere Begünstigung der Agrarier. Die Erhöhung der Verpflegungsfähigkeit im Lande und die Zahlung erhöhter Remontepreise hält der Freiherr für ganz selbstverständlich, genau so wie die Schaffung zahlreicher kleiner Garnisonen. Aber Freiherr v. Mirbach will mehr. Er fordert, daß den Mannschaft

Wenn das Wiener Bureau in der Lage war, richtig zu berichten, so ist es durchaus nicht zu verstehen, daß der Verfasser jenes Berichtes des Wolffschen Bureaus "auf Grund eigener Beobachtung" das bestimmte Gegenteil melden konnte.

Sondersteuer auf Kraftfahrzeuge in Preußen. Nach einer Meldung des Berliner Lokalangebers plant die preußische Regierung eine Sondersteuer auf Kraftfahrzeuge. Der Minister des Innern und der Minister der öffentlichen Arbeiten haben an den Oberpräsidenten eine gemeinsame Verfügung gerichtet, in der diese um Beantwortung einer Reihe von Fragen und um Vorschläge ersucht werden. Die Oberpräsidenten haben bis zum 9. September dieses Jahres zu berichten.

Eine Reform der preußischen Landtagswahlstatistik? Die amtliche Statistik über die preußischen Landtagswahlen lag bisher sehr im argen. Das soll jetzt angeblich besser werden. Wie die Tägliche Rundschau erfährt, ist das gesamte Urmaterial der Landtagswahlen dem Landesstatistischen Amt mit dem Auftrag überwiesen worden, es zu einer geeigneten Wahlstatistik zu verarbeiten. Das Ergebnis der statistischen Bearbeitung geht zuerst an das Ministerium des Innern und von diesem an das Staatsministerium. — Eine Besserung der preußischen Landtagswahlstatistik wäre sehr zu wünschen. Aber warten wir ab, was herauskommt.

Ein ausichtsloser Wahlprotest. Die Konservativen haben in ihrem Ärger über ihre böse Niederlage gegen die Reichstagswahl in Salzwedel-Gardelegen Protest erhoben und zitieren diesen Protest darauf, daß auf dem Stimmzettel der Wohnort des Dr. Böhme als Groß-Lichterfelde bezeichnet wurde. Diese Bezeichnung soll nicht stimmen, weil der Ort offiziell Berlin-Lichterfelde heißt und weil Dr. Böhme während der Wahl in Salzwedel polizeilich gemeldet war und dort auch sein Wahlrecht ausgespielt hat.

Wenn die Konservativen keine besseren Protestgründe haben, dann werden sie im Reichstag glatt abschaffen. Aus dem Stimmzettel muß die Person des Gewählten unzweckhaft erscheinen. Ein Zweifel darüber, daß der zum Abgeordneten gewählte Dr. Böhme gemeint war, kann nicht bestehen, und die Wahlprüfungskommission hat in solchen Fällen wiederholt entschieden, daß eine angeblich unrechte Bezeichnung des Wohnorts nicht zur Kassierung der Stimmen des Gewählten führen kann.

Die Belohnung für die Geduldarbeit. Nachdem der Reichskanzler, der frühere Kriegsminister v. Heeringen und der General Böhrs teils mit Orden, teils mit Bildern für ihre Tätigkeit bei der Heeresvorlage belohnt worden sind, ist nunmehr auch der Reichsschlagssekretär Klühn, der sich redlich plagierte, die Gedusvorlagen unter Daß zu bringen, bedacht worden. Wie soeben ähnlich bekannt gegeben wird, bekam er einen hohen preußischen Orden.

Frankreich.

Eine Kammerdebatte über die Deckung.

Paris, 22. Juli. Die Kammer beriet heute das vom Senat zurückgegebene Budget. Im Laufe der allgemeinen Diskussion erklärte der Sozialist Thomas, daß seine Freunde alle Mittel aufbieten würden, damit die finanzielle Deckung für das neue Militärgesetz in das Budget für 1913 aufgenommen würde. Daurès fügte hinzu: Dies ist unsre einzige Garantie. Finanzminister Dumont versicherte, daß die Regierung stets zur Verfügung der Kammer stände, um die Deckung nach dem Budget zu befriedigen. (Kärm auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Barthou präzisierte die Haltung der Regierung und erinnerte daran, daß sie eine Vorlage eingebracht habe, die dahin zielt, die Deckung durch das erworbene Vermögen zu bewirken. Die Vorlage werde zusammen mit den neuen, von der Kommission gemachten Vorschlägen erörtert werden. Aber die Regierung habe niemals versprochen, sie vor der Abstimmung über das Budget zu erörtern. Und niemand habe sich dem widergesetzt. Die Kammer werde die Deckung gleich nach der Abstimmung über das Budget beschließen; denn das Provisorium müsse beendet werden. (Widerpruch auf der äußersten Linken und bei einem Teil der Linken.) Der radikale Deputierte Malvy rief: Die Haltung der Regierung ist zweideutig. Ministerpräsident Barthou erwiderte: Meine Worte sind nicht zweideutiger als Ihre Haltung. (Widerruf im Zentrum und auf verschiedenen andern Bänken, Kärm auf der äußersten Linken und einem Teile der Linken.) Malvy entgegnete: Sie können niemandem Zweideutigkeit vorwerfen, da Sie eine Politik der Reaktion treiben. (Widerruf auf der äußersten Linken und einem Teile der Linken.) Ministerpräsident Barthou erklärte: Ich habe die Republik früher als Sie vereidigt. Malvy: Ja, unter Minister Meline. Barthou: Mit Ihren Freunden. — Damit war der Zwischenfall erledigt.

Der Sozialist Thomas war der Regierung vor, daß sie die Schwierigkeiten im Budget nicht löse. Finanzminister Dumont antwortete, die Lage des Schahans sei günstig. Thomas erklärte: Sie zwingen das Land zu einem Defizit durch Ihre Politik der kolonialen Ausdehnung und durch Ihre hochmütige Politik in Europa. Thomas schlug vor, die neuen Ausgaben dadurch zu bedenken, daß man in das Finanzgesetz eine gestaffelte Einkommensteuer einfüge. Der Finanzminister sagte, daß diese Einrichtungen nicht vor dem Jahre 1915 Geltung erlangen würden. Man müsse darum zuerst über das Budget 1913 abstimmen und das Gleichgewicht für das Budget 1914 vordereiten. Die Regierung werde das Budget für 1914 sofort nach der Abstimmung über dasjenige von 1913 einbringen. Der Sozialist Bedouce widersprach. Der Budgetverdichter Souleau verzog, daß der Bericht in zwei bis drei Tagen vorgelegt werden würde. Damit war die allgemeine Aussprache beendet. Das Finanzbudget wurde mit Ausnahme des auf die Liquidation der Kongregationen bezüglichen Kapitels, das auf Laurens Verlangen zurückgestellt wurde, angenommen.

Einziehung der Unterpräfekturen.

Paris, 22. Juli. Die Deputiertenkammer hat das Budget des Innern, in dem die Einziehung der Unterpräfekturen für die Zukunft vorgesehen ist, mit 266 gegen 255 Stimmen angenommen.

Die Heeresvorlage im Senat.

Paris, 22. Juli. Kriegsminister Etienne hat im Senat das Militärgesetz eingebracht, das von der Kammer bereits angenommen ist. Das Gesetz wurde an die Budget- und an die Heeskommision verwiesen.

Portugal.

Immer neue Komplote.

Lissabon, 22. Juli. Wie die Blätter melden, wurde ein neues Komplot entdeckt, durch welches mehrere Unteroffiziere des ersten Artillerieregiments kompromittiert sind. Es wurden neue Verhaftungen vorgenommen und mehrere Bomben beschlagnahmt.

Großbritannien.

Das haradische Oberhaus.

London, 22. Juli. Das Oberhaus hat das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales mit 248 gegen 18 Stimmen zum zweitenmal abgelehnt.

Aufland.

Abgeordnetenimmunität.

Dieser Tage wurde der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Genosse Borjanow, der in Kiew vor einem geschlossenen Kreis von 16 Arbeitern ein Referat über die Versicherungsgesetz hielt, verhaftet, am folgenden Tage aber freigelassen. Gegen wurde der Dumaabgeordnete Genosse Malinowsky anlässlich eines Aussusses in der Nähe von Moskau mit sechs Personen verhaftet, nachträglich aber freigelassen. Alle andern Verhafteten in Kiew und Moskau blieben in Haft und werden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen.

Amerika.

Die Union und Mexiko.

Washington, 22. Juli. Im Senat verlangte Senator Haubold bei der Debatte über Mexiko energisch, daß die Regierung eine kräftigere Politik zum Schutz der Amerikaner verfolgen sollte. Andre Senatorn warnen vor einem übereilten Vorgehen. Lodge fragte, ob es wahr sei, daß der deutsche Gesandte in Mexiko 10.000 M. Schadenerlös wegen der Entmordung eines deutschen Staatsangehörigen erhalten habe und daß ferner ein Mitglied der deutschen Gesellschaft einen Amerikaner vom Kriegsgericht bestreite, während die amerikanischen Behörden nichts zu erreichen vermochten, weil sie keine Unterstützung durch ihre Regierung erhielten. Stone empfahl die Absendung einer bewaffneten Flotte nach Mexiko zum Schutz der Amerikaner.

Washington, 22. Juli. Das Kommandoboot Wheeling ist nach Monterrey in Mexiko beordert worden, wo Leben und Eigentum der Amerikaner bedroht sind.

China.

Der Bürgerkrieg.

In Petersburg sind aus China höchst beunruhigende Nachrichten eingetroffen. Die Revolution gewinnt in den Subprovinzen immer mehr an Ausdehnung. Der Unwillen gegen Juan-Schihai wächst, so daß der Vormarsch der Schwarzmee auf Peking erwartet werden kann. Die diplomatischen Kreise bestimmen, daß die Grobmächte in irgend einer Form auf die chinesischen Ereignisse reagieren müssen.

D. h. Russland wünscht die Einmischung, um die Mongolei einzusacken.

Sächsische Angelegenheiten.

Verfehlte Geheimnistümerei.

Im Verbandsorgan der organisierten Fleischergesellen finden wir eine interessante Schilderung des Schicksals einer Verordnung. In Verfolg der reichsstatistischen Erhebungen über die Arbeitszeit und Pausen im Fleischergewerbe, die auf eine Petition des Zentralverbandes der Fleischer u. B. D. vorgenommen wurden, haben im vergangenen Jahre die Ministerien in unseren deutschen Vaterländern sich dazu aufgeschwungen, Verfügungen zu erlassen, wonach auf Grund des am 1. August 1912 abgeänderten § 120f der Gewerbeordnung die Behörden ermächtigt sind, gewisse Vorschriften zu erlassen. In Preußen hat man diesen Erlass unlängst in aller Offenheit erscheinen lassen. Anders dagegen in Sachsen. Hier besteht auch eine solche Verordnung, die aber nicht in der Offenheit erschienen ist. Durch Jusfall erfuhr die Leiter der Fleischerorganisation von deren Existenz. Es lag natürlich nichts näher, als daß die Organisation der Fleischer Kenntnis von dem Inhalt der Verordnung zu erlangen suchte. Sie wandte sich zunächst an die Kreishauptmannschaft, dann an den Stadtrat in Dresden. In beiden Fällen wurden sie abfällig beschieden. Darauf wandte sie sich mit einem Gesuch an das Ministerium. Das Gesuch wurde mit dem Hinweis auf Preußen und damit begründet, daß die Berufsorganisation ein großes Interesse an dem Inhalt der Verordnung habe. Auf das Gesuch ging diese Antwort ein:

Dresden, den 2. Juli 1912.

Auf Ihre Eingabe vom 25. vorigen Monate wird Ihnen mitgeteilt, daß die über die Regelung der Arbeitszeit im Fleischergewerbe ergangene Verordnung zwar keine der Offenheitlichkeit vorausgehenden Vorgänge enthält, daß aber das Ministerium des Innern schon der Folgen wegen (s) ab sieht, dem Ansuchen zu entsprechen und den inneren Dienst betreffende Angelegenheiten Nichtbeamten mitzuteilen.

Ministerium des Innern.

Abteilung für Alterbau, Gewerbe und Handel.

gez. Dr. Noscher.

"Der Folgen wegen" sieht also das Ministerium davon ab, die Verordnung bekanntzugeben. Was sind aber die Folgen einer solchen Verordnung? Es werden aus den beteiligten Kreisen Anträge kommen und die Behörden werden wohl oder übel den Beschwerden nachgehen müssen. Dem Ministerium aber scheint es fatal zu sein, die tatsächlichen Verhältnisse im Fleischergewerbe einmal beim richtigen Namen genannt zu haben, und nur fürchtet es die Folgen für die Fleischermeister. Doch der Fleischerorganisation ist die Verordnung bekannt, die Heimlichkeitsrämerie der Regierung wird deshalb ihren Zweck verfehlt.

Die verfehlte Gründung des Herrn v. Liebert.

Die Deutsche Rusiji Baumwollgesellschaft, eine Lieberth'sche Gründung, ist, nachdem sie nur wenige Jahre bestanden hat, vor kurzem in Liquidation getreten. Wie die bürgerliche Presse meldet, gehen die Anteilseigner dieses Unternehmens völlig leer aus, da das ganze Stammtkapital der Gesellschaft verloren ist und die Plantagen den Darlehengeber verpfändet waren. Im Gründungsprospekt waren seinerzeit Dividenden von 20 Prozent und mehr in Aussicht gestellt worden! Die Gesellschafter sind von vornherein über den Wert des Gesellschaftsbuches und die eigentlichen Vorgänge bei der Gründung im unklaren gelassen worden. Gegen den Besitzer und Mitbegründer Dr. Groppler schwelen gerichtliche Klagen, die sich gegen falsche Angaben in den Gründungsprojekten u. a. richten. Herr v. Liebert soll durch Vertuschung ihm bekannter Unregelmäßigkeiten bei der Gründung und Leitung der Gesellschaft ebenfalls an der Pleite nicht ganz unschuldig sein. Er hat es daher vorgezogen, sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niedergezulegen, ehe die Gesellschafterversammlung hierzu Stellung nehmen konnte, ob ihm das Mandat entzogen werden sollte. Auf die wunden Punkte seiner Tätigkeit in der Gesellschaft weist ein Fiktular von Gesellschaftern hin, worin es unter anderem heißt:

Bedauerlicherweise ist in dem (Verteidigung-) Mundschreiben des Herrn v. Liebert gerade über sehr wesentliche Punkte, über die die Gesellschafter gewiß gern eine Erklärung gehört hätten, nichts zu finden, wie z. B. über die ihm gewährten Freianteile und die Bedingungen dieser Abtreitung, über die von ihm unterlassene Herbeisführung der Bilanzgenehmigung und insbesondere auch darüber, wie er die Übernahme des Aufsichtsrats und der damit verbundenen Beziehe zu rechtzeitigen vermag, obwohl er, wie urkundlich nachgewiesen ist, von vornherein die Unrichtigkeit der Angaben des Prospekts und des Gründers Groppler kannte.

Hoffentlich leuchten die Prozesse gegen Groppler auch etwas in die Gründertätigkeit v. Lieberts hinein.

"Einsichtige" Stadtvertreter.

In der letzten Stadtverordnetensitzung zu Bischofswerda ist durch die "Einsichtige" der Stadtverordneten eine Kritik verhindert worden. Der Stadtverordnetenvorsteher Gräfe, der antisemitische Abgeordnete für den ersten sächsischen Reichstagswahlkreis stellte, wie die Zittauer Morgenzeitung berichtet, dem Kollegium die Alter-

native, entweder den Antrag des sozialistischen Stadtverordneten Haubold auf Aenderung der Geschäftsordnung des Kollegium abzulehnen, oder seiner Amtsbefreiung als Vorsteher gewidrig zu sein. Der omnibus Antrag war in einer früheren Sitzung, in der Gräfe nicht anwesend war, mit allen gegen eine Stimme zum Beschluß erhoben worden. Die Abstimmung des Vorsteher mit Niederlegung seines Amtes wirkte derart, daß die meisten Stadtverordneten umstiegen und dem staats- oder vielerlei "Stadt"-gefährlichen Antrage ein wenig lästiges Ende beigetreten. Stadtverordneter Geier entzündete seinen Umsatz damit, daß er in der vorhergehenden Sitzung mit der Niederlegung des Protokolls beschäftigt gewesen sei und daher die Tragweite seiner Abstimmung übersehen habe. Der Vorsteher meinte, die Geschäftsordnung stamme bereits aus dem Jahre 1875 und habe bisher noch nie zu Austragungen Anlaß gegeben, niemand habe das Recht einer Aenderung gehabt, nur Geier habe das Recht Monate im Kollegium sitzen, seit mit ihr nicht zustimmen. Und worum handelt es sich bei dem "gefährlichen" Antrage? Herr Haubold wollte in der Hauptstube im Interesse der Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums, die im Geschäftslieben stehen und nicht immer über freie Zeit verfügen, eine Aenderung im Punkt der Einladungen zu den Sitzungen in der Weise, daß zwischen dem Tage der Einladung und dem der Sitzung wenigstens ein voller Tag liege. Bisher war es immer so gehandhabt worden, daß die Einladungen zu den Sitzungen erst am Vorabend ausgetragen wurden. Der Antrag Haubold wird so vorständlicher, wenn man weiß, daß die Sitzungen der Stadtverordneten nicht an einem bestimmten Tage in der Woche stattfinden, sondern vom Vorsteher nach belieben festgesetzt werden. Herr Gräfe hat das Verdienst, die kleine Stadt vor einer revolutionären Umwälzung, die die Stadtverordneten nicht erkannt halten — wahrscheinlich, weil sie von einem freisinnigen Stadtvertreter ausgegangen —, bewahrt zu haben.

Die Krankenversicherung 1912.

Nach einer vorläufigen Auflistung des Statistischen Bundesamtes gab es am Ende des Jahres 1912 im Königreich Sachsen 225 Krankenkassen mit 1.583.995 Mitgliedern gegenüber 237 Krankenkassen am Ende des Jahres 1911. Am Laufe des Jahres 1912 wurden 5 Gemeinde-, 3 Betriebs- und 1 Innungs-Krankenkasse aufgelöst. Außerdem fielen sämtliche einschreitende Hilfsklassen als solche weg, da diese Hilfsklassen auf Grund des Gesetzes von 20. Dezember 1911 und der Verordnung des Bundesrats vom 18. Mai 1912 mit dem 1. Juni 1912 aufgehoben worden sind. Zum Teil haben sich diese Hilfsklassen aufgelöst oder mit anderen Kassen vereinigt, zum Teil bestehen sie als Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit weiter. Von den 225 Krankenkassen waren:

Gemeindekrankenversicherungen	605	27,08	Proz.
Ortskrankenkassen	603	20,65	"
Betriebskrankenkassen	853	38,15	"
Innungs-Krankenkassen	115	5,14	"
Von den 1.583.995 Mitgliedern entfielen auf:			
Gemeindekrankenversicherungen	142.565	9,00	Proz.
Ortskrankenkassen	1.086.181	68,58	"
Betriebskrankenkassen	305.284	19,27	"
Innungs-Krankenkassen	49.025	3,15	"

Die Kreishauptmannschaft Bautzen hatte, wie schon in den Vorjahren, verhältnismäßig die meisten Kassen, aber die wenigsten bei solchen verhüllten Personen, die Kreishauptmannschaft Leipzig verhältnismäßig die wenigsten Kassen, aber die meisten bei solchen verhüllten Personen aufzuweisen. Die Ortskrankenkassen bildeten auch 1912 die Hauptträger der Krankenversicherung, dann folgten die Betriebskrankenkassen und die Gemeindekrankenversicherungen und zuletzt die Innungs-Krankenkassen. Die Gemeindekrankenversicherungen werden mit dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung für die Krankenversicherung am 1. Januar 1914 wegfallen. Ihre Mitglieder gehen zum Teil an die Ortskrankenkassen, zum Teil an die neu zu errichtenden Landkrankenkassen über.

Veränderungen in höheren staatlichen Verwaltungsstellen. An Stelle des zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ernannten bisherigen Kreishauptmanns von Dresden, v. Oppen, tritt der Vortragende Rat im Ministerium des Innern Geh. Regierungsrat Dr. Krug v. Ridda. Als Vortragende Rat tritt Amtshauptmann Dr. Herrmann in Döbeln in das Ministerium des Innern ein. Für die Stelle des Amtshauptmanns in Döbeln ist Regierungsrat Dr. Drechsel bei der Kreishauptmannschaft Zwickau in Aussicht genommen.

Der neue Kreishauptmann Krug v. Ridda ist 1880 geboren und steht seit 1888 in Staatsdiensten. 1896 wurde er als Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen; zwei Jahre später trat er an die Spitze der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, die er im Januar 1900 mit Dresden-Alstadt vertauschte. 1909 wurde er als Vortragender Rat in das Ministerium des Innern berufen. In dieser Stellung hatte Dr. Krug v. Ridda auch den Bericht mit der Presse zu vermittelnen. Der neue Kreishauptmann tritt sein Amt am 1. Oktober an.

Der neue Vortragende Rat im Ministerium des Innern, Dr. Hartmann, steht im 51. Lebensjahr. Er trat aus der täglichen Tätigkeit 1900 in den inneren Verwaltungsdienst über, wurde 1901 Regierungsrat und ging 1903 an die Kreishauptmannschaft Leipzig über. Seit 1906 stand er an der Spitze der Amtshauptmannschaft Döbeln.

Dresden. Nach dem Neuantrittsbericht der Stadt auf das Jahr 1912 hat die Stadtgemeinde schwer unter den Folgen der Wohnungsmangel zu leiden gehabt. Bei der Position Armenamt waren zu ehemaligen Geldunterstützungen für Arme 94.850 M. in den Haushaltplan eingestellt worden. Diese Summe ist aber um 21.117 M. übererschritten worden, da insgesamt 115.707 M. für ehemalige Geldunterstützungen ausgegeben werden mussten. Zur Begründung dieser Ü

Zukunft nicht mehr durch Stadtverordnete nachprüfen zu lassen. Hierzu bemerkte in der letzten Stadtverordnetensitzung der Bürgermeister, daß der Stadtrat den Beschluss gefaßt habe, um eine prinzipielle Entscheidung durch einen Kurs des Stadtverordnetenkollegiums herbeizuführen. Bei früheren Prüfungen hätten die beteiligten Stadtverordneten die unbedingt notwendige Schweigepflicht über Einschätzungsberichte teilweise verletzt. In der Aussprache über diese Angelegenheit hielt es Genosse Lindner für selbstverständlich, daß sich das Kollegium beschwerdefähig an die Kreishauptmannschaft wende, da eine Rechnung ohne Einsichtnahme unmöglich richtiggestellt werden könne. Wenn Mitglieder des Kollegiums sich hätten Verstülpungen zuschulden kommen lassen, dann solle man die Tatsachen vorführen und Namen nennen. In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere andre Stadtverordnete aus. Der Bürgermeister bemerkte, daß er nur in geheimer Sitzung Ausklärung geben könne. In einer geheimen Sitzung wurde sodann einstimmig beschlossen, gegen den Beschluss des Stadtrates wegen Verweigerung der Nachprüfung der Gemeindesteuerrechnungen bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde auf Grund § 68 der Neubildeten Städteordnung zu erheben.

Alte Nachrichten aus dem Lande. Das Landgericht Dresden verurteilte den Bruchmeister Ernst Robert Seifert in Dohna, der 14 Patronen Sprengstoff ohne behördliche Erlaubnis aufbewahrt hatte, zu drei Monaten Gefängnis. — Auf dem Bahnhof in Nossen wurde der Schuhmeister Wilhelm Gash von einem einfahrenden Güterzuge überfahren und so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. — In Chemnitz war ein 35-jähriger Arbeiter mit einem jüngeren Mann vor einem Tanzlokal in Streit geraten, der in Tätschleitern ausartete. Bei dieser Gelegenheit erhielt er eine kräftige Ohrfeige. Er stürzte zu Boden und trug eine Gehirnerschütterung davon, an deren Folgen er nach einigen Tagen im Krankenhaus verstorb. — Wegen Brandstiftung wurde in Delitzsch E. der Altwarenhändler Eichler verhaftet, weil er das Dahler'sche Gut in Brand gesteckt haben sollte. Eichler hat die Tat eingestanden und wird sich demnächst vor dem Schwurgericht zu verantworten haben.

Aus den Nachbargebieten.

Auf eigener Scholle.

Vor der Erfurter Strafkammer stand der landwirtschaftliche Arbeiter Ludwig Neimling aus Naumburg (Kreis Wehlensee), weil er einem Landwirt zwei Sach-Gefälle entwidmet hatte. Der Fall bietet darum ein weiteres öffentliches Interesse, weil in der Verhandlung die traurige soziale Lage der Landarbeiter eine Verleuchtung erfuhr. Neimling arbeitet seit 17 Jahren mit seiner Frau bei einem Großbauer. Als die Frau ernstlich krank wurde, mußte sie einer Heilanstalt überwiesen werden, was seine familiären Verhältnisse schädlich beeinflußte. Der Bauer zahlte dem Manne einen Tagelohn von zehn und schreibt 150 Mk., doch der Vorsteher weiß einen guten Rat, wie ein Arbeiter mit einem Einkommen von 150 Mk. pro Tag seine Lage verbessern kann. „Sie haben doch Kinder, die Alben ziehen und Lehrbücher lesen können“, so meint er zu dem Angeklagten, „und schließlich haben Sie doch auch ein Häuschen und können ein Schweinchen füttern.“ „Davohl“, entgegnet der Angeklagte, „meine Kinder müssen arbeiten, auch bin ich Besitzer eines kleinen Anwesens. Doch was nützt mir das alles, mein Häuschen ist mit Hypotheken überlastet. Die Not trieb mich zu der Tat.“ Der Bauer, bei dem R. in Stellung ist, ist sehr wohlhabend und Besitzer von zwei Bauernhäusern. Er fühlt sich durch den Angeklagten um etwa 10 Mk. gefäßigt. Während der Verhandlung äußert er die Befürchtung, daß er durch eine strenge Verurteilung des Angeklagten die billige Arbeitskraft längere Zeit verlieren könnte. Er bittet darum um ein mildes Urteil für den Angeklagten. Das Gericht erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Halle a. S. In der Nacht stürzten die Studenten Beutler und Horn, beide aus Magdeburg, die an der Felswand des Galgen-

berges aus Nebemut herumstürzten, 20 Meter tief in einen Steinbruch. Man fand sie schwer verletzt und brachte sie ins Krankenhaus, wo sie zur Stunde noch immer bewußtlos lagen.

— In der Nacht zum Dienstag wurde der bei den Verhandlungsarbeiten am östlichen Heideerde, gegenüber dem Egerplatz, aufgestellte Militärposten von zwei Männern überfallen. Sie suchten dem Posten das Gewehr zu entreißen, was ihnen jedoch nicht gelang. Der Posten wurde durch Schläge mit einem Schlagring im Gesicht und am Arm verletzt. Die Männer entkamen in der Dunkelheit. Der Vorfall hat noch keine Auflösung gefunden.

Gera. Ein tragischer Vorgang spielte sich in der Familie des Dachdecker Franken ab. Franken lag schwerkrank in der Heilanstalt. Wegen einer eingetretene Verchlämmerung wurde Frau Franken an das Krankenhaus ihres Mannes verwiesen. Während ihrer Abwesenheit starb ein einjähriges Kind, über das eine elfjährige Schwester die Aufsicht geführt hatte. Kaum war Frau Franken aus der Heilanstalt zurückgekehrt, als sie von dort die Nachricht erhielt, daß ihr Mann gestorben sei. Die Frau war durch die Kurz aufeinanderfolgenden Schicksalsschläge aufs tiefste erschüttert.

Nordhausen. Zwischen den Stationen Berga - Kelbra und Heringen geriet das Dach des Speisewagens in einem D-Zug in Brand. Der Zug wurde auf freier Strecke zum Halten gebracht und der Brand durch das Eisenbahnpersonal gelöscht. Die Insassen des Speisewagens kamen mit dem Schaden davon.

Gotha. Das Staatsministerium erließ eine Verfügung, durch welche eine Reihe von Vogelarten im Interesse der Landeskultur und der Jagdpeile bis zum 1. Januar 1918 ganzlich mit der Jagd zu verschonen sind. Es sind dies: Schleiereule, Ohreule, Sumpfeule, Steinlaus, Waldlaus, Iltu, Trappe, Schwäne, Taucher, Würger, Gabelweihe, Mäuse- und Wespenbussard, Höhlaube und Turteltaube. Weiter wird es verboten, Nachtigallen, Sprosser, Steinsperlinge und Goldhähnchen zu fangen, zu halten und lebend zu kaufen oder zu verkaufen. Das Fangen sowie das Aufstellen von Vorrichtungen zum Vogelsang auf fremdem Grund und Boden wird überhaupt verboten. Schließlich führt die Verfügung noch mehr als 40 Arten von Vögeln an, die weder gejagt noch tot gehalten, verkauft und gefaßt werden dürfen.

Sondershausen. Als die schwerhörige 70jährige Witwe Eghardt in Rockenfalken am frühen Morgen Gras holen wollte, wurde sie von zwei Hunden eines Mühlentreibers angefallen. Man fand die Greisin in hilflosem Zustande, von schweren Bisswunden zerstochen, am Boden liegen. Sie ist bald darauf ihren schweren Verlebungen erlegen.

Magdeburg. Eine tragikomische Szene spielte sich dieser Tage hier vor dem Standesamt an der Hauptwache ab. Als ein Kranführer mit seiner feinfühligen Braut das Standesamt betreten wollte, stützten sich plötzlich zwei Frauen auf die Wohnungstüre, rissen ihr den Strauß aus der Hand und führten ihn mit den Händen in die kunstvoll aufgebaute Frisur. Der Bräutigam war inzwischen von zwei älteren Frauen mit Befehl belegt, die eifrig und drohend ihren Redeflux über den Wehrlosen ergehen ließen. Es stellte sich bald heraus, daß die Wütenden die verlassenen Bräute des Kranführers samt ihren Müttern waren. Mit Hilfe der Polizei gelang es den Überfallenen, in das gesicherte Standesamt zu entwischen, während die Menschenmenge, die allmählich für die „Verlassenen“ Partei genommen hatte, draußen auf die Riede lauerte. Sie sollte vergeblich warten, denn nach Verlauf der Formalitäten verließ das zertrümmerte Ehepaar durch eine Hintertür das Standesamt und verschwand schmeichelnd, ohne den wartenden Wagen zu benutzen. Als die draußen davon erfuhrten, machten sie sich mit grossem Hals auf die Verfolgung und erwischten das Paar. Doch sprang die Polizei dazwischen und nahm die jungen Eheleute unter ihren Schutz.

Teitschen: Als auf der Schiffswerft von Berch in Krischowitz ein zur Reparatur auf der Werft befindlicher Kahn nach Fertigstellung vom Stapel gelassen werden sollte, rissen plötzlich die Ketten und der Kahn sankte ins Wasser.

Die beim Stapellauf beschädigten Schiffsbauer wurden zu Boden geschleudert und zwei davon mitgerissen. Einer der beiden konnte sich an der gerissenen Seite festhalten, der andre, der Schiffsbauer Ulrich aus Politz a. E., Vater von sechs Kindern, sank unter den Kahn und verschwand in den Fluten. Es wurde später seine Leiche gefunden.

Gerichtsraum.

Schößengericht.

Streitjustiz. Die Dachdeckerausperrung hat, wie fast jeder Arbeitskampf, einige Opfer gefordert, die sich in die Maschen des Gesetzes verlangen haben. Der Dachdecker E. sah am 24. Juni vom Fenster seiner Wohnung in der Schulstraße in Thonberg aus, wie der Dachdecker Bruno Albert Schleife Hausbrecherdienste verrichtete. Nach der Darstellung des Arbeitswilligen habe E. ihm sofort „Streitbrecher“ zugesehen und die Kinder E.s hätten ihn ausgelacht. Um Ruhe zu haben, habe er eine Anzeige bei der Polizei gemacht. Der Angeklagte E. erklärt aber, er habe nur zu seiner Frau gesagt: „Der will, wie es scheint, mal den Streitbrecher machen.“ Den „Streitbrecher“ soll E. mit einer Woche Gefängnis sühnen.

Die Dachdecker R. und G. hatten in einer Wirtschaft ein Rentente mit dem Arbeitswilligen Max Arthur Schmidt, den sie aufforderten, nicht weiter zu arbeiten, da er sich doch schwänen müsse, als Streitbrecher erklärt zu werden. Am 11. Juni trafen sie den Arbeitswilligen auf der Grünen Gasse und fragten ihn nochmals, ob er weiter arbeiten wolle. Als dieser mit Ja antwortete und drohte, er werde die Streitenden anzeigen, schlug R. ihm mit dem Schirm ins Gesicht. Der Arbeitswillige will gebütlert und Schmerzen gehabt haben. Er hat jedoch unentwegt weiter rausgerissen. Der Amtsbeamte plädierte auf Versagung mildernder Umstände bei G., damit dieser auf mehrere Monate (!!!) ins Gefängnis gebracht werden könne. Das Schößengericht hieß indes eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen für R., von 5 Tagen für G. für eine ausreichende Sühne.

Stinkende Autos. Wenn ein Automobil übermäßig viel stinkenden Rauch ausstößt, so ist daran der Chauffeur schuld, der es entweder nicht versteht oder es versäumt, die Auspuffklappe zu schließen. Der Chauffeur R. war daher auf Grund der Bundesratsverordnung in eine Strafe von 5 Mk. genommen worden. Er beantragte gerichtlich Entschädigung und behauptete, die automatische Ölselung seines Wagens sei schuld. Obwohl ihm der Sachverständige klar mache, daß nur er selber schuld sei, weil er seinen Wagen nicht richtig behandelt habe, war R. nicht zu belehren, daß es das Beste sei, seinen Einspruch zurückzuziehen. Deshalb verdoppelte das Schößengericht die Strafe, so daß R. nunmehr 10 Mk. zu zahlen hat.

Schönheit

verleiht ein zartes reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen und ein blendend schöner Teint. — Alles das erzeugt die echte

Steckenpferd-Seife

(die beste Lillianmilchseife), von Bergmann & Co., Radebeul, à Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (Lillianmilch-Cream) rosa und spröde Haut weiß und sammetweich. Tube 50 Pf.

 ist KufeKe
in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.

Kleiner Anzeiger

Bermietungen

Zentrum.

Banerische Straße 74, II. M., Schlafst. für Herren zu verm.

Osten.

Engelsdorf, Lindenstr. 7, Wohn. im Pr. v. 250—300 M. z. v.

In Vereinszwecken wird in Sellerhausen, Neusellerhausen oder Stünz ein großer Raum im Hintergebäude sofort oder 1. Oktober zu mieten gesucht. Öfferten mit Preis unter A. 84 an die Filiale ds. Blatt, Voltmarsdorf, Elisenbecksstraße 19. (11960*)

Süden.

Connewitz, Pegauer Str. 45, IV. M., 2 Sch. leere Räume, z. v. Besicht. 1—3 Uhr. Vogelmann.

Westen.

R. Wohn. z. 10. in Lindenau bis 300 M. z. miet. gef. off. unter U. 100 Filiale Eigner Str. 41.

Hans Eitner
Rosenthalstr. 6a u. Markt 8
Tel. Nr. 2, Nr. 13500.
Auch mit Rollwagen.

International Möbeltransport
Sitz: Auswärtige Transporte
modernsteingerichtetes Lagerhaus mit Möbelkabinen, Fahrstuhl, Staubsaug.-Apparat.

Verhältnisse

Gutgeh. Zigarrenengeschäft
günstige Lage, frankheitlich, f. 2500 M. sof. zu v. Wiete für Wohn. u. Lad. 450 M. off. u. 8. 1. Filiale Kleingroßh. Dieskaustraße 5, erb. (11857)

Möbel ganze Einr. u. einz. Gerberstr. 5, Oberdigler. Gr. Ausm. in 2. Etg. u. Niederl.

Grosse Auswahl

neuer und gebrauchter

• Möbel •

Ganze Ausstattungen

Billig Solid Billig. *

Paschy, Görbersstraße 29.

• Möbel •

Kleiderschr. 21, Küchenchr. 18,

Bettko. 25, pol. Sofa, Tische 9,

Bett. m. Bett. 15, Stühle 8.

bei Lendl, El. Kurelienstr. 4.

• Möbel •

Bürgerliche Einrichtungen

liefern zu billigen Preisen

auch gegen Teilzahlung. *

Krause Humboldtstr. 18

Telephon 5570.

Gitterbett Johannistg. 10, p. I.*

Gebraucht. Bettst. m. Matr.,

runder Tisch, bill. zu verkauf.

Weihenfelder Str. 68, I. I.

Pl.-Sofa, gr. gr. Altb. Vert.,

Splei., Bettst. m. Matr., Tisch,

Stühle, Küchenlüf., Chaisel.,

Tepp., Pl.-Sofa m. Umb. usw.

bill. El. Dreilindenstr. 25, I. I.

Anzüge

und

Paletots

8, 12, 15, 18 M.

Hosen, Jackets, Frack

und Schrotz-Anzüge

staunend billig,

auch leihweise.

Kanner

Querstr. 32, I.

Eine Schlußstraße.

Viträgen

bill., crème u. weiß gestreift,

fertige Fenster 2.25 M. Gar-

dinen-Reise sehr billig.

Elisab. Heidorn Strasse 2.

Frischere Dorotheenstraße.

Große Auswahl von aller Art

herrschaftl. neig. Damengard.

Kostüm, Kleider, Mäntel

in Seide u. Wolle, Kinder- u.

Herrensach. empf. A. Heidel,

Windmühlenstraße, 18, I.

Nähe weißer Kirch. *

1000 Fahrräder

sind i. Frühjahr 1918 zur vollst. Zufrieden. gef. word.

Der 7. Waggon eingetroffen. Prima Modelle.

1 Jahr Gar. 50, 54, 60 Abis zu d. feinst. Luxus-Mob.

Triumph-Räder für Sport u. Geschäftszwecke.

Grosser Posten frische Laufdecken 1.00 Mr.

Grosser Post frische Luftsäcke 1.70 Mr.

Leistungsfähige Reparaturwerkstatt.

Teilzahl. wie Kassapreis. Alle Räder nehme i. Zahlg.

Besichtigung des Musterlags erbeten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Juli.

Geschichtsalmanach. 23. Juli 1824: Der Philosophiehistoriker Bruno Fischer zu Sandewalde in Schlesien geboren († 1807). 1849: Ende des pfälzisch-badischen Aufstandes. 1897: Der Pleite abgelehnt.

Sonnenaufgang: 4,7, Sonnenuntergang: 8,5.
Monduntergang: 9,35 vorm., Mondaufgang: 9,50 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. Juli.
Südwestwind, Bewölkungszunahme, wärmer, zunächst noch trocken.

Die Feuerwehr kommt!

Das moderne Mädchen für alles wird vom Donnerstag ab auf sechs Tage die Stadt Leipzig beherrschen. Der 18. Deutsche Feuerwehrtag wird in Leipzig abgehalten. Mehrere zehntausend Feuerwehrmänner werden hierher kommen, um eine Ausstellung zu sehen, die auf dem Messegelände aufgebaut ist, Beratungen abzuhalten und Vorführungen zu bieten.

Wie bei allen solchen Begebenheiten, so wird auch beim Feuerwehrtag der Hurrapatriotismus seine Rolle spielen. Da Friedrich August durch auswärtige Regierungsgeschäfte zu stark in Anspruch genommen ist, so kann er als Protektor zum Feste nicht selber kommen. Indessen hat sich sein Bruder bereitgefunden, den "Fest- und Huldigungszug" am Sonntag "abzunehmen". Gut Wehr! Am Montagnachmittag werden die Feuerwehrleute am Wöllerschlaubdenkmal eine große sogenannte patriotische Feier veranstalten. Gut Wehr!

Gut Wehr ist die Parole der nächsten Tage. Es geht eben ohne den hurrapatriotischen Rummel nicht ab. Er gehört wie Essen und Trinken zum Wohlbeinden unsrer offiziellen und offiziösen Geschäftsmacher. Und doch könnte ihn die Feuerwehr recht gut entbehren. Er gehört gar nicht zu ihrem Handwerk. Die allgemein nützliche, segenstreiche und vielseitige Tätigkeit der Feuerwehr ist notorisch anerkannt. Was ist alles aus der Feuerwehr geworden! Sie hat im Laufe der Zeiten ihre Tätigkeit so mannigfach gestaltet, daß ihr der Name: Mädchen für alles beigelegt worden ist, aber mit der Betonung, daß der humoristische Beigeschmac dieses Namens die ehrenvolle Charakterisierung der Feuerwehrtätigkeit ausdrücken soll. Das öffentliche Leben von heute bedient sich der Feuerwehr nicht nur mehr zum Löschern von Bränden, sondern sie wird sozusagen in allen Notlagen des Lebens als Helferin herangezogen, so daß selbst der unverständigen Kreatur, vom gestürzten Pferde bis zur ertrinkenden Käze oder zum verlogenen Vogelchen herab, die Feuerwehr als Wohltäterin auf dem Plan erscheint. Welche ungeahnten Tätigkeitsmöglichkeiten noch der Feuerwehr harren, erhellt wohl aus dem Umstände, daß ihr sogar zugemutet wird, in revolutionären Zeiten mit ihren alten Strahlen die heißen Leidenschaften zu dämpfen. Gut Wehr!

Die erste Feuerordnung Leipzigs stammt aus dem 15. Jahrhundert. Sie ist später öfter revidiert worden. Die Oberleitung der Löscharbeiten lag damals in den Händen der Bürgermeister, denen eine Anzahl Bürger als Helfer zur Seite standen, da beim Feuer öfter Tumulte ausbrachen; Mauern und Zimmerleute hatten Wände abzutragen und vergleichen. Im Jahre 1701 wurden 6 lederne Schlangensprieten eingeführt, die in den verschiedenen Stadtteilen untergebracht waren. 1720 baute der Mechaniker Leupold eine Handfeuerspritze, die von drei Mann bedient werden mußte.

Aus dem Jahre 1789 stammt ein Schriftstück, auf dem eine Eidesformel steht, die dem Bürger vorgelesen war. Danach mußte der Bürger schwören, sich bei einer Feuersbrunst bei irgendeiner Wasserkunst als "Drucker" einzufinden und fleißig mit seinen "Companen" zu arbeiten, bis das Feuer gedämpft ist. "So wahr mit Gott helfe und sein heilig Wort." Am 10. November 1838 erschien ein Regulativ über die Verwendung der Kommandalgarder bei entstehendem Feuer. Sie hatte lediglich die Ordnung aufrechtzuerhalten. 1846 wurde die Turnerfeuerwehr gegründet, die im Anfang aus 70 Mann bestand.

Die eigentliche Berufsfeuerwehr wurde 1865 installiert. Es wurden regelmäßige Tag- und Nachwachen bezogen, die Uniform und das Alter der Feuerwehrleute waren vorgeschrieben. In dieses Jahr, und zwar in die Zeit vom 19. bis 22. August, fällt auch der in Leipzig abgehaltene erste deutsche Feuerwehrtag, zu dem 1996 auswärtige Besucher erschienen waren.

Mit der Einrichtung der Berufsfeuerwehr waren die alten Formen hinfällig geworden. Die Kommunalgarde hatte bereits 1870 ihre Tätigkeit eingestellt und die Turnerkompanie löste sich im Juni 1871 auf. Die in den Vororten bestehenden freiwilligen Feuerwehren wurden nach der Einverleibung zwar noch beibehalten und als Kompanien den Bezirken zugewiesen. Nach und nach sind aber fast alle diese Gebilde verschwunden, als lebte die Connemicker (1. Juli 1910), die wir zum letztenmal in praktischer Tätigkeit bei einem Laubenbrand sahen. Glücklicherweise gab es bei ihrem Erscheinen nichts mehr zu tun, denn die Berufsfeuerwehr hatte bereits ihre Arbeit getan, so daß die Connemicker Wehr nach kurzer Beratung ihren Wagen umwendete und gar nicht erst bis zur Brandstätte vordrang. Natürlich erwedete der Vorgang überall ungeteilte Heiterkeit. So transit gloria mundi!

Die Chronik berichtet uns von zahllosen großen Feuersbrünsten. So brannten 1470 400 Häuser ab. Zum Ostermarkt 1498 entstand eine furchtbare Feuersbrunst. Das große Fürstenkollegium wurde 1556 und 1572 und die Sachsenburg in der Fleischergasse 1574 vom Feuer heimgesucht. Große Brände fanden noch statt 1579 auf dem Thomaskirchhof, 1589 im Blumenberg, 1591 im Barfüßertor, 1592 im Johannishospital. 1594 wurde der Nonnen Schafstall vorläufig angezündet. Es soll aus Hass gegen die Calvinisten geschehen sein, die dort ihre Zusammenkünfte abhielten. Durch dieses Feuer kam der Name Brandvorwerk auf. 1600 brannte es auf dem Neuen Markt. Ein "feuriger Drache" soll 1606 auf der Neugasse dem Kohlenträger Teufel das Haus über dem Kopf angezündet haben. 1617 brannte die Kunzenburg ab.

1640 brannte es an einem Tage viermal, und zwar auf der Ritterstraße, dem Nikolaikirchhof, in der Hainstraße und im Klostergässchen. 1652 brannten auf dem Kauz 16 Häuser ab. 1700 wurde in den Drei Rosen in der Petersstraße Feuer angelegt. In den Tagen der Schlacht von Leipzig 1813 gab es große Brände, unter anderem in der Burgstraße, im Brühl und auf dem Mühlgraben. Im Jahre 1816 wurde während dreier Nächte und zweier Tage das Hotel de Pologne in Asche gelegt, wobei acht Menschen tödlich verunglüpten. Auf dem Neumarkt entstand 1893 bei einem Bockbierfest in einer Restauration ein Feuer, dem sechs Menschen zum Opfer fielen. Zwei weitere Brände, bei denen zwei Menschen zu Tode kamen, ereigneten sich ein Jahr darauf im Alten Amtshof und in der Klosterstraße. Am 20. September verunglüpten 16 Feuerwehrmänner bei dem Brande einer Firnisstaderie in der Berliner Straße. Weitere bedeutende Brände ereigneten sich in der Neuzeit im Jahre 1898 in der Irmerschen Piano-forte-fabrik in der Leipziger Straße, 1899 in der Elisenstraße, bei dem ein Feuerwehrmann tödlich verunglüpten, am 12. Juli 1901 in der Niederschlesischen Brauerei, 1902 in der Rohtabakfirma Kreller in der Sternwartenstraße, 1903 im Konsumverein L. Plagwitz und in der Maschinenfabrik Karl Krause. Bei einem Brande im Jahre 1908 in der Zeitzer Straße (Hotel Kratzsch) erstickten zwei Mädchen. Größere Brände kamen noch vor im Jahre 1911 auf einem Lagerplatz in L.-Neustadt, in einer Tischlerei in Kleinzschor und in der Kaserne des 106. Regiments.

Christlich-sittliche Betrachtungen über das deutsche Turnfest.

Zum Leipziger Turnfest wird dem frommen Reichsboten von einem bekannten Leipziger Pfarrer geschrieben: "Die nur zu wahre Mitteilung des Reichsbotsen über tiefschädigende Begleiterscheinungen des Leipziger Turnfestes läßt mich die Bedenken, die ich zunächst hatte, zurücktreten, veranlaßt mich vielmehr, wie in ehrlichen kirchlichen Zeitschriften, so nun in der größten deutschen christlichen Zeitung meine ehrwürdigsten Bedenken über die Zukunft unsres Volkes, als dessen Blüte sich die Turner selbst ausgeben und von vielen angesehen werden, zum Ausdruck zu bringen und die Kreise, die noch an Auctor und Sitte festhalten, zum Protest gegen ein derartiges Treiben aufzutun.

Neuerlich angesehen, muß man sagen, ist das Turnfest glänzend verlaufen und die Turner hätten wohl Ursache gehabt, sich für die erfahrene großartige Gastfreundschaft dankbar zu erzeigen und durch ihr Verhalten zu zeigen, daß nicht umsonst in ihrem Wahrzeichen, dem vierfach F "Frisch, Fröhlich, Fröhlich, Frei!", das "Frömm", das zum mindesten milde gemeint ist, eigentlich aber eine hervorragende Stelle einnehmen sollte und gerade in Gedächtnisjahr der großen Taten Gottes vor hundert Jahren und noch dazu an der geweihten Stätte, auf dem Schlachtfeld und Siegesfelde vor Leipzigs Toren, hätte zum Ausdruck kommen müssen.

Schwer war Ihnen dies nicht gemacht, sondern im Gegenteil sehr leicht. Wenn nicht nur Vertreter der Regierungen in ihrer Mitte weisten und sie amtlich begrüßen, sondern sogar der König von Sachsen stundenlang den Festplatz besuchte, und wenn auch Gott der Herr in so wunderbarer Weise Ihnen gut Wetter bescherte, ohne daß das Fest in der geplanten Weise gar nicht zur Ausführung hätte kommen können, so konnte man doch zum mindesten erwarten, daß ein anständiges Verhalten beobachtet wird. Das ist aber leider durchweg nicht der Fall gewesen.

Zwar die Leiter des Festes selbst — das muß ausdrücklich betont werden, macht freilich das Verhalten der Massen nur noch schlimmer — haben es nicht daran gefehlt, ihrerseits allem Anstößigen zu weichen, ja sogar dem zweiten F seine Seltung zu wahren. In den offiziellen Festberichten stand geschrieben, daß das Fest am Sonntag sehr durch befürchte Gottesdienste in der lutherischen Hauptkirche wie in der reformierten und katholischen Kirche erleichtert werden sollte, und auf diese Aufforderung hin ist sogar in allen Kirchen der Anfang des Gottesdienstes von 1/2 Uhr auf 8 Uhr angezeigt. Aber in den offiziellen Festgottesdiensten, in denen z. B. über das Wort des Apostels: "Willst du nicht, daß einer Leib ein Tempel Gottes ist?" gepredigt wurde, sind nur vereinzelt der 70.000 Turner erschienen, in der übrigen anscheinend keiner, selbst nicht in dem der Universitätsschule, obwohl in dieser doch der in ganz Deutschland bekannte Geheime Kirchenrat Prof. D. Schmelz predigte. Und nicht nur sie selbst entzückt auf diese Weise den Tag des Herrn, sondern die ganze Menschenflocke hatte auch eine allgemeine Kirchenflucht zur Folge. Vielleicht hat Leipzig seit hundert Jahren noch an seinem Sonntag so wenig Kirchenbesucher als an diesem, an dem die "felschen, frommen, fröhlichen, freien" Turner das Gedächtnis des Sieges bei Leipzig feierten.

Und auch der Festtag selbst zeigte vielfach Teilnehmer wie Zuschauer nicht gerade von einer irgendwie würdevollen Seite. Wenn z. B. das Schwimmen eines Badetuchs statt eines Taschentuchs fast eine Stunde lang eigentlich alle vorüberziehenden Turner der einen Abteilung, also etwa 30.000, zu unablässigen "Heilsrufen" begeistert konnten, so gelang dies zum mindesten nicht von allzuviel Geist. In den engeren Straßen ist es aber, besonders wenn eine Störung eintrat, schon im offiziellen Festzuge zu anstößigen Neben, schmutzigen Wagen und selbst unanständigen Handlungen gekommen.

Auf dem Festplatz aber haben Dienen in großer Zahl die Turner begrüßt und in der auffallendsten Weise zu gewinnen gesucht.

Und das dies nicht vergeblich gewesen ist, hat ja schon das vorige "Eingesandt" bezeugt. Hingegen mögte nur auch hier noch werden, daß die Leiter es an Warnungen auch vor diesen Verstümmelungen nicht hatten fehlen lassen. Wenn nicht direkt durch sie — was wohl noch richtig gewesen wäre —, so doch mit ihrer ausdrücklichen Billigung sind auf dem Festzuge Flugblätter verteilt, die vom medizinischen und vom christlichen Standpunkte aus es den Turnern ans Herz legten, sich rein zu halten und von dem Fest eine ungetrübte Erinnerung mit heimzunehmen. So hoch es in dem von der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten herausgegebenen "Vor hundert Jahren haben eure Väter Deutschlands Freiheit mit ihrem Blute erkämpft, ihnen dankt ihr Gott es, daß Ihr freie deutsche Männer seid. So seid der Würde eines freien deutschen Mannes eingebunden und tragt wenigstens an eurem Leibe nichts dazu bei, ein Geschöpf, das zuerst nicht anders geschaffen war als eure eigene Mutter, Schwester, Gattin, Braut, zur Ware zu erneben". Deutsche Turner! Um eurer Menschenwürde willen, um euren und eurer Gesundheit willen und um der Wohlfahrt der künftigen Geschlechter willen: hilft euch vor der Prostitution!" Und trotzdem sind Abend für Abend ganze Scharen von Turnern in ihren Abteilungen in die bekanntesten schmutzigen Gassen gezogen und haben sich auch von den dort noch einmal zur Umkehr mahnenden Arbeitern der Mitternachtsmission nicht zur Rückkehr bestimmen lassen, sondern deren Bitten noch mit freiem Hohn und Spott beantwortet. Ein christlich gestützter Turner aus dem Rheinland erzählte mir ganz erschütternde Einzelheiten, die er geschenkt und gehört, und erklärte geradezu, ein großer Teil der Turner sei nur zu dem Zwecke nach Leipzig gekommen, um auf verhältnismäßig billige Weise einmal die Freuden der Großstadt kennenzulernen zu lernen und sich einige Tage "auszuleben" zu können. Und ein Teil derselben scheint sich nicht mit einer Großstadt begnügt zu haben; auch in Dresden hat es von Turnern gewimmelt, und diese sind in bezeichnender Weise erst mit dem Morgenzug nach Leipzig gekommen.

Solche Vorkommen müssen doch wahrlich mit Sorge für die Zukunft unseres (?) D. R. d. L. V. Volkes erfüllen; sie sollten insbesondere denen die Augen öffnen, die heutzutage so viel von der körperlichen Ausbildung der Jugend erhoffen und darüber verlügen oder doch ausdrücken lassen die Sorge für die unterirdische Seele (!). Der Verlauf des Leipziger Turnfestes hat unverkennbar gezeigt, daß mit der Frömmigkeit auch die Sittlichkeit fällt, daß unser Volk, falls es nicht umkehrt, dasselbe Ende bevorsteht wie dem sitzenlosen Rom und dem sitzenlosen Frankreich."

Allz nicht wegen des Turnens, nicht um in Leipzig in die Kirchen zu gehen, sind die Deutschen Turner nach Leipzig gekommen, sondern um sich einmal "einige Tage" ordentlich auszuleben zu können. Hervorzuheben ist aber, daß auch ein sehr großer Teil des Hurrapatriotismus wegen nicht gekommen ist. Würde einmal unter den Turnern eine Umfrage veranstaltet, dann würden die Leiter des Turnfestes noch ganz anders ihr blaues Wunder erleben.

Warum ist aber der bekannte Leipziger Pfarrer mit seinem Artikel in den Reichsboten nach Berlin geschickt und hat ihn nicht in den Leipziger Neuesten oder im Leipziger Tageblatt veröffentlicht? Beide Blätter geben sich doch als Organe für deutsche Sitten und Ordnung aus! Werden denn die Männer nun den Reichsbotenartikel wenigstens im Auszug bringen?

Wer trifft die Schuld?

Zu dieser Frage wird uns geschrieben: Die bei dem Zusammenstoß zwischen einem Kraftomnibus und einem Straßenbahnwagen verunglückten Fahrgäste befinden sich glücklicherweise bereits auf dem Wege der Befreiung. Zwei von den in das Krankenhaus Aufgenommenen können es in den nächsten Tagen wieder verlassen.

Die Frage, wer die Schuld an dem Zusammenstoß trifft, wird zurzeit erörtert. Nach dem bis jetzt festgestellten dürfte keine Schuld des Chauffeurs der Leipziger Allgemeine Kraftomnibus-Aktiengesellschaft gegeben sein. Nach den Leipziger polizeilichen Verordnungen ist Wagen, und genau so Omnibusse verboten, an Straßenbahnen, die zum Zwecke von Ein- und Aussteigen von Personen halten, rechts vorbeizufahren, damit die aus- und einsteigenden Personen nicht gefährdet werden, es sei denn, daß die Straße genügend breit ist, um ein ungefährdetes Vorbeifahren zu ermöglichen.

Wagen und Omnibusse, die hinter einem Straßenbahnwagen herfahren, haben, wenn dieser hält, entweder selbst zu halten, oder können links den halten Straßenbahnwagen überholen. Das letztere ist also polizeilich durchaus gestattet, und wenn dennoch der Chauffeur des Omnibusses links hinter dem halten Straßenbahnwagen, im vorliegenden Falle aussteigt, so hat er nicht gegen polizeiliche Verordnungen verstossen. Dagegen scheint den Wagenfahrer der Leipziger Elektrischen Straßenbahn ein Verschulden dahin zu treffen, daß er, entgegen den ausdrücklichen polizeilichen Bestimmungen für den Straßenbahnverkehr, seine Fahrt verlangsamt und Ablenkzeichen gegeben habe. Es ist nämlich polizeiliche Vorschrift, daß ein Straßenbahnwagen, der einem an der Haltestelle haltenden andern Straßenbahnwagen begegnet, seine Fahrt verlangsamt und Ablenkzeichen gibt, damit etwa hinter dem Wagen plötzlich hervor kommende Personen oder Wagen rechtzeitig gewarnt werden und damit weiter der Wagen bei unerwarteten Begegnungen rechtzeitig zum Stehen gebracht werden kann. Das gleiche gilt für die Straßenbahnwagen bei Fahrt von Straßenkreuzungen. Im vorliegenden Falle traf beides zu, denn der Unfall hat sich an der Kreuzung der Linnestraße mit dem Windmühlenweg ereignet.

Nach den Aussagen verschiedener Zeugen habe der Straßenbahnwagenführer kein Signal gegeben, so daß der Chauffeur des Omnibusses nicht gewarnt worden ist. Auch habe er die Fahrgeschwindigkeit nicht ermäßigt, obwohl er dazu sehr leicht imstande gewesen wäre, und zwar allein mit der Kurzel- und Strombremse. Den Sandstreuer habe er ebenfalls nicht bestätigt. Vielleicht wäre der Unfall vermieden worden, wenn die Wagen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn auch mit Luftdruckbremsen ausgerüstet wären.

Übrigens hat die Leipziger Allgemeine Kraftomnibus-Aktiengesellschaft ihren Chauffeuren die dientliche Anweisung gegeben, von dem ihnen an sich nach den Verkehrsordnungen zustehenden Rechte des Aufsichtsfahrenden keinen Gebrauch zu machen, damit Unfälle vermieden werden.

Berlehrungsregelung aus Anlaß des Feuerwehrtages. Schon bei dem Feste des Feuerwehrtages konnte man die Beobachtung machen, daß der Rat bei Genehmigung von Festzügen sehr entgegenkommend sein kann. Wie beim Turnfestzuge werden auch beim Feuerwehrtage die Straßen und Plätze, die der Zug befährt, für allen Fahrverkehr, auch für Fahrer und Straßenbahnen gesperrt. Es heißt in der Verordnung:

"Das Kreuzen des Zuges durch Wagen und Fahrräder wird unterlagt. Wagen irgendwelcher Art dürfen auf dem von dem Festzuge berührten Straßenstücken und Plätzen während des Vorbeimarsches nicht stehen gelassen werden. Die Straßenbahnen haben dort rechtszeitig abzufahren. Fußgängern ist das Durchqueren des Zuges an geeigneten Stellen, soweit es ohne dessen Störung geschehen kann, nachgelassen. Auf dem für das Sammeln der Gruppen bestimmten Plätzen und bei ihrem Abmarsch noch dem Marschplatz haben die Wagenführer gleichfalls die durch die Schilder gebotene Rücksicht zu beobachten. Das Vorau- und Mittmarschieren wird allen Nichtbeteiligten verboten, ebenso das Nachdrängen am Ende des Zuges. Aufwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden, soweit nicht dadurch der Tatbestand einer nach dem Strafgesetzbuch mit höherer Strafe bedrohten Handlung begründet erscheinen, auf Grund von § 80, 10 des R. St. V. mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft."

Gibt es für Mädchen eine Militärdienstpflicht? Das Berliner Tageblatt enthält folgende Notiz:

"Ganz im geheimen scheint in Deutschland die Militärdienstpflicht für Mädchen eingeführt zu sein. Vor uns liegt eine an Fräulein Emma (folgt Name) gerichtete gedruckte Aufforderung des Vorstandes des Landesversicherungsanstalt Brandenburg um Einsendung eines ärztlichen Gutachtens. Am Schluss des Formulars heißt es dann:

"Gleichzeitig wollen Sie uns mitteilen, ob und wann Sie in nächster Zeit eine Einberufung zu einer militärischen Dienstleistung erwarten haben.

Die Landesversicherungsanstalt, die an Fräulein Emma diese etwas überraschende Frage richtet, scheint Rekrutiermaterial für eine neue Militärvorlage herbeizuschaffen zu wollen."

Internationale Buchgewerbeausstellung 1914. Wie aus Paris gemeldet wird, hat die Cammer einen Kredit für die Teilnahme Frankreichs an der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig 1914 bewilligt.

Ein schwerer Unglücksfall. Heute vormittag gegen 10 Uhr scheute vor einem Güterzug am Eingang zur Linie am Schleusiger Weg ein Reitpferd, das ein in der Schwäbischen Straße wohnender Kutscher ritt. Es sprang vom Reitweg ab und raste in das Holz. Dort stirzte es, der Reiter fiel aus dem Sattel, das Tier sprang auf und raste weiter, indem es den im Steigbügel hängenden Reiter mitschleifte. Es wurde dann von Passanten bald zum Stehen gebracht. Der Reiter war bestimmtlos, hatte eine schwere Kopfverletzung sowie einen Bruch des rechten Armes erlitten; er wurde in einen gerade vorüberfahrenden Autowagen geladen und zu einem Arzt in Schleusing gebracht.

Polizeinachrichten.

Wort in München-Gladdbach.

In der Nacht vom 26. zum 27. Juni d. J. ist die Haus-hälterin Elise Marpe, die in Diensten des Käfers Althof stand, in W.-Gladdbach von einer bisher nicht ermittelten Person ermordet worden. Neben dem Täter ist keinerlei Anhalt vorhanden. Seit dem Mordtage wird eine kleine goldene Damenuhr ohne Sprungdeckel vermisst. Die Uhr trägt im Inneren des Rückdeckels die Nummern 105724 und 4412. Auf der Rückseite befindet sich ein mit Blumen verziertes Monogramm mit den Buchstaben „E. M.“ Die hiesige Kriminalpolizei ersucht unter Hinweis auf die auf Ermittlung des Täters ausgesetzte Belohnung von 1000 M. um Mitteilung sachdienlicher Wahrnehmungen.

Unfälle. Gestern nachmittag 14.7 Uhr stürzte in einem Hause der Münzgasse ein sechsjähriger Schulknabe beim Spielen von einer Leiter, wobei er sich vermutlich einen Schädelbruch zog, an dessen Folgen er während der Nacht verstarb.

Ein Radfahrer fuhr gestern nachmittag durch eigenes Ver-schulden in der Schützenstraße gegen ein Schaufenster, wobei die Glasscheibe zertrümmert wurde. Durch die Glassplitter wurde er erheblich verletzt, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Ein Silberpolkal, dessen Eigentümer nicht bekannt ist, befindet sich in Verwahrung des Polizeiamtes. Der Polkal ist 48 cm hoch, hat einen Silbergehalt von 1000 Gramm und einen Wert von 400 M. Er kann bei der Kriminalabteilung, Zimmer 100, be-sichtigt werden.

Ein Gardinenbrand entstand gestern nachmittag in einer Par-terrewohnung der Schenkendorfstraße durch Spielen eines elf-jährigen Knaben mit Feuer. Der Brand wurde von der Feuerwehr bald beseitigt.

Ein herrenloser Handwagen befindet sich in Verwahrung des Polizeiamtes. Er ist blau gefärbt, zweirädrig, ohne Rüssel und hat Lederboden. Der Eigentümer wolle sich bei der Kriminal-abteilung melden.

Zusammenstoß. Gestern nachmittag in der fünften Stunde stieß ein Straßenbahnumwagen der Linie I mit einem Kraftomnibus der Linie Engelsdorf-Nohrplatz am Johannisthal zusammen, wobei beide Wagen nur unbedeutende Beschädigungen erlitten. Personen wurden nicht verletzt. Wenn die Schuld zuzuschreiben ist, könnte noch nicht festgestellt werden.

Gewarnt wird vor einem Gauvertrag, durch den am 24. Juni in Frankfurt a. M. ein Amerikaner um 12000 M. gebracht wurde. Dem Kultus stehen seit fünf Jahren in jedem Sommer reiche Fremd-länder, in der Regel Amerikaner, die Deutschland bereisen, zum Opfer. Der Trick ist in der Ausführung immer ziemlich gleich: zwei Herren, die sich als Amerikaner oder Engländer ausgeben, machen, zuerst der eine, dann „zufällig“ der andere, die Gesellschaft eines reichen Amerikaners. Einer will aus einer kolossalen Brüderchaft bedeutende Mittel zu guten Zwecken zur Verfügung haben, dabei soll der neue Freund ebenfalls dazu behilflich sein, das Geld entsprechend zu verwenden. Man will sich gegenwärtig Beweise seines Vertrauens geben, und auf diese Weise laden die beiden Schwätzer dem Amerikaner Geld und Wertgegenstände ab, worauf sie dann verschwinden. So tauchten die beiden Schwätzer, jedenfalls immer die gleichen (ein Mann von 50 bis 55 und einer von 30 bis 40 Jahren), schon im Sommer 1908 in Deutschland auf, im September 1909, im Juli 1910 und im Juni 1911 machten sie wieder bedeutende „Geschäfte“, zuletzt brachten sie am 15. Juni 1912 in Berlin einen Amerikaner Schied um Geld und Brillanten im Werte von gegen 4000 M., am 19. Juni darauf ebenfalls zu Berlin einen Amerikaner Blechner um 3000 M., am 9. August 1912 in Wiesbaden einen Amerikaner, den sie zuletzt betrüben, um 1000 M. Bis heute ist es der Polizei noch nicht gelungen, diese internatio-nalen Gauner zu fassen.

Aus der Umgebung.

Was zahlt die Provinz Sachsen als Wehrbeitrag?

Nachdem die „Reichsbaten“ das Ballohaus nach hartem Kampf um die Wehrvorlage verlassen haben, beginnt man draußen im Lande festzustellen, welche Rechnung der Reichsfädelmeister demnächst zur Begleichung vorlegen wird. Um nun die Summen zu ermitteln, ist von der preußischen Vermögensveranlagung für die Jahre 1911 bis 1913 auszugehen, die auch den Verhandlungen im Reichstag zu grunde gelegen hat. Nach dieser Veranlagung bringen die provinz-sächsischen Vermögen bis zu 100 000 M. gemäß den derzeit möglichen Berechnungen die Summe von 3750 825 M. auf. In der nächsten Gruppe 100 000 bis 200 000 M. entfallen nach der Vorlage rund 440 M. durchschnittlich auf jeden Zentst. Vorhanden waren in der Provinz Sachsen 8601 solcher Vermögensträger, so daß der von dieser Gruppe zu bestreitende Wehrbeitrag 3 824 040 M. be-trägt. Bei den Vermögen von 200 000 bis 500 000 beträgt der Anteil eines jeden Zentst. durchschnittlich 1471 M., das ergibt bei 4144 Zentst. in dieser Gruppe 6 005 824 M. Auf die Vermögen von 500 000 bis 1 000 000 M. entfällt ein durchschnittlicher Wehr-beitrag von 4440 M. Da in der Provinz Sachsen bei der letzten Veranlagung 1021 Veranlagte in dieser Vermögensgruppe gezählt wurden, ergibt sich ein Wehrbeitrag von 4 533 240 M. 407 Zentst. mit einem Vermögen von 1 bis 2 Millionen Mark zählen 4 541 918 M., d. h. durchschnittlich 11 550 M. Aus der Besteuerung der Vermögensträger mit mehr als 2 Millionen Mark kommen aus 18 204 808 M., es entfallen durchschnittlich 60 008 M. auf jeden der 221 Veranlagten. Die physischen Vermögensträger in der Provinz Sachsen zählen also nach den derzeit möglichen Berechnungen 36 140 210 M.

Von Interesse ist es, auf die großen Vermögensträger noch besondere einzugehen. Mit einem Vermögen von 2 bis 5 Millionen Mark sind 178 Zentst. heranzuziehen. Sie zählen jeder durch-schnittlich 30 515 M. Wehrbeitrag. Die sächsischen Zentst. mit einem Vermögen von 5 bis 10 Millionen Mark — insgesamt 29 — zählen durchschnittlich jeder 82 510 M. Ferner sind noch 8 Zentst. mit einem Vermögen von 10 bis 15 Millionen Mark, die durch-schnittlich jeder 160 870 M. zählen, und 3 Zentst. mit 15 bis 20 Millionen Mark Vermögen, die im Durchschnitt 228 885 M. zählen. Außerdem sind 3 Zentst. vorhanden, die ein Vermögen von mehr als 25 Millionen Mark besitzen. Diese werden jeder durchschnittlich nicht ganz 400 000 M. Wehrbeitrag zu leisten haben.

Dann rechnet man bis zum Sitztag, dem 31. Dezember 1913, auf Grund früherer Veranlagungen mit einer Steigerung des Ver-mögens um 18,69 Prozent. Es würden hiernach die physischen Vermögensträger der Provinz Sachsen rund 41 Millionen Mark Wehrbeitrag leisten müssen.

Aus dem Wehrbeitrag vom Einkommen und dem Wehrbeitrag vom Vermögen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien erwartet man insgesamt für das ganze Deutsche Reich 120 Millionen Mark oder auf den Kopf der Bevölkerung (nach der letzten Volkszählung) 1.85 M. Davon entfallen zwei Drittel auf den Wehrbeitrag vom Einkommen und ein Drittel auf den Wehrbeitrag vom Vermögen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien. Auf die Provinz Sachsen würden hiernach, der Bevölke-rung entsprechend, 5 715 150 M. entfallen. Insgesamt und abge-rundet würde somit die Provinz Sachsen den Betrag von rund 47 Millionen Mark zum Wehrbeitrag aufzubringen haben.

Wenn auch diese 47 Millionen in leichter Linie aus dem Mehr-wert geschöpft werden, der bekanntlich nicht von den Kapitalisten, sondern durch die Arbeit der Proletarier geflossen wird, so wird diese Abgabe doch von den Besitzenden recht unangenehm empfunden werden. Sie werden mit sehr schwerem Herzen „opfern“. Dieser Schmerz wird etwas gemildert durch die Erkenntnis, daß der mit

Millionen und Milliarden aufgepumpten Militarismus ein notwen-diges Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft ist. Weiter aber wird ihnen diese einmalige Vermögensabgabe dazu dienen, mit ihrer „Opferwilligkeit“ zu prahlen und bei neuen Alstungs-ausgaben, die voraussichtlich nicht lange warten lassen, wieder die Lasten von vornherein um so gründlicher den Besitzlosen auszu-blühen. Denn diese Abwälzung ist nach wie vor ihre größte Sorge; daß unter den fortwährenden Rüstungen wichtige Kulturaufgaben leiden, stimmt die Kapitalisten nicht. Gerade in der Provinz Sachsen sind soviel notwendige Aufgaben unerfüllt, daß diese 47 Millionen, die jetzt nur durch den Wehrbeitrag für kulturiell wichtige Zwecke aufzubringen sind, viel nützlicher angewendet werden könnten. Viele Strafen könnten für diese Unsummen gebeffert, wieviel Krankenhäuser, moderne Schulen und sonstige Bildungsstätten usw. könnten errichtet werden. Aber für wirkliche Kulturaufgaben bleibt in Preußen-Deutschland kein Geld übrig.

Die Geschichte einer „Stiftung“.

Vor einiger Zeit waren der Amtshauptmannschaft Leipzig durch einen Gemeinderatsmitglied 5000 M. übergeben worden, mit der Bestimmung, daß hierauf 5000 M. zur Errichtung einer Schul- und Volksbibliothek in Quasenitz Verwendung finden sollten. So wurde dem Gemeinderat wenigstens damals offiziell durch den Schenken vermittelten Rechtsanwalt, Herrn Pegau, berichtet. In dem Bericht über die Bezirksschulstiftung, in der über diese Angelegenheit gesprochen wurde, war auch die Rede davon, daß 5000 M. zur Schulbibliothek in Quasenitz gestiftet werden sollen.

Um so überraschter war daher der Gemeinderat, als ein Schrei-ben der Amtshauptmannschaft einließ, in dem mitgeteilt wurde, der Amtshauptmann habe im Einverständnis mit dem Stifter beschlossen, von einer ihm übergebenen Summe einen Teil abzuweichen, und der Rest, 2500 M., solle zur Errichtung einer Schul- und Volksbibliothek in Quasenitz bereitgestellt werden. Gleichzeitig wurde zur Bedingung gemacht, daß die Bibliothek als „Karl von Rostitz-Stiftung“ errichtet werden müsse. (Zum Andenken an den ver-flossenen Amtshauptmann von Rostitz-Wallwitz.)

Der Gemeinderat beschloß hierauf einstimmig, Beschwerde zu führen, da ihm vom Beauftragten des Stifters mitgeteilt worden sei, daß 5000 M. der Gemeinde Quasenitz zuzuwenden sind, und in gleichem Sinne im Bezirkstauschuß berichtet worden ist. Der Ein-spruch wurde jedoch zurückgewiesen. In der letzten Sitzung lag eine Verfügung der Amtshauptmannschaft vor, in der sie behauptet, die gesamte Summe (10 000 M.) sei der Amtshauptmannschaft zur freien Verfügung gestellt worden. Wenn in den Berichten über die Bezirksschulstiftung davon die Rede sei, daß von dieser Summe 5000 M. zu einer Bibliothek in Quasenitz verwendet werden mühten, könne der Bericht nur Irrtum beruhen. Zur Verstärkung dieser amtschauptmannschaftlichen Verfügung lag auch noch ein Schreiben des beurlaubten Gemeinderatsmitgliedes Rechtsanwalt Pegau vor, in dem dieser Herr erklärte, er habe dem Gemeinderat gegenüber „nur in unverbindlicher Weise“ von 5000 M. gesprochen. Herr Pegau hat aber nicht einmal, sondern später erklärt, daß 5000 M. der Gemeinde Quasenitz gehörten. Darin war sich übrigens der Gemeinderat einig, daß das Schreiben nur die Amtshauptmannschaft decken soll, oder die früheren Mitteilungen des Herrn Pegau waren nicht richtig, wonach man zukünftig den Wert solcher Mitteilungen einholen kann.

Es war durchaus begreiflich, daß der Gemeinderat zu einem Protest kam. Unbegreiflich ist aber, daß der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschloß, mit den 2500 M. vorlieb zu nehmen. Das hätte man doch gleich tun können. Welchen Zweck sollte denn da der erste Protest haben, wenn man sich hinterher doch mit der gnädig gewährten Summe zufrieden gab? Der Gemeinderat hat auch die Bestimmung geschlüssigt, daß die Bibliothek aufläufig als „Amtshauptmann Karl von Rostitz-Stiftung“ errichtet wird. Und das ist besonders interessant. Vor kurzem haben wir berichtet, wie der vor-malige Amtshauptmann Karl von Rostitz-Wallwitz Verfügungen er-klärt, wonach Dringlichkeit, die zwischen Quasenitz und Hänchen be-standen, außer Kraft gesetzt wurden. Ob Quasenitz bedeuteten diese Verfügungen, woher der Amtshauptmann auch gar kein Recht hatte, finanzielle Nachteile. Quasenitz mußte die Kreishauptmannschaft anrufen, und diese hob die amtschauptmannschaftlichen Verfügungen auf. In derselben Angelegenheit, die diese Verfügungen betraf, erklärte der Amtshauptmann kurz vor seinem Abgang, er hätte dafür gesorgt, daß auch unter seinem Nachfolger die Gemeinde Quasenitz auf Jahre hinaus keine Wegebaubehilfe bekommen würde.

Für diese Drohung dem Herrn noch eine Stiftung als An-deutungen zu errichten, hatte Quasenitz keine Veranlassung. Leider segte sich der Gemeinderat über solche Bedenken hinweg. Ein Antrag des sozialdemokratischen Vertreters Nebrig, nach all den Vorgängen auf die „Stiftung“ zu verzichten, wurde abgelehnt und gegen die Stimme Nebrigs beschlossen, die 2500 M. samt allen daran geltenden Ver-bindungen anzunehmen.

Leubnitz. Sturz vom Balkon. In einer Wohnung in der Grenzstraße ist ein 8 Jahre alter Knabe, der einen Augenblick ohne Aufsicht war, auf die Einschleißung des Balkons gestiegen und aus der zweiten Etage auf den Hof hinabgestürzt. Schwer-verletzt wurde das Kind aufgehoben und in das Diakonissenhaus gebracht.

Altzey. Achtung, Parteigenossen! Die Monats-

versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet nächste Sonnabend, abends um 9 Uhr, statt und zwar im Bürgergarten in Altzey. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht vom Kreis-

tage und die Abrechnung vom letzten Quartal. Es wird erwartet,

dass die Genossen von Altzey und Umgegend recht zahlreich und pünktlich erscheinen.

Markranstädt. Selbstmord. Auf dem Kommunikations-wege nach dem Wasserwerk wurde an einem Mast der elektrischen Leitung die Leine eines hier wohnenden Arbeiters aufgefunden, der in einer heimlichen Eisengießerei gearbeitet hat und wegen eines unheilbaren Leidens Selbstmord verübt haben soll.

Taucha. Verhafteter Betrüger. In letzter Zeit ist hier ein unbekannter Betrüger aufgetreten, der sich Ulrich und auch Schurig nannte und Monteur sein wollte. Er hat verschiedene Gegenstände und Geld unter Vorstiegung falscher Tatsachen zu erlangen gewußt. Der Unbekannte ist jetzt ermittelt und fest-genommen worden.

Jößnitz. Achtung, Parteigenossen! Sonnabend, den 20. Juli, abends um 9 Uhr, findet eine außergewöhnliche Mit-gliederversammlung statt. Da zu der Versammlung der Haupt-vorstand aus Schleinitz zugegen ist, müssen die Genossen alle und plötzlich erscheinen.

Izwienau. Der „alte Ton“. Ein als Rathausneubau-gegner bekannter Stadtverordneter fand einen Teil der Mauern am neuen Rathaus zu schwach, weshalb es zwischen ihm und einzigen Bauauschusmitgliedern zu Meinungsverschiedenheiten kam. Alle der Neubaugegner nun auch das neuhergestellte Trottloft in der Albertstraße kritisieren und sich zu der Behauptung erklärten, die Arbeit als Ratschäfmann besser herstellen zu können, rief ihm ein Auschusmitglied heimlich zu: „Ja, mit der groben Fr...“

Dieser Ruf brachte den Herrn Stadtverordneten derart in Wut, daß er seinen Gegner nach der Sitzung im Haussitz des alten Rathauses zur Rede stellte und ihm „ein Paar in die Fr...“ an-setzte. — Au sich ist das kleine Intermezzo unbedeutend. Wir er-wähnen es nur, weil man sich in jenen Kreisen öfter einmal über den „unangenehmen“ alten Ton in Arbeitskreisen aufregt. Darum ist es ganz angebracht, auch einmal zu zeigen, wie die Umgangs-prache dieser Herren beschaffen ist, die, wie obige Probe zeigt, an Deutlichkeit jedensfalls nichts zu wünschen übrig läßt.

Der 50. Verbandsitag der sächsischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Im Krystallpalast in Leipzig trat am Dienstag der 50. Ver-bandsitag der sächsischen Wirtschaftsgenossenschaften zusammen. Nach Erledigung der formalen Geschäfte hielt Oberjustizrat Vie-le aus Chemnitz einen Vortrag über Urkunden und Urkundenstempel. Der Redner warnte, bei Herstellung von Urkunden bleibende Linie zu verwenden, Naturen in den Biltern vorsuncken, Schein-verträge und Schengeschäfte abzuschließen, überhaupt seien alle Nullsachen in den Geschäftsbüros zu vermeiden.

Über finanzielle Kriegsbereitschaft und Ge-nossenschaften sprach der Verbandsanwalt Dr. Hans Erbiger aus Charlottenburg. Die Kriegsgesetze der letzten Zeit hätten den Gedanken an eine finanzielle Kriegsbereitschaft entstehen lassen. Deutschland gelte nach außen für ein reiches Land, aber der Reich-tum Deutschlands liege nach innen in wirtschaftlichen Unternehmungen fest, während der Reichstum Frankreichs dem Lande zur Verfügung stehe; daher sei Frankreich besser gestellt als Deutschland. Im Kriegs-falle würde Deutschland in den ersten sechs Wochen sechs Milliarden Mark brauchen, die natürlich nicht sofort zu beschaffen seien. Allein um den Anforderungen zu genügen, die von ängstlichen Leuten in Zeiten des Krieges durch Missforderungen der Einlagen an die Bankinstitute gefestigt würden, seien 1/4 Milliarde notwendig. Wenn die Reichsbank zur Kreisbank werde, nehme sie keine Rücksicht mehr, sie prolongiere und nehme im Kriegsfall keine Wechsel mehr. Die Kreditgenossenschaften müßten den größten Wert auf minder-schwere Wertpapiere legen.

Am Mittwoch gab der Verbandsdirektor H. F. F. aus Chemnitz den Bericht über die Entwicklung und die Geschäfte des Verbandes vom Jahre 1912/13. Dem Verband gehören 36 Ge-nossenschaften an, die am 31. Dezember 1912 165 800 Mitglieder zählten, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 88 Mitgliedern erbrachte. Von den 36 Genossenschaften haben 15 unbeschränkte und 21 beschränkte Haftpflicht. Diese 36 Genossenschaften haben im Jahre 1912 ihren Mitgliedern zusammen 140 165 784 M. Kredite auf festes Konto neu gewährt gegen Vorschusswechsel und Schul-deine. An Zinsen und Provisionen sind von den Mitgliedern für diese gewährten Kredite zwischen 4 bis 8 Prozent jährlich entrichtet worden. Bei den meisten Genossenschaften wurden durch-schnittlich 5 bis 7 Prozent Zinsen berechnet. Der Ertrag an Zinsen und Provisionen der Vereinschuldnern und an sonstigen Einnahmen beim Verlauf von Effekten usw. belief sich bei den 36 Genossenschaften auf 2000 442 Mark. Nach Abzug der Kosten und Entschädigungen für Vorland und Aufsichtsrat haben die Ge-nossenschaften 1912 einen Überschuss von 614 888 Mark erzielt.

An den Bericht knüppte der Verbandsanwalt Dr. Erbiger längere Ausführungen, in denen er auf die 50jährige Tätigkeit des Verbandes hinwies.

Weiter führte er aus: Wer da meint, die Genossenschaften könnten nach Schulz-Delitzsch eingerichtet werden, der irrt sich. Schulz-Delitzsch sei nicht der Erfinder der Genossenschaften, sondern er habe es verstanden, damals den Genossenschaften die richtige Form zu geben. Die Ausgabe des Genossenschaftstages müsse sein, den Genossenschaften die neuen Formen zu geben, die sie jetzt brauchen. Strenger solider Kaufmannschaft und genossen-schaftlicher Geist müsse die Genossenschaften beherrschen. Heute sei das Bedürfnis nach Kreditgenossenschaften gegen früher nicht ver-ringert, sondern verstärkt. Wenn hier und da Genossenschaften zurückgehen, so liege das nur daran, daß den Genossenschaften zu reichen Männer fehlten. Die Genossenschaften hätten „nationale Aufgaben“, sie ständen im Dienste der Allgemeinheit und des Vaterlandes. Der Bankkredit sei eine ganz eigentümliche Sache. Sich auf den Wechselkredit zu verlassen, wäre Leichtsinn. Kreditwirtschaft sei jetzt das Zeichen unserer Entwicklung, die meinten denn auch die Genossenschaften, sie mühten mit recht viel Kredit arbeiten. Vor Überspannung des Bankkredits sei aber bringend zu warnen. Die allergrößte Juristenhaltung sei dringend zu empfehlen, zumal niemand die wirtschaftliche Entwicklung voraussagen könne. Es sei nötig, daß die Genossenschaften auch einmal den Mut hätten ein Geschäft nicht zu machen, wenn die Leistungsfähigkeit der Ge-nossenschaft nicht ausreiche.

Verbandsdirektor Rüdiger aus Dresden hob in seinem Be-richt hervor, es müsse anerkannt werden, daß bei Gewährung von Kredit mehr als früher auf ausreichende Sicherheit geachtet werde. Er empfahl den Genossenschaften auf alle Fälle doppelte Buch-führung einzuführen. Dr. Erbiger forderte Ausbau der Ver-bandskontrollen. Es sei auch eine Revision des Genossenschafts-gesetzes verlangt worden. Dabei sei freilich nicht zu befürchten, daß die 38 000 deutschen Genossenschaften unter Aufsicht gestellt würden, denn zu einer solchen Aufsicht müßte erst ein besonderes, genossenschaftlich geschultes Beamtenheer geschaffen werden.

Bon Mah und Fern.

Ein Flug Köln-Königsberg.

Königsberg i. Pr., 22. Juli. Heute nachmittag um 4½ Uhr landete vor der Königsberger Poststelle Leut-nant Jolly, der vor fast genau 12 Stunden, um 4 Uhr 54 Min. morgens, mit Hauptmann Osius als Passagier, mit seiner Rumpelkutsche von Köln aufgestiegen war. Der Offiziers-flieger war um 8 Uhr 5 Min. früh in Johannisthal ge-landet und hatte den Weiterflug um 11 Uhr 15 Min. ange-treten.

Noch ein Grubeneinsturz.

Breslau, 22. Juli. Der Holzhängeschacht der Schlesischen Z

Feuilleton

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Mittwoch, den 23. Juli 1913.

Ein Versprechen.

Von John William Nylander.

[Nachdruck verboten.]

(Schluß.)

In der Regel ist es nicht schwer, den alten Tobias zum Erzählen zu bringen, heute aber ist er ungewöhnlich schwülstig, und man merkt deutlich, daß irgend etwas ihm bedrückt.

„Wie steht denn übrigens, Tobias?“ frage ich, nachdem wir uns über das Weiter ausgesprochen haben, und ich ihm vergeblich einen guten Rüder nach dem andern vorgelegt habe. „Und wie geht es mit der Gicht?“

„Ach,“ sagt er mit einem Seufzer, „ich bin schwankendes Rohr, und ein schwankendes Rohr wird der Herr nicht zerbrechen. Aber diese Gicht, die ist nun einmal mein Kreuz. Ja, ich will Ihnen sagen, es ist ja, als wenn etwas besser damit würde, seit ich Kraft genug habe, den Brannwein zu lassen.“

Tobias hat uns schon so oft erzählt, daß ihm diese Kraft gegeben ist. Ich glaube nicht recht daran, will ihn aber doch in seiner Weise dieser lälichen Einbildung beraubten.

„So, so, hast du ganz aufgegeben, Tobias?“ sage ich. „Brannwein und Salz ist übrigens ein gutes Hausmittel gegen alle möglichen Krämpfe.“

„Gott bewahre!“ fällt Tobias ein und ist ganz entsetzt. „Brannwein ist das Schlimmste, was es gibt. Sie sollten nur hören, was das Pastorfräulein sagt. Gist, das sich in den Muskeln festsetzt, sagt sie.“

„Ja, ja, wenn Tobias dieser Ansicht ist, da müssen wir wohl sehen, ob es etwas Kaffee gibt. Kaffee ist wenigstens kein Gist,“ sage ich.

Tobias dreht sich manierlich um, als er sein Prümchen hervorschaut und es in die Westentasche steckt. Dann setzen wir uns zusammen auf die Treppe. Aber erst nach der zweiten Tasse vermag er sein Herz zu öffnen.

„Die Herrschaften haben wohl schon gehört, daß einer von den Alten gestorben ist?“ fängt er langsam an.

„Bon welchen Alten?“ fragt meine Frau.

„Tobias meint wohl im Gemeindehaus,“ sage ich.

„Ja, im Armenhaus,“ verbessert Tobias. „Und nun werden sie mich wieder damit plagen.“

„Aber sie meinen es doch auch nur gut damit,“ sagt meine Frau. „Denk nur, wie sicher und geborgen unser alter Tobias dort wäre. Warme und reinliche Stube und gutes Essen, und alles Zeug immer gemaschen und geflickt. Die Vorleherin ist ein prächtiges Menschenkind, ganz wie eine Mutter für alle.“

„Aber, beste Frau, die Freiheit,“ sagt Tobias, „die Freiheit! Und wem bin ich denn eigentlich zur Last? Ich arbeite doch, so gut ich kann, und geben die Leute mir etwas, so ist's nur aus guten Herzen. In meinem Leben habe ich noch um nichts weiter gebettelt, als nur darum, daß sie mich in Frieden lassen in meinem elenden Winkel. Und seit mir nur Gott in seinem wunderbaren Gnade die Kraft gegeben hat, das Trinken zu lassen, so möchte das doch auch etwas entsprechen, das auch. — Von Sakrament! entzieht es ihm plötzlich, aber er bestand sich, und schneller als man es bei diesen alten, zitternden Händen für möglich halten sollte, greift er nach der Kette, die jetzt in den Zwiebackskorb übergesteckt ist. „Psuh, du Ekel!“

„Aber, Tobias, wenn sie steht!“ ruft meine Frau.

Da zieht ein Schein von Stolz über Tobias' graue Bartstoppeln. „Eine Wespel“ sagte er überlegen, und streift langsam die Wespel, die sich während an seinem Finger festklammert, im Grase ab. „Nein, beste Frau, diese Hände können wohl mehr ausstellen als einen Wespentisch, auch jetzt noch. Die sind von ordentlichem Salzwasser und altmodischem Hanfstanzenwerk vorläufig geworden. Heutabend muß es Manila sein. Der ist weicher für die feinen Finger der Dampfschiffsmatrosen. Früher war es gekräuter Hans.“

Da fragte auch kein Mensch nach Papieren und Attesten. Sie hätten nur sehen sollen, wie es damals in London zuging, wenn man sich für weite Reisen verhauerte. Da war ein eugenius gebautes Haus unten an den Docks nur dafür, und da sah man in großen Sälen, hunderte von Seeleuten aus allen Nationen. Dahin lamen die Kapitäne und suchten sich ihre Mannschaft aus. Da steht denn einer und guckt einem in die Augen. „Was für ein Landsmann bist du?“ fragt er.

„Norwegian, Sir,“ antworte ich.

„Die Hände!“ sagt er wieder. Da strecke ich die Hände aus, — und Tobias zeigt die innere Fläche seiner Hände über den Kassetisch her. Es sind ein Paar abgemagerte, zitternde Hände, die ungeachtet der Sommerwärme fast zur Hälfte von zerrissenen Pulswärmen bedekt sind. —

„All right, du bist mein Mann, sagt der Schiffer. Und dann zieht er seine Brieftasche und rückt ohne weiteres mit drei Pfund im vorraus heraus.“

„So viel Geld,“ sagt meine Frau. „Denk nur, Tobias, wenn du das jetzt noch hättest!“

„Ja, das war wohl damals eine Sache, das,“ sagt Tobias nachdenklich. „Drei Pfund, wieviel ist das?“ Er versucht nachzurechnen, gibt es aber bald auf. „Da hätte wohl kein Mensch daran gedacht, mich ins Armenhaus stecken zu wollen.“

Es verging eine lange Zeit, ohne daß Tobias sich sehen ließ, und wir hingen schon an, zu streichen, daß er doch im Armenhaus geblieben sei, als eines Abends die Botschaft kam, daß er mich gern so bald wie möglich sprechen möchte. Jemand von den Leuten, die Wand an Wand mit Tobias in der alten Kafe hinter dem Hügel wohnten, hatte die Nachricht gebracht, war aber schon gegangen, als ich hinauskam.

Es war noch volle Tageshelle, aber das Feuerzeug bei den Grinschäfern war schon angezündet. Niemals war es mir so nahe erschienen, und nie zuvor hatte ich so deutlich seinen düsteren Grins verstanden. „Gefahr!“ — „Gefahr!“ sagte dieser, und je mehr ich meinen Schrift beschleunigte, um so deutlicher hörte ich dieses „Gefahr!“, bis das Blitzen endlich, als ich in den Nygaardwald kam, vor meinen Augen verdunkelt wurde.

Einige frische Tannenzweige lagen vor der Treppe, und ein müffiger Geruch von aufgewirbeltem Staub schlug mir in dem kleinen Vorraum entgegen. Ich merkte, daß man bemüht war, Ordnung zu machen.

Ein langes, knochiges Weib kam mir entgegen und wies mich hinein. „Es sieht schlecht mit dem Besen-Tobias aus,“ sagte sie. „Ich habe ihm heute frisch Milch hingehabt, aber er hat sie den ganzen Tag nicht angerührt.“

Der alte lag klein und zusammengekrochen in seinem Bett. In dem spärlichen Lichte sah ich, daß sein Gesicht bleicher und schmäler als sonst war. Ich sah seine Hand, aber es war, als hielte ich ein Blündel dünner Knochen und Sehnen unter einer kalten, feuchten Haut.

Und diese Hand war doch einmal so kräftig und stark gewesen, sein bestes Arbeitszeugnis. Ich kann es nicht lassen, die armen Knochen behutsam zu streicheln. Jetzt ist es ein noch Größerer und Überblitzlicher als der Schiffer auf Primrose, der gesagt hat: „All right, Tobias, du bist mein Mann!“ Ich merke, auch wenn ich nicht geschlafen hätte, daß ein ganzer Kopf voll Milch und aufgewelchtes Brotes auf einem Stuhl am Bettende steht und schon aufsingt, sauer zu werden.

Tobias lächelt mich an, als läse er meine Gedanken und wollte sagen, daß ich richtig geraten hätte. Aber es ist lange still gewesen uns. Mir ist, als hätte ich mich nie so hilflos gefühlt wie jetzt dem alten Tobias gegenüber, und ich überlege, ob ich nicht die Nachbarsfrau bitten soll, zum Doctor zu gehen. Vielleicht sollte man auch den Pastor holen. Das pflegt man doch zu tun.

Dann, daß Sie gekommen sind,“ flüstert Tobias endlich und lächelt wieder. „Ich wollte noch etwas gern erzählen,“ fährt er nach einer Weile fort. „Aun brauche ich doch nicht mehr heraus.“

„Nein,“ sage ich, „und es freut mich, daß du nun ruhig hier bleiben kannst. Das ist das wenigste, was man unserm guten Tobias gönnen kann. Du hast im Leben so viel gearbeitet und dich ausgemüht.“

Tobias hat die Augen geschlossen, und ich weiß nicht, ob er mich hört. Es ist eine lange Pause. —

Föhlbar murmelt er: „Es waren fast immer weite Reisen, — nach China, und nach Ostindien und Silver Plate und nach der Westküste. — Nun das neuen Reise. — Und man war jung und stark.“

„Ganz gewiß, Tobias, du hast mehr gesehen als irgendeiner auf der ganzen Insel hier.“

„Ja ja, so leichter hat man ja gesehen. Aber solche Fahrzeuge gibts auch nicht mehr. Vor allen Dingen so eines wie Primrose.“

„Nein, aber auch nicht solche Seeleute,“ unterbricht ihn, als ich sehe, daß das viele Sprechen ihn anstrengt.

Nieber kommt der Schein eines Lächelns in seine Augen, und fastend streicht er sich über den Mund.

„Und nun ist nur noch eine Reise übrig,“ sagt er nach einer Weile.

„Du meinst die, die wir alle machen müssen, nicht wahr, Tobias?“ sage ich und nehme die kalte, verchromte Hand in meine.

„Ja, die lezte, lange,“ flüstert er leise. —

Es ist lange still, so still, daß ich für einen Augenblick mische, er hätte die große Reise schon angetreten.

Plötzlich aber richtet er den Kopf auf. „Ja, nun möchte ich gern, daß Sie es mir noch einmal vorlässt. Ich habe es nun schon so viele Jahre nicht mehr gelesen,“ sagt er gleichsam sich entschuldigend. „Und dann ist es auch englisch, — damals konnte ich das noch gut.“

Ich sehe mich nach einem Buche um. Es wird die Bibel oder das Gesangbuch sein, denke ich, daß er meint. — Ich hätte doch lieber dem Pastor Botschaft senden sollen.

„Da in der Kiste liegt sie,“ flüstert er matt und macht eine Bewegung mit der Hand. „Die Zeitung — da steht es von der Reise drin.“

Ich verstehe noch nicht, was er meint, aber es ist nicht schwer, die alte Kiste zu finden, da das Bett und ein paar Stühle das ganze Möbel ausmachen. Und in der Kiste selbst ist es auch nicht schwer, sich zurückzuflinden. Sie ist fast leer, und ein vereinzeltes Papier, das aus einem gebüllten Seibentuch hervorsieht, fällt mir sofort in die Hand. Ich lege das Tuch zurück und schlage das Zeitungsbüchlein auseinander, eine zerfetzte Nummer von den Southwicks von Mittwoch, den 10. März 1847.

„Sie finden es doch?“ fragt der Alte beinahe angstlich.

Nun wird mir plötzlich klar, um was es sich handelt. Es hämmert schon stark, und ich muß aus Fenster treten, um sehen zu können. Aber in weniger als einer Minute habe ich unter Shippings News entdeckt, was ich suchte und nachdem ich die kleine Kiste mit den Augen durchslog, lese ich laut und deutsch, jedes Wort mit Nachdruck betonend:

Glänzender Nekord. Bayley u. Brothers Clipperflossenschiff Primrose, Kapitän Jonathan Mc. Duff, traf gestern von Kanton ein nach der unerhörten Schnellreise von 88 Tagen, ein glänzender Nekord. Dem noblen Kapitän Mc. Duff und seiner tapferen Mannschaft wurde ein großartiger Empfang zuteilt. Der Vordemajor von London in einer Person ging im Laufe des Tages an Bord der Primrose und beglückwünschte Offiziere und Mannschaft zu dieser für die englische Flagge so ruhmvollen Tat.

Als ich geschlossen habe, sehe ich, daß der alte Tobias halb aufrecht im Bett liegt, auf die Ellenbogen gestützt.

„Tante,“ sagt er und sinkt aufs Kopfkissen zurück. „Ja, so war's. Alltrotz so.“

Ja merke, daß er nach dem Zeitungsbüchlein tastet, und lege es ihm in die Hand.

„Ich dachte, daß Sie vielleicht die Zeitung gern haben möchten,“ flüstert er. „Vielleicht — vielleicht wollen Sie später.“ Es ist ihm offenbar schwer, mit dem herauszukommen, was er auf dem Herzen hat. — „Vielleicht könnte es einmal so passen, — daß Sie in ein Buch schreiben — daß ich auch dabei war.“

Nun war es gesagt. Das zusammengelegte Blatt zittert heftig in seiner Hand.

„Ja, Tobias,“ sage ich, „das verspreche ich dir.“

„Vielleicht schreiben Sie dann den ganzen Namen, Tobias. Torelli ist er. Aber das andre nicht,“ flüstet er halb angstlich hinzu. „Dicht ist es nicht mehr mit den Besen,“ murmelt er vor sich hin. „Damit ist's aus.“

„Ja, natürlich, den ganzen Namen,“ versichere ich. „Tobias Torelli, einer von der tapferen Mannschaft auf der Primrose, als sie den Nekord austieß.“

„Ja, ja, danke. — So ist's recht,“ flüstert er.

Dann wird es wieder still. Nur einmal noch vernimmt man ein leises Rascheln des Zeitungsbüchleins in Tobias' Hand. Dann hört man nichts mehr.

Bon der Leipziger Feuerwehr.

Nach dem ihiger Zeit wie Landräufig sich viel vorwegener und leichtfertiger Leut alt und jung in das unchristlich Raster des Mordebrands bereeden und bewegen lassen durch verreiterische böhmische Leut. „... so beginnt der Stadt Leipzig älteste Feuerordnung vom Jahre 1540. Sie ist enthalten in „Der Stadt Leipzig allerley Ordnungen“, einem stattlichen, klar und mit wunderschönen Lettern 1544 gedruckten Band aus der Offizin des Valentinius Bapst in der Ritterstraße. Viel weiter reichen die handschriftlichen Feuerordnungen zurück. In dem Urkundenbuch der Stadt Leipzig im Codex Diplomaticus Saxonie regiae finden wir solche schon 1444–1446 und 1454 aufgestellt. Aus noch früherer Zeit haben sich leider keine erhalten, erlassen wurden sie sicher vom Rat von altersher, denn das mittelalterliche Leipzig dessen Bewohner bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts vorwiegend Adelstätter waren, war durch das in Häusern, Ställen und Scheunen aufgespeckte Heu und Stroh ständiger Feuergefahr ausgesetzt. Sie wurde noch erhöht, da die Häuser bei dem Mangel an Haustein in nächster Nähe der Stadt fast durchweg Fachwerkhäuser waren; der einzige Steinbruch südöstlich vor der heutigen Schule für Frauenberufe aus der Moritzbastei lieferte einen wenig tauglichen rothlichen Süsswasserkieselstein, der bruchgefährdet blieb. Die Lehmgruben vor dem Peterstor aber konnten bei weitem nicht den Bedarf an Ziegelstein decken: 1457 erlaßt deshalb der Rat eine Verordnung, daß die Bürger bei Neubauten den Keller mit Bruchsteinen, die meist von Taucha hergeschafft wurden, ausmauern sollten, damit die teuren Ziegel zu aufnehmendem Mauerwerk gelagert würden; zugleich befahl er, zur Herstellung härter massiver Dächer die Ver-

wendung von Dachziegeln, anstatt der bisherigen Holzschindeln, die Dachziegel gab er selbst, das Tausend für 20 Groschen, ab. Weitere Verordnungen, noch im 15. Jahrhundert erlassen, zielen darauf hin, daß wenigstens die Ober- oder Schelbemauern zwischen zwei Grundstücken (die Brandmauern) in Bruststeinen ausgeführt werden. In diesen Verordnungen, die in erster Linie der Feuersicherheit der Stadt galten, finden wir zugleich die Anfänge unserer heutigen baupolizeilichen Vorschriften.

Da ein Feuer in den Dachverhältern mit Schindeldächern zumeist durch Verwahllosung des Dachfußes und des Schornsteins auslief, befahl die Feuerordnung von 1540 dem jüngeren Bürgermeister, mit einem Matschrend (Matschern) jährlich zweimal, Mai- und Michaelis, die „Feuerstellen“ stehig, d. h. gewissenhaft, zu inspizieren. Die Haushälter, deren Häuser mit Schindeln gedeckt waren, mußten immer eine lange Stange zum Abstoßen der Schindeln zur Hand und einen Huber Wasser auf dem Boden stehen haben: Matschhausen und Strohsteine am Haus und im Hof anzuschichten, wurde verboten. Die Brunnenmeister, denen die Sorge für die öffentlichen Brunnen oblag, sollten immer ein auf einer Schleife stehendes Sturmfaß bereit halten; wer das erste Sturmfaß zur Brandstätte brachte, erhielt zehn Groschen Belohnung. An der Feuerarbeit sollte sich jeder beteiligen, besonders das „mäßige Volk“. Am Brandherd mitsah ein Bürgermeister, der Stadtrichter und zwei Matschern zugesetzt sein; sie flüsterten beim Löschens die Rücksicht. Auf dem Thomas- und Nikolaiturm waren Feuerwächter stationiert, die mit einer roten Fahne die Richtung des Feuers anzeigten und die Sturmlochen zogen.

Jedem der vier Stadtviertel wurden zwanzig Bürger als Brandhelfer durch Feuerordnung begeben; zehn von ihnen hatten bei einem Brande die Stadttore zu bewachen, um räuberisches Entkommen zu verhindern.

Es wurden durch Feuerordnung Brandescheinwerfer ausgestellt, die Brandstätte durch die Stadtore zu bewachen, um räuberisches Entkommen zu verhindern. Zwei Hälften der Stadttore waren dem Feuerwächter zu übertragen, der jedem Brandecheinwerfer eine Lanze gab, die er auf dem Dach des Hauses aufzusetzen hatte. Auf dem Rathaus waren 600 Feuerwehrmänner, bei jedem Oberfeuerwehrmeister 60 aufbewahrt; das Wasser wurde aus den Möhrenköpfen (Möhrenköpfen nannte man ehemals die städtische Wasserversorgung) in Fassern gelöscht.

1580 wurden diese Verordnungen erneuert, den Bierbrauern und Böttchern, die Pech lagern hatten, den Tischlern, Seilern und Fleischern wurde besondere Vorsicht anempfohlen. Zugleich wurden einige Gewerbe bestimmt, die zum Branddienst, zur Hälfte als Feuerwehrmänner, zur Hälfte als Feuerwehrschaffner, herangezogen wurden; die Schneider stellten das Hauptkontingent, 40 Mann, Böhrer und Leineweber 20 und so fort; an den vier Toren war je ein Wagen mit Peitern und Feuerhafen sowie je zwei Sturmässer und dreißig Feuerwehrmänner als Löschgerät für die Vorstädte untergebracht. Die Feuerordnung von 1580 gab dem Bürgermeister 24 bewehrte Männer als Feuerwehrmänner bei Feuerknot bei. 1616 erstrahlte sich die städtische Kontrolle nicht mehr nur auf die Feuerstellen, sondern auch auf das Löschgerät. Als Feuerwehrstelle wird der Matschmarshall genannt, wo auch Löschgerät vorhanden war. Zum erstenmal hören wir jetzt von „neuwen großen Wasserspülern“, deren Löschgerät für die Vorstädte untergebracht.

1701 hatte der Bürgermeister Romanus die erste städtische Straßenbeleuchtung eingeführt; bei Ausbruch eines nächtlichen Brandes sollten die Bärenten, wenn sie schon ausgelöscht waren, wieder angezündet werden. Noch eine zweite Neuordnung fällt in dieses Jahr. Der Rat hat lederne Schlangen-Sprögen, eine holländische Erfindung, angeschafft, so genannt, weil sie sich unter dem Wasserdruck schlängeln können. 1710 meldete der Mechaniker Jakob Leupold dem Rat eine von ihm erfundene Handseespröge mit Saug- und Druckpumpe an, die es ermöglichte, einen kontinuierlichen Wasserstrahl, statt des vorher rückweisen zu geben; eine größere gleiche System, die 75 Taler kostete, trieb den Wasserstrahl 30 Ellen (17 Meter) hoch. Die Feuerordnung von 1735 bestätigt jährlich zweimal Sprögenproben, davon einmal (1) mit Wasser, abzuholen, Belebung der Proben wurde mit Goldbüchsen belegt; wer zuerst bei der Spröge zur Stelle war oder am schnellsten Wasser zur Brandstätte fuhr, erhielt einen Taler Belohnung. Zur Bedienung der großen Schlangenfeuerwehr gehörten 35 Mann.</p

Uniform wird eingeführt — ein Feuerwehrmann aus diesem Jahre mit seiner ganzen Ausstattung steht in der Abteilung Feuerlöschwesen der Ausstellung der Stadt Leipzig auf der Iba — Gehalt, Ablösungsgesetz, Urlaub werden geregelt. Auf dem 6. deutschen Feuerwehrtag in Leipzig vom 19. bis 22. August 1865 konnte die junge Wehr ihre Fertigkeiten beweisen; der Gloßplatz war der Festplatz, wo an einem 16 Meter hohen und 20 Meter langen Steigerhaus allerlei Übungen vorgenommen wurden. Die gleichzeitige Ausstellung zeigte als Neuestes eine Dampfspritze und quattrocierte Dampfschläuche. Die Leipziger Wehr setzte sich im Festzug zusammen aus 481 Mitgliedern der städtischen Wehr, 91 Mann von der Feuerwehrkompanie, 162 Mann von der Arbeiterkompanie, 182 Mann von der Turnersfeuerwehr, zusammen 822 Teilnehmer. Auswärtige Besucher zählte der Feuerwehrtag 1866 auf 211 Orten. Manche Anregung und Neuauflistung der nächsten Jahre geht auf diese Ausstellung zurück. Die Eröffnung des neuen Theaters 1868 bringt eine Neuordnung des Feuerwehrdienstes mit sich. 1870 gibt die Kommunalgarde ihre Wirksamkeit auf, 1871 löst sich die Turnerkompanie auf. 1872 wird die Witwen- und Waisenkasse für Matrosen und Feuerwehrleute, 1876 die Pensionskasse für die Berufsfeuerwehr ins Leben gerufen.

1879 wird die erste Dampfspritze mit einer Wasserlieferung von 1500 Litern in der Minute angehäuft, 1881 folgen zwei weitere. Die Einführung der Dampfspritzen erübrigte einen großen Teil der Menschenkraft; die Spritzenmänner wurden überflüssig; ein Teil verschließt sich den Feuerwehrdienst in den Theatern. Am 15. Dezember 1881 wird die neue Hauptfeuerwache auf dem Fleischerplatz bezogen, 1889 das Depot in der Schenkenstraße (Südwache). Bei den großen Einverleibungen 1889 bis 1891 wurden aus den freiwilligen Wehren der zwölf Vorstadtdörfer zwölf Kompanien für die betreffenden Bezirke gebildet. 1891 wurde die Ostwache am Gerichtsweg, 1898 die Westwache in Plagwitz, 1907 die Nordwache in Gohlis eingerichtet. Die wichtigsten Neuerungen sind 1886 die Einführung der Feuermelder nach Morseystem, 1888 die öffentlichen Feuermelder, der Umbau der Dampfspritzen zu dreifach zusammengefügten Löschapparaten unter Branddirektor Bandau seit 1890, der Einbau von unterirdischen Kabelleitungen für Feuermeldungen seit 1903, die Einführung der Automobillösche seit 1907 n. a. m. Gegenwärtig besitzt die Stadt 4808 Unterflurhydranten, 55 Überflurhydranten, 383 Feuermelder; über 20.000 Fernsprechstellen können von Feuergefahr sofort Mitteilung machen. Die städtische Feuerwehr zählt 1913 209 Mann unter der Leitung von Branddirektor Dr. Redemann und einem Brandinspektor und 5 Brandmeistern; dazu kommen noch 4 freiwillige Kompanien in Döitz, Möckern, Probstheida und Stünz und 7 Fabrikfeuerwehren. Unter dem Gerät sind zu nennen 4 Automotorlöschpumpen, 1 Automobilpumpe, 6 Dampf-, beginnend, 12 Dampfspritzen, 12 Abprobsspritzen, 7 hohe mechanische Leitern, dazu viele Wagen und Räder; das Schlauchmaterial hat eine Länge von 11.024 Metern; das ist ungefähr die Weglänge von Leipzig nach Tancha. Die Kosten der Feuerwehr betragen 1893 75.780 M., 1900 440.325 M., 1912 926.444 M., das sind bei 605.755 Einwohnern 1,58 M. auf den Kopf der Bevölkerung. In Anspruch genommen wurde die Hilfe der Feuerwehr 1902 1077 mal, 1910 1443 mal, 1912 nur 680 mal; die Zahl der Kleinbrände scheint erfreulich zurückzugehen.

Blättern wir in einer alten Chronik der Stadt, etwa in Vogels Leipziger Annalen, so bilden Feuerbrünste, die oft ganze Straßen einnehmen, den Hauptteil der jährlichen Ereignisse. Mit der Durchführung strenger Bauvorschriften und dem Ausbau und Ausbau der städtischen Wehr sinkt ihre Zahl von Jahr zu Jahr. Am 10. Jahrhundert ist die Stadt erfreulicherweise von größeren Brandkatastrophen, wie sie Hamburg, Altenburg und andre alte Städte heimgebracht haben, verschont geblieben. Selbst die Belagerung und Eroberung der Stadt am 10. Oktober 1813 tat keinen größeren Schaden, obwohl das Löschgerät von den Franzosen weggenommen oder verbrannt worden war; nur auf dem Brühl im Hintergebäude der Gute und in der Burgstraße und am Mühlgraben hatten Granaten gezündet. 1816 zerstörte eine gewaltige Feuerbrunst, der acht Menschen zum Opfer fielen, das Hotel de Pologne in der Hainstraße und seine Nachbarhäuser; viele Kupferküche und Delbäder erzählten uns von dem schaurig-schönen Schauspiel. In lebhafter Erinnerung wird manchem noch der Brand der Restaurationsträume auf dem Neumarkt (Karnevalsschlitter) sein, der 1803 sechs Menschen dahinriss, sowie das große Schadeneuer, das 1903 einen Teil der Konsumvereinsgebäude in Asche legte.

Im.

Die Farben der Urwelt.

Von Wilhelm Völtsche.

4)

In den letzten Tagen wird zwar die Frage, wie alt denn wohl zuletzte die Menschheit sein könnte, immer seltsamer verwickelt. Wenn jene so rasch berühmt gewordene tierischen Götter, die ältesten, wirklich oder vermeintlich künstlich bearbeiteten Feuersteine, endlich bereits von Menschenarbeit herrühren, so hat man solche Götter nicht aus dem Oligozän, also Schichten, die älter sind als das zweite Drittel des Tertiär, und wir müssen sowohl auch mit dem Menschen selber zurück. Auch den Freunden sehr weiten Zurückblickens wird bei der Vorstellung ein leichter Schauer über den Rücken laufen, gemäßt aus Erwartungsfreude, was da alles an Interessantem schließlich noch anfangen kommen werde, und etwas Angst, ob uns jetzt nicht ein Gespenst ins Uferlose läuft. Aber selbst in jenem Oligozän, als die älteren Vorfahren der Pferde und Elefanten noch lebten, war von den alten Flüssen, Schwimm- und Schreckendrachen keiner mehr zur Stelle. So gilt von ihnen also zweifellos Goethes Vers: „Zweck sein selbst ist jegliches Tier.“ Und wo immer uns irgendeine Sprudel ihres Drachendaseins geblieben ist, sei sie selbst noch so verwirkt: an der Stelle trägt sie auch das Zeichen dieses Eigenzwecks.

Als jene rote Blüte sich noch behielt, von der ich gesprochen habe, sind über den Wattenschild irgendeiner bewässerten Dale in Nordfranken vielfach rätselhafte Tiere gelaufen, die sicherlich mit dem Drachenvolt zusammenhingen. Wir wissen nichts von ihnen, als daß ihre Taten im Schlick eine Fußspur hinterlassen haben, kolossale Taten bisweilen von fast Halbmeterlänge.

Aber an solcher Tatenspur erkennt man mit vollendetem Deutlichkeit noch die Beziehung zu einem ganz bestimmten Zweck. Dieser Drache des roten Landes führt in seiner Weise schon eine wahre Menschenhand. Unzweideutig prägen der dicke Ballen, der kurze, abspreizbare Daumen sich auf. Keinerlei Zweck hat dieses „Handtier“ mit uns Menschen selbst verknüpft. Wir aber wissen, was für einem Zweck unsre eigene Hand bei uns dient: Sie greift, packt, umfaßt. Und indem wir das „Zweck sein selbst“ auch auf den fränkischen Drachen anwenden, verstehen wir seine Hand als die Zweckhand eines Greifers und Klammerers. Dem Drachen werden wir nicht zutrauen, daß er ein Meister oder sonst ein Werkzeug schon umklammert habe. Aber Achte hat er zweifellos einen Zweckhand ist, heute noch in lebhafter Schrift, eine Kletterhand gewesen. Wie hente in unsern afikanischen Wüstenoasen sich Palmen im blauen See spiegeln, so wuchsen damals bei Werburg in Anhalt fünf Meter hohe Pfeuromeien, die leichten Nachjäger des Geschlechts der Schildkröte aus dem alten Steinholzwalde. An ihnen mögen die kleineren jenen Handdrachen ihre Kletterkunst geübt haben, während wir für jene größten den Wald allerdings nicht kennen, der auch sie getragen haben könnte.

Ein andres Beispiel. Wenn wir die Hand eines der bekanntesten Meerdrachen, des Ichthyosaurus communis, aus dem englischen Juragestein heben, so erscheint auch da augenfällig die erhaltenen Knorpelgestalt als verkörperte Selbstzweck.

Von Urbeginn an war die Hand des Wirkstiers mit fünf Fingern gegeben. Söhnen wir Menschen sie (konträr darin) heute noch, so führt jener Handdrache sie schon. Am einzigen Gebruchsfalle aber konnte diese Zahl vermindert werden. So tritt unser Pferd heute nur mehr einen einzigen Finger, während auch seine engeren Vorfahren nachweislich doch einst die echte Fünffingerzahl besessen hatten. Der Zweck der aus höchste gesetzten Paus-

schlagbewegung auf dem ebenen Steppenplan hat in diesem Falle den gespreizten Handsächer auf einen einzelnen Schlagfinger reduziert.

Gedankt umgedacht aber unser Ichthyosaurus. Seine Hand zeigt statt fünf Fingern deren neun, wobei alle so geschlossen aneinander liegen, daß die Hand wie ein großes Blatt erscheint. Der Zweck dieser Ichthyosaurus hand ist nicht, mit beweglichem Daumen kleinernd zu greifen oder mit starrem Mittellinger die harde Erde zu schlagen, sondern eine möglichst breite Fläche soll als Ruder dienen. Ein Schwimmer gleich unserm Walisch war dieser Drache, und jedes Andenken seiner enorm breiten Paddelhand wird ausschließlich regiert von diesem seinem Schwimmzweck, der seiner Hand die Aufgabe setzt, möglichst viel Wasser zu beherrschten und zu drücken. Ganz ähnlich hat sich ein noch lebender kleiner Schläger und Driller in noch jüngstem Element, unser Maulwurf in seiner weichen Erde, die er durchwühlt, die Hand durch Zusatz eines sechsten Fingers, einer Art falschen Bordannens, zur Schaufel verstreift. Der Zweck macht das Organ, ob heute, ob vor Jahrtausenden.

Zu diesen „Organen“ gehörte und gehört nun aber auch die Farbe.

In zwei Formen ist sie dazu, einmal direkt und einmal indirekt.

Einmal, indem Farben bei einem Lebewesen selber auch einem seiner Selbstzweck dienen; dann insofern, als eine andre Körperbildung im Range solchen Zwecks irgendeine Farbe als Begleitererscheinung nach sich ziehen muß.

Ein Beispiel der letzteren Art haben wir bei einer der hübschesten Naturatlasfotos unseres Planeten, nämlich im Pflanzenreich. Die Pflanze treibt im Sonnenlicht ihre Lebensmühle mit Hilfe eines Stoffs, der die grüne Farbe von Haus aus trägt im Sinne wie Zinn oder rot oder Gold gelb ist.

Wenn aber auf solchen grünen Pflanzenblättern jetzt gewöhnlich ein Laubfrosch sitzt, der genau das gleiche Grün auf der ganzen Oberfläche seines Tierleibes zeigt, so kann bei ihm von dieser Farbe nicht die Rede sein, denn seine Hautzellen wählen für seinen Selbstzweck mit jenem pflanzlichen grünen Haushaltstoff gar nichts anzufangen. Das Grün in ihnen entsteht denn auch rein stofflich auf eine ganz andre Art, und wenn es bei ihm auch nur eine ausfällige Begleitererscheinung anderer Lebensvorgänge wäre, so müßten das grundverschieden sein. In diesem Falle bemerkten wir aber nun, daß die grüne Farbe im Laubfrosch ganz offensichtlich noch einen direkten Selbstzweck für ihn hat: nämlich den befannen anten Zweck, daß ein Angreifer ihn eben wegen seiner Farbe Grün auf Pflanzengrün leichter überseht, und umgedacht, daß eine Fliege, die er jäh überfallen und verspeisen möchte, sein Nähren ebenfalls schwerer merkt.

In neuerer Zeit gibt es freilich eine Schule von Leuten, die aus lauter Angst, es müßten diese Schutzfarben allzu darwinistisch erscheinen, und ich lasse das diesmal hier ganz aus der Betrachtung: an dem einsamen Sachstand kann leider nichts. Es gibt in der lebendigen, auf ihre Farbwirkungen hin polierten Natur eine erdrückende Fülle von Fällen, in denen Tiere in ausgesprochenster Weise mit den Farben ihrer gewohnheitsmäßigen Umgebung, ihres Milieus, vereinstimmen; das unter diesen Tieren ungähnlich sind, denen ein Lebenszweck im „Sichtbild“ und „Nichtgesehenwerden“ steht, ist eben sicher; und das aus dem Zusammentreffen dieser beiden Fällen ein vermehrter Schutz entsteht, ist nicht mehr bloß eine Beobachtungsansage, an der man mit Skepsis rütteln könnte, sondern es ist einfach ein logischer Schluß, gegen den es keine Denkinstanz mehr gibt.

Im übrigen ist dann die Beobachtung natürlich auch hier überwältigend zur Stelle. Ich persönlich bin von jungen Jahren an bis heute ein eifriger und allmählich wirklich eingeführter Insektenfänger, der die meisten „Beckertiere“ unserer heimlichen Insektenfarbenpassung und Mimikry kennt und sehr gute Augen hat: ich falle aber noch heute immer wieder auf gewisse Kunstgriffe gelegentlich herein, übersehe ein Tier zunächst oder halte es für ein anderes oder für ein pflanzliches oder totes Objekt. Vor kurzem noch ist es mir passiert, daß ich den seltenen Schmetterling *Trochilum apiforme* in dem kleinen Waldchen meiner Besitzung in Schreiberhau zunächst für eine wirkliche Hornisse gehalten habe, so daß das Exemplar mir entging. Es handelte sich hier nicht mehr um einfache Schutzfärbung, sondern um einen Fall sogar schon komplizierterer echter Mimikry: ein Schmetterling harmloser Art führt schmale gläserne Flügel und einen langen dicken schwefelgelb geränderten Hinterleib, was ihn in täuschendster Form das Aussehen einer großen stechenden Hornisse (bei gleicher Größe) gibt; wie die Verwechslung ihn schützt, das ist mein Fall. Zeugnis, früher habe ich mich als braver Sammler, dem der „Zweck sein selbst“, wie Goethe sagt, in dem Schmetterling den Zweck mein selbst als Jäger kreuzt, über solche Vorwissenheit! geärgert. Heute amüsieren sie mich, seit ich zur Widerlegung des bösen Darwinismus den Satz gedruckt gelesen habe, daß noch niemals auch nur der größte Schatzkof von Sammler auf solche „angebliche Mimikry“ hereingefallen sei, so lange es Schmetterlingsfänger in der Welt gebe.

Wenn es aber heute tierische Schutzfarben, Zweckfarben in diesem Sinne gibt, so kann sie auch einer Urwelt, die überhaupt schon Farben weiß, nicht fehlen haben.

Sie müssen auch bei den alten Drachen bereit eine Rolle gespielt haben, und wenn wir unsre Drachenbilder auf Grund von Funden beweisen neu anpinseln wollen, so müssen wir darauf Rücksicht nehmen.

Wir begreifen auf einmal, daß Farben, die wir da wählen, etwas sagen würden. Wenn ich einen solchen Drachen braun oder blau male, so predigt dieses Blau oder Braun etwas für den Wissenden, und ich muß verantworten können, daß diese Predigt richtig ist. Wenn mein Drache blau ist, so wäre er auf blauem Grunde besser vor Jäger oder Jagdtier geschützt gewesen. Siegt nun in dem Anschau oder sonst einer erhaltenen Eigenschaft gerade dieses Drachen ein Anzeichen, daß er auf blauem Grunde gestanden haben könnte? Man sieht: was Willkür schien, gerät in den Raum eines Gesetzes.

Nehmen wir doch auf den Fall einmal eine Palettenfarbe.

Wenn ich als Kind mir einen Drachen anpinseln sollte, habe ich immer eine Liebhaberei für ein recht höllisches röthlich Gelb gehabt. Vielleicht weil der Siegfriedsdrache der Schwäbischen Deutschen Volksbücher Feuer spie und die Glut über den ganzen Schuppenleib widerstrahlte.

Vielleicht aber auch, weil das Tier, das die Phantasie am liebsten zum Drachen vergleicht, nicht die lustige kleine Schwanzeliedecke auf der sonnenheißen Mauer ist, sondern der gespenstische Molch. Als „Feuersalamander“, also Landmolch unserer Laubwälder, ist dieser Molch auf einem laufschwanzlosen Grunde wie mit rotgelben feurigen Streifen gepunktet. Als Wassermolch — Triton in der Zoologie — hat er oben einen blauen Nackenkamm, das Feuergeklett gleicht dagegen hier vom Bauch, zur Liebeszeit in seiner Glut erhöht.

Wie gesagt, im Urwelttdrachen stecken von diesem Molch (also einem Amphibium) nur mehr gewisse Reste, im ganzen ist er der Eidechse näher. Gleichwohl, wenn ich das schöne Exemplar jenes überlebenden neuseeländischen Miniaturdrachen *Hatteria* in meiner Sammlung betrachte, das ich der Einigkeit und Präparierungstüchtigkeiten in Berlin verdanke, so tritt gerade hier die äußerliche Molchphysiognomie noch heute wirklich unheimlich hervor. Hatte also wenigstens ein größerer Teil der Urdrachen noch das salamandrische Gelb? In einem Landschaftsbilde der Urwelt würde das unverkennbar sehr wirksam sein. Was aber bedeutete in der Farbensprache eines Tierkörperns solches Molchgelb?

Das kleine Erlebnis mit dem Schmetterling *Trochilum* ist hier zunächst sehrreich.

Es spezialisiert den Begriff „Schutzfarbe“ noch in einem dozi wichtigen Sinne.

Der harmlose Schmetterling, den ein Fingerdruck zerstört, schlägt sich, indem er auf jene leide doch sehr zahlreichen „größten Dummölöse“ rechnet, die ihn für eine Hornisse halten, die den Finger dabei empfindlich stechen wird. Der Schutz ist aber dadurch erst richtig, daß es bei der Hornisse in den meisten Fällen eben gar nicht erst zur Durchschreibe kommt, sondern vorsichtige Menschenlinde: ihr auf blohes Sehen hin schon aus dem Wege gehen. Diese warnenden Scheindrohungen schwindet nun auch der Schmetterling als Mimikryhornisse vor, indem er vor allen Dingen das schreiende Gelb der Hornisse kopiert.

Dieses Gelb ist bei der Hornisse selber aber nicht vorhanden als eine Anpassungsfarbe im einfachen Sinne etwa, daß die Hornisse gewöhnlich auf gelbem Grunde lebt. Wo solches charakteristische und höchst auffällige Gelb bei Tieren auftritt, da bedeutet es vielmehr durchweg das Signal: Vorsicht! Allenthalben lebt es bei Tieren wieder, die weniger einen Selbstzweck darin haben, nicht leidet zu werden, als vielmehr den: wenn sie geschenkt werden, nicht belästigt zu werden. Dieses Gelb ist Schreckfarbe.

Wir finden es bei Geschöpfen, die irgendeine geheime, zunächst äußerlich sonst nicht merkbare Waffe besitzen, als das sind: einen Gifzahn, eine ängstige Hautabsonderung, einen für gewöhnlich in einer Versteckstube verborgenen und wohl auch noch besonders versteckten Dolchstiel, endlich ein inneres Selbstgeschäft, das mindestens noch vergiftet oder dem doch über macht, der sie frisst. Der letzte Fall zeigt am besten, wie solche Schreckfarbe, solche Abschreckfarbe dem betreffenden Tiere zum höchsten Nutzen gereichen muß: sie warnt vor einem Angriff, der das Opfer vernichten würde, aber auch dem Sieger eventuell teuer zu stehen käme.

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Ein Meteor als Schiffssarg. Professor Arthur Bichmann macht in der Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft eine fesselnde Mitteilung über Meteoritensteine an Bord von Schiffen. Obgleich die Zahl der Meteorsteine, die jährlich auf die Erdoberfläche niedergehen, wahrscheinlich sehr groß ist und auf wenigstens 800 bis 700 geschätzt wird, kann nur ein kleiner Teil zur Beobachtung gelangen. Sogar auf dem Lande müssen manche Meteoriten ungefähr bleiben, und es ist wohl eine sehr reichliche Schädigung, wenn man annimmt, daß ein Drittel von ihnen zur Feststellung gelangt. Noch viel spärlicher sind natürgemäß die Beobachtungen von Meteoriten, die ins Meer stürzen, und das ein solcher Gast gerade auf das Verdeck eines Schiffes niedersinkt, ist sicher ein ganz seltenes Zusatz. Dennoch sind einige Ereignisse dieser Art in der Chronik verzeichnet worden. In einer alten Reisebeschreibung aus dem 17. Jahrhundert ist der erste beraturtige Fall verzeichnet worden. Der Gewährsmann ist ein Deutscher namens Wursthain, der mit dem Schiff Wesel im April 1645 von Surat nach Batavia fuhr. Am 23. April wurde das Schiff zwei Stunden vor Sonnenuntergang von einem schweren Blitz unter starkem Donner getroffen. Nach der Erzählung fuhr der Blitz durch ein Geschloßloch in das Schiff hinein, lief als ein schmaler Feuerstreifen am Großmast aufwärts und zerstreute sich von dort unter einem gewaltigen Knall. Der Mastbaum wurde zerstört und in Brand gesetzt, der darauf angebrachte Fahnenstock zerbrach, und der oben befindliche Knopf abgeschleudert. Der Bericht schlicht: „solcher Brand nun wurde bald nachst östlicher Hölle gelöscht, als es aber Tag ward, hat man sowohl auf dem Schiff als in dem Mastbaum untergliedrige Felsen-harte Steine gefunden, welche dieser erschrecklich Stroh mit sich geführt hat“. Wenn die leichte Annahme um Wahrheit beruht, so kann es sich selbstverständlich um keinen Blitz gehandelt haben, und ebensoviel kann der Meteorstein den beschriebenen Weg durch das Schiff und den Mastbaum aufwärts gekommen haben. Noch seltener verließ ein Meteoritschlag, der im Jahre 1648 ein holländisches Schiff traf. Der Holländer Willman erzählt davon, daß eine 8 Pfund schwere Kugel auf das unter vollen Segeln befindliche Schiff niedergestürzt sei und zwei Bootslinge erschlagen habe. Dies Schicksal kann wohl, was die Seltenheit betrifft, als die vornehmste aller Todesarten bezeichnet werden, denn auch auf dem Festland ist, soweit man weiß, nur ein einzigesmal ein Mensch, ein böhmischer Bauer, von einem Meteoriten erschlagen worden. Harmlos verließ die Begegnung eines englischen Schiffes mit einem Meteor am 17. Juni 1800. Das Fahrzeug befand sich auf der Fahrt im nördlichen Atlantischen Ozean etwa in der Höhe von Florida, als eine Stunde vor Mitternacht ein großer Schwarm von Steinen niedergeschüttelt. Einer davon, der mir 170 Gramm wog, wurde auf dem Verdeck gefunden. Leider ist er verloren gegangen, obgleich er zunächst als Schendwürdigkeit aufgehoben und auch ausgestellt wurde. Jedoch kann aus der Beschreibung, die seine Farbe mit der des Elens vergleicht, an seiner meteorischen Natur kein Zweifel sein. Es ist schade, daß er nicht besser verwahrt worden ist, da er heute als einziger auf dem Meer gesammelter Meteorstein ein Unikum wäre. Endlich hat Professor Bichmann noch eine vierte Mitteilung ähnlicher Art ausfindig gemacht, die sich auf den 5. April 1800 bezieht. Ein Gärtner, der den berühmten Namen Karl Ritter trug, berichtete, daß auf einem englischen Schiff während eines Platzregens ein Stein von etwa ½ Pfund Gewicht auf das Deck niedergeschlagen und dann in mehrere Stücke zerprallte. Eine Erzählung ereignete beträchtliches Aufsehen, so daß mehrere Gelehrte in ihren Schriften darauf Bezug nahmen. Der Gewährsmann brachte sich aber selbst um jedes Vertrauen, indem er als Beleg eine gewöhnliche Kalkstein herausschaffte. —

Hermann Grebner, der berühmte Geologe, der 41 Jahre lang der Leipziger Universität als Dozent angehörte, ist am Montag im 72. Lebensjahr gestorben. Er hat sich besondere Verdienste um die geologische Landesuntersuchung von Sachsen und insbesondere der Leipziger Gegend erworben. Er gab die mustergültige Geologische Karte des Königreichs Sachsen heraus und veröffentlichte eine ganze Reihe Hochkristalle, die sich teils speziell auf sächsisches Land bezogen, teils, wie seine vielbenannte Elemente der Geologie, das ganze Gebiet seiner Wissenschaft umspannen. Besondere Aufmerksamkeit widmet Grebner noch der Erforschung der Erdbeben in Sachsen. Er war der Leiter der Leipziger Erdbebenwarte und veröffentlichte seit 1880 Berichte über die